
Inhalt

I.	Von der Notwendigkeit eines Deutschenspiegels	7
II.	Der größere Zusammenhang: Feindbilder in der Politik	16
III.	Deutschfeindlichkeit in Geschichte und Gegenwart	28
IV.	Der deutsche Charakter, die deutsche Unsicherheit und der deutsche Selbsthaß	132
V.	Wie soll auf die Angriffe reagiert werden?	147
	Anmerkungen	156
	Weiterführende Literatur	166
	Zur Person des Autors	172

I.

Von der Notwendigkeit eines Deutschenspiegels

Deutschsein heißt, es keinem recht machen zu können, es aber jedem recht machen zu wollen und deshalb eine unglückliche, ja lächerliche Figur abzugeben — auf diese Einsicht stößt, wer sich die interessante, aber wenig erfreuliche Aufgabe stellt, das Bild der Deutschen bei anderen Völkern und die Reaktion der Deutschen darauf zu untersuchen.

Die Deutschen seien von Ängsten und Minderwertigkeitskomplexen geplagt, aggressiv und anmaßend, selbstsüchtig, sentimental — so schätzte ein Mitarbeiter der britischen Premierministerin Margaret Thatcher die östlichen Verbündeten Großbritanniens ein. Sie hatte am 24. März 1990, als die deutsche Einheit sich als unvermeidbar abzeichnete, in Chequers, dem Landsitz der britischen Premierminister, ein Treffen mit mehreren prominenten Historikern, die als Deutschlandkenner galten. Charles Powell faßte die

Ergebnisse wie geschildert zusammen und erreichte damit zweierlei: Mehrere der beteiligten Historiker distanzieren sich schleunigst von der verkürzten und mißverständlichen Deutung und bestritten die deutschfeindliche Tendenz.¹ Die Ergebnisse der vertraulichen Konferenz waren aber an die Öffentlichkeit gelangt und zogen zahlreiche Äußerungen prominenter britischer Politiker über die Deutschen nach sich, die allesamt wenig positiv für die angebliche deutsch-britische Freundschaft waren. Ihr Industrie- und Handelsminister Ridley gab im Juli 1990 dem „Spectator“ ein Interview, in dem er behauptete, die Deutschen wollten ganz Europa übernehmen, er sprach sich gegen die Aufgabe britischer Souveränitätsrechte zugunsten der EG aus, die man seiner Meinung nach ebensogut an Adolf Hitler abtreten könne. Der Beitrag war mit einer Kohl-Karikatur versehen, in der der Kanzler einen Hitler-Schnurrbart trug. Der britische Oberrabbiner Lord Jakobovits ließ sich durch diese Äußerungen, die immerhin zu Ridleys Rücktritt führten, zu einer Warnung vor einer Vereinigung Deutschlands veranlassen, da sie zu einer Wiederholung der Judenverfolgung im Stile des Hitlerreiches führen könne. In einem Appell an den britischen Außenminister Hurd und den EG-Kommissionspräsidenten Delors forderte Jakobovits, der aus Königsberg

stammt, internationale Garantien für den Fall, daß der für die Herrschaft Hitlers typische deutsche Militarismus wiederauferstehen sollte.² Der frühere NATO-Generalsekretär und ehemalige niederländische Außenminister Joseph Luns befürchtete, daß die Deutschen eines Tages wieder territoriale Ansprüche stellen könnten, weil das in ihrem „Wesen“ liege.

Wenige Monate später, im Januar und Februar 1991, sahen sich die Deutschen internationaler Kritik ausgesetzt, nun aber nicht mehr wegen expansiver Machtansprüche und militaristischer Grundhaltung, sondern im Gegenteil: Ihre angeblich mangelhafte Bereitschaft, sich an den Lasten des Krieges gegen den Irak zu beteiligen, wurde als Drückebergerei und Abneigung, internationale Verpflichtungen zu übernehmen, ausgelegt. Nach diesem Wechselbad gegensätzlicher Kritiken, die nur in einem übereinstimmten — nämlich in der Mißbilligung deutschen Tun und Lassens —, wirkte es nicht beruhigender, daß ein prominenter französischer Intellektueller, Bernard Henri Levy, die Behauptungen von der deutsch-französischen Freundschaft als Fiktion und historische Legende denunzierte.³ Es habe — unabhängig von Hitler und dem Nationalsozialismus — schon immer eine französische Germanophobie gegeben, die sich bis in die Gegenwart in der Weise auswirke, daß von

einer wirklichen Verständigung, einer Kenntnis des Nachbarn, gar einer Freundschaft keine Rede sein könne.

Alles dies sind Vorkommnisse der Wochen und Monate, die die deutsche Einheit brachten, eine Zeit politischer Erfolge, die Deutschland und die Deutschen seit dem Herbst 1989 zu verzeichnen hatten.

Die Erregung schäumte in Deutschland hoch empor, gehört es doch zu den deutschen Unsicherheiten, auf Kritik empfindlich, manchmal hysterisch zu reagieren. „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt“ sagte Bismarck 1888 — heute fürchten die Deutschen anscheinend nichts mehr als ein schlechtes Urteil bei den Nachbarn, sie wünschen nichts mehr, als beliebt zu sein und reagieren betroffen und beleidigt, wenn das nicht der Fall ist.

Das Gedächtnis der heutigen Menschen, vielleicht der Deutschen insbesondere, ist kurz. Deshalb erinnern wir uns kaum noch, daß derartige „deutschfeindliche“ Wellen periodisch auftreten und keineswegs zum ersten Male im Jahre 1990/91 unangenehm bemerkbar wurden. Die Bundesregierung und die für Politische Bildung zuständigen Behörden haben die antideutsche Propaganda stets verharmlost und zu bagatellisieren versucht. Nicht immer war das möglich, manchmal brandete die Welle der Deutschfeindlich-

keit so stark empor, daß man darauf eingehen mußte. Aber im allgemeinen gab es seit 1945 (und auch lange davor) immer eine manchmal unterschwellige Feindseligkeit gegen die Deutschen, die nur vom Interesse, mit Deutschland wirtschaftlich, politisch und militärisch zusammenzuarbeiten, überdeckt wurde. Die verfälschende und verharmlosende Formel „Unsere Freunde und Verbündeten“, Hinweise auf die deutsch-französische, deutsch-britische, deutsch-amerikanische usw. „Freundschaft“ vernebeln dies, weil es sich nicht um Freundschaft, sondern um pures politisches, militärisches und ökonomisches Interesse handelte. Das Bild, das die Meinungsführer eines Volkes von einem anderen Volk entwerfen, sagt häufig weniger über das beschriebene Volk aus, sondern über diejenigen, die diese Ansicht äußern. Auch die Reaktion auf Kritik und insbesondere auch feindselige Attacken sagen viel über diejenigen aus, die sich angegriffen fühlen. Es gibt Völker, denen es gleich ist, was man in anderen Ländern von ihnen denkt. Sie mögen durchaus selbstkritisch sein, da sie aber über ein festgefügtes Selbstbewußtsein verfügen, ihre Wertmaßstäbe durch eine ungebrochene Tradition gestützt werden, nehmen sie die Ansichten anderer über sich selbst teils amüsiert, teils angewidert als exotisch nur am Rande zur Kenntnis. Maß und Mitte finden sie in sich selbst und

lassen sich von den Ansichten anderer nicht beeinflussen. Lange Zeit sind die Engländer ein solches Volk gewesen. Erst seitdem der Abstieg von der Weltmacht zur Mittelmacht schmerzlich bewußt wird, nehmen auch dort beleidigte, aggressive Reaktionen auf ausländische Kritik zu.

Andere Völker, deren kollektives Selbstbewußtsein weniger entwickelt ist, da sie, wie die Deutschen, über keine ungebrochene Tradition verfügen, sondern ihre politischen Werte im Laufe der Geschichte häufig wechseln mußten, sind vom Urteil des Auslandes abhängig. Unsicher fragt man sich, wie beliebt man im Auslande sei, weil die Erfahrung lehrt, daß mangelnde Wertschätzung zu moralischem Boykott führen kann. Das hat dann auch politische, militärische und wirtschaftliche Folgen. Die Empfindlichkeit solcher Völker, zu denen gewiß die Deutschen gehören, führt zu dauernder Beschäftigung mit der Frage, wie wohl das eigene Tun und Lassen im Ausland beurteilt werden könne. Obwohl das Ansehen, die Reputation keiner Privatperson und keinem Volk gleichgültig sein kann, kann die Übertreibung bis zur politischen Handlungsunfähigkeit führen. Wer es jedem recht machen will, macht es schließlich keinem recht und fällt zwischen sämtliche Stühle.

Es entspricht deutscher Tradition, Politik als Weltanschauungskampf zu betrachten und nicht als nüchterne Interessenauseinandersetzung. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation war religiös begründet, die Konfessionskämpfe der Reformationszeit, die ideologischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts haben der deutschen Politik stets den Charakter eines Glaubensstreits verliehen. Deshalb wird eine interessenbedingte Distanz gerne als Feindschaft, als Sache des Gefühls gedeutet, obwohl manche scheinbar „deutschfeindlichen“ Äußerungen ausländischer Politiker oder Meinungsführer keineswegs grundsätzlich bestimmt sind, sondern einer vorübergehenden Interessenlage entspringen. Das gilt für britische Politiker wie Winston Churchill oder Lord Vansittard, deren Gegnerschaft gegen Deutschland endete, als es nicht mehr imstande war, den Interessen britischer Politik entgegenzuhandeln. Es ist deswegen eine wichtige Aufgabe der Politischen Bildung, den Deutschen klarzumachen, daß es sich bei nationalen Vorurteilen nicht um Freundschaft oder Feindschaft, Sympathie oder Antipathie handelt, sondern um Interessen. Es geht um eine Kooperation zum gegenseitigen Vorteil. Sobald eine Seite das Gefühl hat, benachteiligt zu sein, entstehen Mißgefühle gegen den vermeintlich oder wirklich Bevorzugten.

Deswegen geht es hier um drei Ziele:

1. Die Vorstellung, zwischen Völkern könne es Freundschaft wie zwischen Einzelpersonen geben, muß als Illusion entlarvt und als Wunschbild zerstört werden. Da Nationen ihr Selbstbewußtsein auch durch die Erkenntnis des Andersartigseins der Nachbarn und durch die Abgrenzung von ihnen gewinnen, muß auch die intellektuelle Illusion, die Nationen hätten am Ende des 20. Jahrhunderts keine Daseinsberechtigung mehr, kritisiert und überwunden werden.

2. Bei vielen Deutschen, insbesondere denjenigen, die sich als national betrachten, wird auf deutschfeindliche Angriffe mit Wehleidigkeit und Empörung reagiert. Diese Reaktion muß als unwürdig erkannt werden. Anbiederung verbessert das Bild bei den anderen nicht, sondern verleitet nur dazu, die Angriffe zu verstärken, da man ja Wirkung feststellen kann. Gerade den Deutschen täte es gut, zur Kenntnis zu nehmen, daß sie nicht alleine Gegenstand von Kritik sind, deren böswilliger Charakter oft unangenehm berührt. Aber auch in dieser Hinsicht gibt es keinen deutschen Sonderweg. Überall auf der Welt haben Völker und Nationen voneinander oft wenig schmeichelhafte Vorstellungen.

3. Schließlich geht es darum, rechte wie linke unlautere Geschäftemacherei zu entlarven und damit abzuwehren. Die Rechten neigen dazu, mit dem Hinweis auf

feindselige Angriffe der Nachbarn nationalistische Gefühle anzustacheln. Nach 1815 galt Frankreich den Deutschen als Erbfeind, vor 1914 war es der britische Handelsneid. Die Gefahr eines solchen Vorgehens liegt darin, daß der Quell des so erlangten Selbstbewußtseins reines Ressentiment ist. Die Basis des Selbstwertgefühls ist nur negativ, wenn man Maß und Mitte nicht aus einem Wertbewußtsein gewinnt, sondern aus dem Bestreben, nicht so zu sein wie die anderen. Die Linke in Deutschland neigt hingegen dazu, alles Nationale mit dem starken Staat, mit Militär, mit autoritären Tendenzen, mit der Forderung nach Askese und Opfer gleichzusetzen und abzulehnen. Ihr verwaschener Internationalismus und eine die ganze Menschheit umfassende humanitäre Einstellung führen zur Nichtachtung berechtigter eigener Interessen. Die Bewahrung des Wohlstandes scheint dieser Sicht als eigensüchtiges Verhalten der Dritten Welt gegenüber, die Wiedervereinigung als Großmachtsucht. Hier finden wir einen nationalen Selbsthaß, der ebenfalls Ausdruck von Unsicherheit der Werte und Maßstäbe ist. Wenn es gelingt, Kritik und Angriffe als unvermeidbar zu erkennen, sie mit Gelassenheit zu nehmen, dann wird das Selbstbewußtsein wachsen, Verbündete werden dann als zeitweilige Interessenpartner erkannt und nicht als selbstlose Freunde zum eigenen Schaden mißdeutet.

II.

Der größere Zusammenhang: Feindbilder in der Politik

Es gilt, die Deutschfeindlichkeit in größerem Zusammenhang zu sehen, weil es nicht allein um bössartige oder vielleicht auch sachlich gerechtfertigte Kritik an den Deutschen geht, sondern weil es sich um eine international verbreitete Erscheinung handelt. Der Mensch als geselliges Wesen könnte als Einzelgänger nicht existieren. Nachbarschaft bedeutet Schutz, Hilfe, Arbeitsteilung und ist die Voraussetzung für höhere Kultur. Aber das Zusammenleben in Gruppen bringt Probleme: Vom Anbeginn der Geschichte an nehmen die Völker einander als unterschiedlich wahr, und das bedeutet leider meistens, daß der Nachbar nicht als Freund und Helfer, sondern als fremd und bedrohlich empfunden wird. So gibt es zahlreiche Feindvorstellungen in der Politik, von denen die nationalen Vorurteile nur eine sind. Neben der Deutschfeindlichkeit finden wir den Antisemitismus, religions-

feindliche Einstellungen („alle Katholiken sind Heuchler“), den Antikommunismus, Antikapitalismus. Selbst unter Angehörigen einer KulturNation gibt es die bekannten Gegensätze: Bayern gegen Preußen, alle gegen die Ostfriesen, Berliner gegen Sachsen. So hatten und haben z. T. noch heute ausgesprochen negative Bilder voneinander: Spanien/Portugal, USA/Mexiko, Japan/Korea, Thailand/Kambodscha, Indien/Pakistan, Norwegen/Schweden, Polen/Rußland, Polen/Deutschland, Rußland/China, Deutschland/Frankreich. Daraus folgt, daß gemeinsame Grenzen den Keim zum Streit und zum negativen Bild in sich schließen.⁴ Die Feindseligkeit gegen die Deutschen bildet in dieser trüben und sicherlich noch keineswegs vollständigen Aufzählung wahrhaftig keine Ausnahme, eine Tatsache, die sich vor allem jene, die auf deutschfeindliche Angriffe gefühlvoll und wehleidig reagieren, in Erinnerung rufen sollten.

Alles verstehen darf aber nicht bedeuten, alles verzeihend und tatenlos hinzunehmen. Haß und Ablehnung sind nicht nur moralisch verwerflich, sie haben oft negative Folgen. Der moralischen Diffamierung kann durchaus die soziale Ächtung bis hin zur physischen Vernichtung folgen. Deshalb bedeutet es keine Verharmlosung der hier im Mittelpunkt unserer Betrachtung stehenden Deutschlandfeindlichkeit, wenn

wir sie in den Zusammenhang der Vorurteile, des Gruppenhasses allgemein stellen, im Gegenteil: Wir erreichen damit eine Überwindung der hilflosen, gefühlsmäßigen Reaktionen. Wer Ursachen und Zusammenhänge erkennt, hat den ersten Schritt zur Überwindung des Übels bereits getan.

Ein populäres Vorurteil sagt, daß Vorurteile immer nur die anderen haben. Die Ansichten, die man selber vertritt, gelten als wohlbegründet. Deshalb mag es überraschen, daß vom psychologischen Standpunkt aus Vorurteile an sich keineswegs negativ, sondern zum Zwecke der Daseinsorientierung sogar notwendig sind.

Seit langem versteht man unter einem Vorurteil eine negative oder ablehnende Einstellung einem einzelnen oder einer Menschengruppe gegenüber, wobei dieser Gruppe bestimmte Eigenschaften von vornherein zugeschrieben werden, die selbst bei widersprechenden Erfahrungen nur schwer korrigierbar sind.⁵ Ein Vorurteil wird also gefällt, bevor die Möglichkeit besteht, das Objekt aus eigener Erfahrung zu beurteilen. Beispiele für solche sozialen Vorurteile wären: „Die anderen sind nicht vertrauenswürdig, hinter ihrer Maske sind sie heimtückisch!“, „Leute, die nicht an Gott glauben und die sich nicht zu einer Kirche bekennen, sind meistens auch moralisch un-

zuverlässig!“, „Die südlichen Völker sind faul und schmutzig!“. Die Beispiele zeigen, daß Vorurteile emotional gefärbt sind und meist negative, gelegentlich aber auch positive moralische Wertungen enthalten. Die abwertende Einstellung gegenüber fremden Gruppen geht meist darauf zurück, daß die eigenen Wertvorstellungen für allgemeingültig gehalten und zum Maßstab des Verhaltens auch aller anderen Menschen gemacht werden. Vorurteile verallgemeinern und abstrahieren. Daraus folgt die geringe Übereinstimmung des Bildes mit der Wirklichkeit. „Der Deutsche“ sei humorlos, fleißig, lebe von Sauerkraut und Bier und trage Lederhosen, ist ein solches durch abstrahierende Vereinfachung gewonnenes Bild, das mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Da die Bereitschaft, Vorurteile zu revidieren, gering ist, spricht man von Stereotypen. Darunter wird eine festgefügte, für lange Zeit gleichbleibende, durch neue Erfahrungen kaum veränderbare Vorstellung bezeichnet. Diese Stereotypen haben aber eine wichtige Funktion für den einzelnen, da dem Individuum hiermit eine Orientierung in der Umwelt möglich ist, in der ohne Vorurteile eine Orientierung nur schwer möglich wäre, da die Kompliziertheit der Verhältnisse nach Vereinfachungen und Abstrahierungen verlangt. In der Sozialpsychologie gibt es die Erkenntnis, daß der Mensch durch

Stereotypenbildung aus einem Meer von Ungewißheit auf eine Insel der Sicherheit gelangt. Außerdem üben die Stereotypen für die eigene Gruppe eine gewisse Entlastungsfunktion aus, d. h. sie können eigene Schwächen und Fehler entschuldigen und dienen zugleich der Sicherung des Selbstwertgefühls und dem Zusammenhalt der eigenen Gruppe. Besonders in Spannungssituationen wird der Zusammenhalt der eigenen Gruppe dadurch gestärkt, daß man der anderen Gruppe alle negativen Eigenschaften zuspricht, der eigenen dagegen nur positive. Somit ist in jeder Gruppe die Tendenz zur Ableitung von Aggressionen auf Sündenböcke vorhanden, eigene Schuldgefühle und Frustrationen werden auf andere abgewälzt. Daraus ergibt sich klar, daß Vorurteile, insbesondere im Zusammenhang mit der Diskriminierung von Minderheiten, eine große Rolle spielen und der Rechtfertigung der eigenen Politik dienen.

Ein Kennzeichen des nationalen Vorurteils ist, daß nur ganz wenige oder auch gar keine Informationen über die zu bewertende Nation vorhanden sind. So zeigt eine Untersuchung mit amerikanischen Studenten, denen eine Liste mit Namen von Völkern vorgelegt wurde und die sie zu beurteilen hatten, daß selbst über solche Völker ein Urteil abgegeben wurde, die gar nicht existierten, also nur unter Phantasienamen

in die Liste aufgenommen worden waren. Eine andere Möglichkeit, Urteile über Völker und Nationen zu fällen, ist das Schließen aus Erfahrungen, die mit einem einzelnen Angehörigen einer anderen Nation gemacht wurden. Durch Abstraktion wird auf die Gesamtheit geschlossen. Daraus entstehen natürlich total verzerrte Bilder.

Nationale Vorurteile werden von psychologischen und geopolitischen Faktoren bewirkt.

Vor allem die psychoanalytisch orientierte Sozialforschung hat darauf hingewiesen, daß bei allen Menschen eine verborgene Vorurteilsbereitschaft vorhanden ist.⁶ Vorurteile können in Zeiten der Unsicherheit bei der Suche nach Sündenböcken zur Aggression gegen andere führen. Hexenwahn, Rassenhaß und Haß gegen andere Völker haben die gleiche psychologische Wurzel.

Die Sozialpsychologie kommt zum zusammenfassenden Ergebnis:

1. Die Mitgliedschaft in einer Gruppe reduziert die Angst gegenüber den „Bedrohern“.

2. Die Aggression kann gegen einen „gemeinsamen Feind“ gefahrloser abgeleitet werden, zumal wenn dieser schwächer ist als die eigene Gruppe, was oft bei

Minderheiten oder kleinen Nationen gegenüber der Fall ist.

3. Das Selbstwertgefühl wird gehoben, man wird selbst zu einer Autorität, nämlich zu einer „moralischen Autorität bei der Verdammung anderer“.

4. Ein Gewissenskonflikt wird dabei weitgehend ausgeschaltet.⁷

Zu den geopolitischen Faktoren zählen das Nachbarschaftsgesetz und das Nord-Süd-Gesetz. Direkte Nachbarstaaten haben meist ein negatives Bild voneinander. Dagegen haben zwei Staaten, die einen dritten einrahmen, häufig positive Vorurteile voneinander. So wird berichtet, daß die Portugiesen zwar ein negatives Bild von den Spaniern, hingegen ein positives von den Franzosen haben. Daß derartige Aussagen nur begrenzt gelten, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß aus dem negativ belasteten deutsch-polnischen Verhältnis keineswegs folgt, daß die Deutschen und die Russen ein positives Bild voneinander haben. Das sogenannte „Nord-Süd-Gesetz“ besagt, daß das jeweils nördlichere Volk das südlicher liegende für schmutzig, unzuverlässig, rückständig und disziplinos hält. Hingegen sehen die südlichen Völker ihre nördlichen Nachbarn als unterkühlt, gefühllos, dafür aber diszipliniert, modern und fortschrittlich an. Ein ähnliches Gefälle gibt es im West-Ost-

Verhältnis. Da Kultur und Zivilisation sich seit dem Mittelalter in Europa von Westeuropa nach dem Osten entwickelt haben, da technisch-wissenschaftlicher Fortschritt als Voraussetzung eines angenehmen und modernen Lebens gilt, gelten die östlichen Völker in den Augen der westlichen als unverbraucht, bäuerlich, aber auch rückständig und primitiv. Die westlichen Völker hingegen gelten aus der Sicht der östlichen als fortschrittlich, moderner, aber auch als überzüchtete Kulturnationen. Gerade dieser Gegensatz hat, wie wir angesichts des epochalen Wandels der Jahre 1989/90 erlebten, sowohl innerdeutsche Bedeutung als auch Bedeutung für das Verhältnis der Deutschen zu den osteuropäischen Völkern.⁸

Fremdbild und Selbstbild geben einer Nation Ziel und Richtung für politisches Handeln. Im positiven Sinne verleiht das Selbstbild Sicherheit und Selbstbewußtsein, im negativen Sinne kann eine Zerstörung des Selbstbildes zur politischen Lähmung und Handlungsunfähigkeit führen. In der deutschen Geschichte sind beide Wirkungen — Selbstbewußtsein bis hin zur Überhebung und Selbstkritik bis hin zur Selbstzerstörung — aufzufinden. Die deutsche Geschichte zeigt, welche politische Bedeutung Selbstbild und Fremdbild haben.

Die Frage nach den Folgen nationaler Vorurteile hängt mit der Dauerhaftigkeit der Bilder zusammen.

Es versteht sich von selbst, daß ein kurzzeitiges Aufwallen von positiven oder negativen Gefühlen weniger tiefgehende Wirkungen hat als ein über viele Jahre oder Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte hinweg unverändertes Bild vom anderen. In der Psychologie werden Langzeitbild und Kurzzeitbild unterschieden. Zum Langzeitbild gehören religiöse Unterschiede, ideologische Positionen und historische Erfahrungen. Z. B. hat die auf Erfahrungen beruhende deutsch-französische „Erbfeindschaft“ für mindestens 2 1/2 Jahrhunderte das Verhältnis bestimmt, die Folgen sind trotz der Versicherungen von Freundschaft keineswegs überwunden. Italien hatte als Land der Antike bei den humanistisch Gebildeten ein positives Bild, wie umgekehrt die Moslems, insbesondere die Türken, jahrhundertlang als Bedrohung galten. In den USA wurden die monarchisch regierten europäischen Völker und hier insbesondere die Deutschen und Österreicher aus einem demokratischen Sendungsbewußtsein heraus als autoritär negativ bewertet.

Vor diesem langfristigen und nur schwer sich veränderndem Hintergrundbild spielen aktuelle Ereignisse eine Rolle. Wahlergebnisse, wie die Erfolge der NPD in den 60er Jahren, der Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik Deutschland 1989 oder der Fall der Mauer im November 1989 können das Bild

der Deutschen im Ausland oder der Ausländer in Deutschland kurzfristig im positiven oder negativen Sinne beeinflussen. Hier handelt es sich aber um Kurzzeitreaktionen, die das Langzeitbild nicht auf Dauer korrigieren können.

Wir sehen, daß Vorurteile eine wichtige, orientierende Funktion haben, daß ihre vereinfachende Wirkung angesichts der Kompliziertheit der modernen Welt notwendig ist. Um sich in seiner Umwelt zurechtzufinden, müssen aus der chaotischen Fülle von Informationen Ordnungssysteme aufgebaut werden, die es ermöglichen, Erfahrungen einzuordnen, um Gegenwärtiges und Zukünftiges möglichst genau einzuschätzen.⁹ Feindbilder, um deren negative Folgen es uns hier in bezug auf die Einschätzung der Deutschen geht, sind ein pathologisches Extrem dieser überlebenswichtigen Funktion von Abgrenzung und Unterscheidung. Nur wenn ein Vorurteil zum Feindbild entartet, besteht die Gefahr der Aggressivität gegen einzelne oder ganze Völker mit der Konsequenz bis zur Vernichtung. Hier muß die Frage nach der Möglichkeit und der Notwendigkeit der Überwindung von Vorurteilen und Feindvorstellungen ansetzen.

Es hat viele hilflose Versuche gegeben, durch Erziehung Vorurteile und Feindbilder zu beseitigen. Hierbei handelt es sich um jenen „pädagogischen All-

machtwahn" (Theodor Litt), der sich der Illusion hingibt, mit Methoden der Persönlichkeitsbildung Fehler der Politik und Defizite des Sozialen korrigieren zu können. Der Glaube, durch antiautoritäre Erziehung eine angstfreie Persönlichkeit heranziehen zu können, die von Vorurteilen frei ist, hat sich als Aberglaube herausgestellt. Der berechtigte Kern dieses Vorhabens ist es jedoch, bereits in der Erziehung Diffamierungen anderer Völker und nationaler Minderheiten zu vermeiden. Ohne Illusionen über die Erfolge sollten Schulbücher entsprechend revidiert werden, und Aufklärung über die Natur des Vorurteils kann in den Grenzen, die ein Appell an die Rationalität eröffnet, hilfreich sein. Die Ursachen von Vorurteilen und Feindbildern werden damit nicht berührt. Auch Reisen in andere Länder können nur einen Beitrag zum Abbau von Feindbildern leisten, weil negative Erfahrungen genau gegenteilig, d. h. im Sinne einer Vertiefung von Feindvorstellungen wirken können. Der Massentourismus hat sicherlich im großen und ganzen eher ausgleichend gewirkt und jedenfalls nicht zu einer Vertiefung von Feindbildern beigetragen. Sozialpsychologie und Pädagogik vertreten die Auffassung, daß Begegnungen von Angehörigen verfeindeter Nationen bei guter Vorbereitung positiv wirken könnten. Für notwendig wird gehalten:

1. Eine Einführung in die Entstehung und Veränderung von Wissen.

2. Eine Einführung durch anerkannte Experten in Geschichte, Religion, Ethik und Soziologie der gegnerischen Gruppe, da solide Kenntnis der gegnerischen Gruppe und ihrer Perspektive sich als entscheidend erweise.

3. Die Durchführung von gemeinsamen Arbeitstagen, in denen einerseits die eigenen Gefühle zum Ausdruck gebracht werden können und andererseits Materialien erarbeitet werden können, um Vorurteile durch sachliches und differenziertes Wissen zu ersetzen.¹⁰

Durchgesetzt hat sich die Auffassung, daß nur eine Kombination von Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung von Bildungs- und Erziehungsprogrammen und Aufbau von Beziehungen (etwa durch längerfristige Reisen und Begegnungen) Vorurteile beeinflussen und Feindbilder abbauen kann. Übertriebene Erwartungen in die Möglichkeiten von Wissenschaft und Bildung werden, wie die Erfahrungen lehren, in Enttäuschungen enden.

III.

Deutschfeindlichkeit in Geschichte und Gegenwart

Gegen Deutschland und die Deutschen gerichtete nationale Vorurteile hat es vor und nach 1945 immer gegeben. Nach dem bisher Gesagten kann das nicht verwundern, denn Nachbarn neigen dazu, sich abzugrenzen. Deshalb hat es gelegentlich deutschfeindliche Wellen gegeben, die hier in einem Überblick für die Zeit nach 1945 zusammengestellt werden sollen. Daran möge deutlich werden, daß es einen Zusammenhang von einem negativen Langzeitbild mit aktuellen Ereignissen gibt, die je nach Interessenlage zu einer kurzzeitigen Mobilisierung deutschfeindlicher Gefühle dienen.

1945 - 1948 gab es eine weltweite Empörung gegen die Deutschen, die ihre Nahrung durch die Kriegsverbrecherprozesse, Enthüllungen über NS-Taten und Politik und Kriegsführung des „Dritten Reiches“ fanden. Deutschland und die Deutschen befanden

sich in einer Paria-Rolle, sie waren aus der Gemeinschaft der zivilisierten Völker ausgeschlossen, in die sie nicht mit jener Leichtigkeit, mit der es dann geschah, hätten zurückkehren können, wenn nicht der 1946 beginnende und sich ständig verschärfende Ost-West-Konflikt neue internationale Frontstellungen gebracht hätte. Die jeweiligen östlichen und westlichen Vormächte und Verbündeten brauchten nunmehr die in ihrem jeweiligen Einflußbereich lebenden Deutschen, so daß nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern aus opportunistischen Gründen 1947/48 die deutschfeindlichen Angriffe sowohl im Westen wie im Osten stark abnahmen.

1948 - 1952 flackerte die Deutschfeindlichkeit nochmals auf, weil es in Westdeutschland ein neues Nationalbewußtsein, ein zunehmendes Selbstbewußtsein gab. Die sich abzeichnende neue deutsche Staatlichkeit, die bevorstehende Wiederbewaffnung, aber auch das Auftreten von Parteien wie der Sozialistischen Reichspartei, die zunehmende Amnestierung von Leuten, die gestern noch „Kriegsverbrecher“ genannt wurden, nunmehr aber vornehm als „Kriegsverurteilte“ umschrieben wurden, und das Werben um gestern noch verachtete deutsche Soldaten, Offiziere und Generäle verursachten in erheblichem Umfange deutsch-feindliche Angriffe vor allem im westlichen

Ausland. In stärkerem Umfange war während dieser Zeit auch die Instrumentalisierung der Deutschfeindlichkeit durch die Sowjetunion, die DDR und andere Ostblockstaaten zu beobachten. Ihnen ging es darum, antideutsche Ressentiments im westlichen Ausland zu mobilisieren, indem eine Kontinuität vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik konstruiert wurde. Unter Hinweis auf personelle und geistige Kontinuität sollten insbesondere in den westlichen Ländern, die während des Zweiten Weltkrieges von deutschen Truppen besetzt gewesen waren, Emotionen mobilisiert werden, die zur Destabilisierung des westlichen Bündnisses führen sollten. Im Ostblock, insbesondere in Polen, konnten nationalkommunistische und gegen Sowjetrußland gerichtet Gefühle mit dem Hinweis auf die angeblich von Deutschland ausgehende Gefahr gebändigt werden.

1957 - 1963: Nach einer Phase von rund fünf Jahren, in der deutschfeindliche Angriffe keine große Rolle spielten, flackerten sie in dem Augenblick wieder auf, als die ersten KZ-Prozesse begannen. Eine zweite Phase der Vergangenheitsbewältigung vergewaltigte Taten des nationalsozialistischen Regimes, die besonders deswegen Sprengkraft gewannen, weil das weltpolitische Klima sich wandelte. Der Ost-West-Konflikt nahm an Schärfe ab, die Koexistenz-

politik Chruschtschows ermöglichte eine vorsichtige Verständigung zwischen der Sowjetunion und den USA. In dieser Situation war die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Wiedervereinigungsforderungen ein eher lästiger Verbündeter, der zwar nicht durch seine Politik, aber durch die bloße Situation, insbesondere durch die exponierte Lage Berlins, die Verbündeten in unerwünschte Konflikte hineinzuziehen drohte. Das Berlin-Ultimatum Chruschtschows von 1958 und der Bau der Berliner Mauer 1961 waren Anlaß für heftige deutschfeindliche Angriffe, da durch Deutschland eine Kriegsgefahr gegeben war, der man sich nur entziehen zu können glaubte, wenn der Nachweis gelang, daß die Deutschen es ja gar nicht verdienten, daß man sich für sie einsetzte. Mit dem Abflauen der Koexistenzillusionen ebte auch diese Welle der Deutschfeindlichkeit wieder ab.

1966/68 brachte die Kanzlerschaft Kiesingers, des ersten Bundeskanzlers, der NSDAP-Mitglied gewesen war, einen kurzzeitigen erneuten Anstieg deutschfeindlicher Angriffe, wobei die Manipulation seitens der DDR und der Sowjetunion besonders deutlich war.

1974, mit dem Ende der Kanzlerschaft Willy Brandts, nahmen die internationalen Angriffe auf Deutschland und die Deutschen kurzzeitig wieder zu. Die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition hatte von 1969

bis 1972 zu einem fast völligen Fortfall der östlichen Angriffe geführt.

1977 spielten im Zusammenhang mit der Abwehr des Terrorismus Angriffe gegen den deutschen „Polizei-staat“ und die „Berufsverbote“ vorübergehend eine Rolle.

1982 brachte das Ende der sozialliberalen Koalition und damit Angriffe auf die „konservative Wende“, die aber ebenfalls bald wieder abflauten.

1989/90 kam es infolge der deutschen Einheit zu zahlreichen Äußerungen des Unmuts, der Besorgnis, der Furcht vor einem in Mitteleuropa entstehenden Großstaat, der aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Potenz zur Hegemonie in Europa imstande sein könnte.

1991 brachte der Golfkrieg die Umkehrung der wenige Monate zuvor geäußerten Befürchtung: Nunmehr wurde von den Deutschen ein stärkeres Engagement zur Entlastung der USA und der anderen Westmächte erwartet. Die offenkundige Abneigung der Mehrheit der Deutschen, die Bequemlichkeit zugunsten einer größeren weltpolitischen Rolle aufs Spiel zu setzen, führte nun zum Vorwurf der Drückebergerei und Eigensucht.

Diese Übersicht läßt einmal erkennen, daß die Heftigkeit der deutschfeindlichen Angriffe auf der

Grundlage eines negativen Langzeitbildes, auf politischer Manipulation durch die Sowjetunion und DDR beruhten. Indirekt kann man dies aus der Tatsache schließen, daß ab 1969/72 aufgrund der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition die Angriffe stark abnahmen, obwohl sie nicht ganz verschwanden. Ab 1989, mit dem Ende der DDR und der Auflösung des Ostblocks, haben die deutschfeindlichen Angriffe aus Osteuropa fast gänzlich aufgehört. Trotz der westlichen negativen Reaktionen auf die deutsche Einheit und der Angriffe wegen Nichtbeteiligung am Golfkrieg handelte es sich hier, soweit feststellbar, um eine neue Qualität der Angriffe: Vorher waren es Kampagnen, die sorgfältig organisiert waren. Es gab Pressekonferenzen, Tribunale, Veröffentlichungen. 1989/90 gab es nur Nachbeben früherer organisierter Kampagnen, zwar heftig, aber doch deutlich anders. Der britische Handelsminister Ridley verlor wegen seiner Angriffe auf Deutschland sein Amt. Hier zeigte sich, daß ein Langzeitbild vorhanden war, jedoch das Augenblicksinteresse gebot, sich nicht gegen Deutschland zu stellen, sondern mit ihm zu kooperieren. Erwartet wurde, daß die Deutschen sich in politischer und militärischer Hinsicht stärker in der Weltpolitik engagierten, um die USA und ihre westlichen Verbündeten zu entlasten. Verstöße gegen dieses Interesse fal-

len auf den Urheber (Ridley) zurück. Dies Beispiel lehrt, daß negative Stereotypen jederzeit wieder wirksam werden können, wenn das aktuelle Interesse es gebietet. Die weltpolitische Situation der Jahre 1989/90 gebietet Kooperation und Beanspruchung der Deutschen. Ein guter Deutscher ist nunmehr ein aktiver Deutscher. Deutsche Aktivität gilt nicht mehr als Störung, sondern als Entlastung der Politik der Verbündeten. Am Langzeitbild hat sich wegen dieser aktuellen Interessenlage jedoch nichts geändert.

1. Die Deutschfeindlichkeit vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert

Die Entwicklung des Deutschenbildes soll hier am Beispiel mehrerer Länder geschildert werden. Mit den USA wird begonnen, weil nach 1945 von hier die entscheidenden Impulse ausgingen, die auch Einfluß auf die Vorstellungen anderer westeuropäischer Länder hatten.

Wie auch anderswo hat sich das Deutschenbild in den Vereinigten Staaten im Laufe des 19. Jahrhunderts gewandelt. Bis zum Aufstieg Preußens zur vorherrschenden deutschen Macht, also bis zur Reichsgründung 1871, galten die Deutschen als wirklichkeitsfremd, romantisch, unpolitisch und ungefährlich.

Positiv war das Bild der deutschen Wissenschaft, die politischen Verhältnisse der deutschen Länder galten als rückständig, ja sogar morsch, aber ungefährlich.

Nach den Siegen Preußens, später des Norddeutschen Bundes, über Dänemark, Österreich und Frankreich entstand mit dem Deutschen Reich in Mitteleuropa ein Machtzentrum, das in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht überragende Bedeutung erhielt, so daß das Bild der Deutschen auch in Amerika sich zum Negativen wandelte. Typisch für das Bild des Deutschen war nunmehr der Offizier mit dem Monokel, der herrschsüchtige und reaktionäre Junker, der arrogante Bürokrat und der strebsame Kaufmann, der seinen ausländischen Konkurrenten überlegen war, weil er fleißiger arbeitete.

Zweierlei wird an diesem Bilde deutlich: Das demokratische Ideal von persönlicher Freiheit und Selbstregierung wurde Maßstab für das negative Bild des monarchischen Staates, in dem Bürokratie und Militär eine herausgehobene Stellung hatten. Zum anderen wurden die amerikanischen Vorstellungen von Europa und Deutschland nur zum Teil durch direkte Begegnungen geprägt, vielmehr wurde das Bild der Amerikaner durch britische Eindrücke vermittelt. Demokratische und fortschrittliche Kreise in Deutschland konnten das negative Bild nicht kompensieren:

Die Sozialdemokraten wurden von den kapitalistisch eingestellten Amerikanern als revolutionär abgelehnt, während ihre marxistische Ideologie unverständlich war. Das Zentrum galt als katholisch-konfessionelle Partei, die den Amerikanern wegen der dort üblichen Trennung von Staat und Kirche ungreiflich und unsympathisch war. Insgesamt galt Deutschland als autoritär, militaristisch und rückständig, dabei als expansiv und gefährlich, so daß der „Kreuzzug für die Demokratie“ während des 1. Weltkrieges seine ideologischen Wurzeln im Deutschenbild nach 1870 hatte. Die Haßorgien des 1. Weltkrieges, denen die nahezu völlig assimilierten Deutschen in den Vereinigten Staaten nichts entgegensetzen konnten, brachten in der Zeit der Weimarer Republik eine Gegenentwicklung: Demokratie und republikanische Staatsform wurden prinzipiell als positiv angesehen. Die Ablösung der Weimarer Demokratie durch die nationalsozialistische Diktatur verkehrte den positiven Eindruck wiederum ins Gegenteil, insbesondere während der Kriegszeit wurde an die älteren deutschfeindlichen Vorstellungen angeknüpft und eine historische Kontinuität von den Anfängen deutscher Geschichte über das „militaristische“ Preußen, das autoritäre, obrigkeitsstaatliche Kaiserreich bis hin zum Nationalsozialismus konstruiert, dessen Erfolge als

folgerichtiges Ergebnis der deutschen Geschichte gedeutet wurden.¹¹

In den Vereinigten Staaten hatte die Deutschfeindlichkeit primär ideologische und nicht wie in Frankreich und England machtpolitische und wirtschaftliche Gründe. Die USA waren viel zu weit von Europa und Deutschland entfernt, um eine weltpolitische Konkurrenz zu spüren. Während weltanschauliche Gründe in den USA primär und politische Konkurrenz sekundär waren, war es in Frankreich und England umgekehrt.

Über das Bild der deutschen Geschichte in amerikanischen Augen heißt es: „Ihre (der amerikanischen Geschichtsschreibung) Grundüberzeugungen sind etwa der Glaube, daß es sich bei dem politischen Kampf um Macht im Grunde genommen um einen Kampf um Recht handele oder doch handeln sollte; daß nur die rechtsstaatliche Demokratie Freiheit, Frieden und Wohlstand gewährleiste; daß der Gegenstand der Geschichte und zugleich der Träger geschichtlichen Lebens nicht der Staat sei, sondern der Mensch, der darin zu Bewährung aufgerufen sei, aber auch versagen könne; daß Geschichte nicht primär Staatsgeschichte, sondern Geschichte der Gesellschaft und ihrer civilization sei; daß ihr daher attitude and value patterns zu entnehmen seien; daß es in

ihrem Ablauf zwar Umwege und Rückschläge gebe, daß es darin im Grunde genommen aber doch bergauf (uphill) gehe; daß ihr Ursprung und Ziel die eine Menschheit sei, daß somit die interdependence aller Völker dieser Erde ihre cooperation erforderlich mache. . . . Es ist also zunächst so, daß die deutsche Geschichte vom Standpunkt der Werte des amerikanischen Geschichtsdenkens aus gesehen und dargestellt wird. Es leuchtet ein, daß damit ein uns häufig befremdendes Bild entsteht. Die deutsche Geschichte ist eben ganz überwiegend nicht die Geschichte einer Demokratie, an deren Wiege eine declaration of inalienable rights gestanden hat, sondern die Geschichte eines Obrigkeitsstaates, der im Stil der Staaten Europas Machtpolitik getrieben hat. In Deutschland war der Mensch bis in unsere Gegenwart hinein eben nicht der Träger, sondern das Objekt staatlicher Tätigkeit. Nicht bei ihm lag die Würde des Geschichtlichen, sondern beim Staat, dessen Untertan er war. Hegel war der Philosoph dieser Staatsanschauung, in ihm kulminiert die Geschichte des deutschen politischen Denkens seit Luther, und in diesem Sinne erscheinen Bismarck und selbst Hitler als geistige Nachfolger und Vollstrecker seiner Lehre. Geschichte ist für ein so geartetes Denken, daher in erster Linie Staatsgeschichte, nicht Geschichte der Gesellschaft, politische

Geschichte, nicht history of civilization. Eine so verstandene Geschichte ist im Grunde genommen ziellos. Sie kann nur das Auf und Ab im Machtkampf der Staaten zeigen, wobei jeder Moment „unmittelbar zu Gott“ ist.“¹²

Unter dem Eindruck des Nationalsozialismus wurden die deutsche Geschichte und der Volkscharakter der Deutschen pseudowissenschaftlich und psychoanalytisch mißdeutet. Einen starken Einfluß auf das amerikanische Deutschenbild der Kriegszeit hatte der zeitweilige britische Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittart, dem der Nationalsozialismus als vollendeter Ausdruck des deutschen Volkscharakters erschien, da die deutsche Geschichte seit dem Siege Hermanns des Cheruskers über die Römer im Jahre 9 n. Chr., durch den der zivilisierende Einfluß der römischen Hochkultur auf die Germanen verhindert worden sei, von Fortschrittsfeindlichkeit, Kriegslust und Barbarei geprägt sei. Vansittarts Bücher „The black record“ und „Lessons of my life“ waren nicht nur in Großbritannien, sondern auch in den USA erfolgreich und haben während der Zeit des 2. Weltkrieges zahlreiche andere Autoren angeregt, ähnliche Schriften zu veröffentlichen. Dazu gehören Paul Winklers „The thousand years conspiracy“, Sigrid Schultz: „Germany will try it again“ und Louis

Nizer: „What to do with Germany?“. Der letzte vertritt die Auffassung, daß es keinen Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Führung und dem deutschen Volk gebe. Deutsche Geschichte und Traditionen haben seiner Darstellung zufolge das deutsche Volk zu einem Erzverschwörer gegen die Zivilisation gemacht. Krieg und Massenmord seien ethisch gerechtfertigt, der Nationalsozialismus sei nur ein anderer Name für Pangermanismus.

Neben diesen Versuchen, die deutsche Geschichte pseudowissenschaftlich als grundsätzlich autoritär, demokratiefeindlich und aggressiv zu deuten, stehen andere Interpretationen psychologischer und psychoanalytischer Art. Ein Beispiel dafür ist die Schrift des Psychiaters Richard Brickner: „Is Germany incurable?“ Hier wird der Versuch unternommen, Verfolgungswahn massenpsychologisch als Triebkraft für das Verhalten eines ganzen Volkes zu deuten. Die deutsche Furcht vor einer nicht existierenden Einkreisung und die Vorstellung, die ganze Welt sei gegen Deutschland, die Neigung, die Schuld immer bei anderen zu suchen und nach Sündenböcken Ausschau zu halten, die Unfähigkeit zu Kompromissen gelten dem Autor als typische Anzeichen von Verfolgungswahn (Paranoia). Brickner schlägt vor, die Schichten der deutschen Bevölkerung, die durch die Schule der

demokratisch-sozialistischen Parteien und Gewerkschaften gegangen seien, zu fördern, während Kleinbürger und Intellektuelle im Sinn der Diagnose krank seien. Sowohl dieses Buch, als auch Vansittart hatten erheblichen Einfluß in der amerikanischen Öffentlichkeit. Die „Society for the prevention of World War III“ trat ebenso für eine harte, über die Regelungen von Versailles 1919 hinausgehende Behandlung Deutschlands ein wie ein Teil deutscher Emigranten, unter denen der ehemalige Münchner Professor für Pädagogik Friedrich Wilhelm Förster und der Schriftsteller Emil Ludwig zu nennen sind. Als im Oktober 1944 das Gallup-Institut fragte, ob die Gefahr bestehe, daß Deutschland auch in Zukunft einen neuen Krieg beginnen werde, wurde diese Frage von 60 Prozent bejaht. In der deutschen Öffentlichkeit wurden vor allem zwei Schriften, die allerdings nur geringen Einfluß hatten, bekannt. Bereits während des Krieges ließ Propagandaminister Goebbels die Schrift von Theodor N. Kaufman: „Germany must perish“ (1941) veröffentlichen, weil er sich von der Forderung des Autors, Deutschland für immer zu beseitigen, propagandistische Wirkungen versprach. Der Autor forderte nämlich, die Deutschen auf „humanitäre“ Weise durch Sterilisation auszulöschen. Niemand wird getötet, die Deutschen sterben mangels Nach-

wuchs aus. Diese Schrift eines Außenseiters hatte genauso wenig Wirkung wie der ebenfalls sehr öffentlichkeitswirksame Morgenthau-Plan, der die Entindustrialisierung Deutschlands vorsah. Deutschland sollte ein reiner Agrarstaat werden und dadurch für alle Zukunft an militaristischer und imperialistischer Politik gehindert werden. Auch dieser Plan, den Morgenthau in seinem erst 1945 veröffentlichten Buch „Germany is our problem“ in aller Öffentlichkeit vertrat, fand zwar Aufmerksamkeit, aber wegen offenkundiger Undurchführbarkeit bereits damals in den USA kaum Zustimmung.¹³

Die Zusammenstellung dieser Äußerungen ist notwendig und berechtigt, weil, wie noch zu zeigen sein wird, spätere amerikanische deutschfeindliche Äußerungen an die früheren Veröffentlichungen anknüpfen. Die Fairneß gebietet festzustellen, daß schon während des 2. Weltkrieges diese Äußerungen nicht unwidersprochen blieben. Damals, wie auch nach 1945, ist die deutschfeindliche Propaganda immer nur von Minderheiten getragen worden, die allerdings als Meinungsbildner einflußreich waren. Es hat sich vor allem um drei Gruppen, nämlich Kreise der Intelligenz, Juden und jüdische Organisationen und Teile der amerikanischen Administration, gehandelt.¹⁴ Die große Mehrheit der amerikanischen Bevöl-

kerung ist an dieser Propaganda nicht beteiligt gewesen, sie hat auch weder vor noch nach 1945 starkes Interesse an außeramerikanischen Fragen gehabt. Da Meinungsführer aber, auch wenn es sich um Minderheiten handelt, einen starken Einfluß auf Regierung und öffentliche Meinung ausüben, darf ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Während des 1. Weltkrieges veröffentlichte Heinrich Fränkel ein Buch über „Deutschland im Urteil des Auslandes“¹⁵, das man als typisch deutsche Reaktion auf die in jenen Jahren sich überschlagende Deutschfeindlichkeit bei den Feindmächten des 1. Weltkrieges sehen muß. Fränkel bemüht sich, der deutschfeindlichen Hetze entgegenzutreten, indem er deutschen Lesern klarzumachen versucht, daß in früheren Jahren und Jahrhunderten das Urteil des Auslandes über Deutschland und die Deutschen eindeutig positiv gewesen ist — offenbar hatte die durch deutschfeindliche Propaganda verunsicherte deutsche Seele diesen Balsam nötig. England nimmt in seiner Betrachtung einen besonders wichtigen Raum ein, da es neben Frankreich Deutschlands Hauptgegner war. In ausführlichen Zitaten aus Veröffentlichungen englischer Geistesgrößen weist er nach, daß bereits im 15. und 16. Jahrhundert das Deutschenbild vornehmlich kulturell und machtpolitisch bestimmt war. Unter

Berufung auf William Shakespeare (1564 - 1616), Thomas B. Macaulay (1800 - 1859), Lord Byron (1788 - 1824), Edward Lord Lytton Bulwer (1803 - 1873), George Elliot (1820 - 1880) bietet Fränkel ein aus Zitate zusammengesetztes Deutschenbild, das mindestens bis 1866 eindeutig positiv ist. Deutsche Landschaft, Kultur und Wissenschaft werden überaus hochgeschätzt, aber auch Leistungen des preußischen Heeres — jedenfalls soweit es vor 1815 gegen Napoleon gekämpft hat. Zahlreiche für die Meinungsbildung und das Geschichtsbild einflußreiche britische Historiker hatten ein durchaus distanzierendes Bild von Frankreich, das jahrhundertlang einer der Hauptgegner Englands auf dem Kontinent und im Kampf um Kolonien gewesen war. Die Deutschen aber galten als friedfertig, träumerisch und als Machtfaktor in der europäischen Politik für England unerheblich.

Obwohl noch der deutsch-französische Krieg positiv bewertet worden war, denn Frankreich, ein gefährlicher Konkurrent Englands, wurde ausgeschaltet, obwohl die deutsche Einheit prinzipiell begrüßt und sogar z. T. die Annexion Elsaß-Lothringens durch das Deutsche Reich gebilligt wurde, setzte sich jetzt doch allmählich die Erkenntnis durch, daß mit dem neuen Deutschen Reich in Mitteleuropa ein Machtfaktor entstanden war, mit dessen Hegemonialstreben

England nunmehr rechnen mußte wie zuvor mit dem Frankreichs. Dementsprechend kam es schon 1871 zu ersten Äußerungen der Besorgnis über eine Gefahr, die für England von den zwei „despotic powers“ Deutschland und Rußland, die eng miteinander verbunden waren, ausgehen könne. Das Deutschenbild wandelte sich nach 1871 keineswegs plötzlich vom Positiven zum Negativen. Trotz des einsetzenden Mißtrauens wünschte man den Deutschen einen Sieg über Frankreich, denn noch waren die britischen Vorbehalte gegenüber den Franzosen stärker als die gegen Deutsche. Nach 1871 schwankte das britische Deutschenbild zwischen Sympathie und Antipathie. Auf der einen Seite betrachtete man Bismarck als den eigentlichen Drahtzieher des Krieges, auf der anderen Seite wurde der Sieg der Deutschen als gerechter Sieg gefeiert. Trotzdem griff zunehmend das Bewußtsein in England um sich, daß sich die politischen Verhältnisse geändert haben und nun nicht mehr Frankreich, sondern Deutschland als Konkurrent Englands anzusehen sei. Noch war kein Meinungsumschwung im antideutschen Sinne zu verzeichnen, aber eine merkliche Sympathieabnahme.¹⁶ Der eigentliche große Wandel gegen Deutschland setzte erst um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ein. Die Konkurrenz in der imperialen Politik, deutsche Flottenpolitik,

Konkurrenz auf den Weltmärkten und die deutsche Politik in der Zeit des Burenkrieges, durch ungeschickte Äußerungen des Deutschen Kaisers verschärft, führten allmählich zur Umkehr des ursprünglich stark positiven Deutschenbildes. Man glaubte bei den Deutschen eine Abkehr vom Idealismus und eine krasse Hinwendung zum Materialismus und zur Machtpolitik verzeichnen zu müssen. Damit habe sich der wahre deutsche Charakter offenbart, Krieg und kriegerische Haltung wurden als charakteristisch für die deutsche Mentalität betrachtet.

Der 1. Weltkrieg brachte eine überschäumende, massive antideutsche Kampagne. Deutschland wurde als eine Bedrohung für den Weltfrieden dargestellt.¹⁷ Nach dem 1. Weltkrieg setzte sich eine differenziertere Sicht durch. Die Auffassung, daß durch die Greuelpropaganda den Deutschen Unrecht getan wurde und daß der Vertrag von Versailles unklug gewesen sei, kam in erster Linie der nationalsozialistischen Regierung zugute, die in den ersten Jahren nach 1933 zwiespältig beurteilt wurde. Verfolgung und Unterdrückung belasteten das Ansehen der Deutschen, andererseits wurde die antikommunistische Politik des Dritten Reiches wohlwollend betrachtet. Erst mit der expansiven Außenpolitik ab 1938 wandelte sich das Deutschenbild wiederum zum Negativen. Das briti-

sche Deutschenbild ist sehr stark pragmatisch geprägt. Ein Deutschland, das wegen seiner politischen, militärischen und ökonomischen Macht als Gefahr betrachtet wird, findet Ablehnung und Feindschaft, die bis in negative Deutungen des deutschen „Volkscharakters“ reichen. Befindet sich Deutschland in einer Situation, in der es britischen Interessen nicht entgegenhandelt oder machtlos ist, bessert sich das Bild. Ideologische Gründe, ein demokratisches Sendungsbewußtsein, das beim Deutschenbild der Vereinigten Staaten eine Rolle spielt, ist in Großbritannien zwar auch vorhanden, aber deutlich zweitrangig gegenüber dem pragmatischen Interessenstandpunkt.

Das deutsch-französische Verhältnis ist durch die enge geographische Nachbarschaft geprägt. Das kulturelle Ost-West-Verhältnis führte zu einer kulturellen Ausstrahlung Frankreichs nach Deutschland. Die Franzosen des 17. und 18. Jahrhunderts waren kulturell auf ihr Land fixiert, so daß ein Interesse am Geistesleben des Nachbarn kaum ausgeprägt war. Umgekehrt wurden in Deutschland französische Lebensart, Literatur und politische Formen als vorbildlich bewundert. Andererseits entstanden in dem Jahrhundert des 30-jährigen Krieges wegen der expansiven Außenpolitik Ludwig XIV. erste Spuren der späteren Erbfeindschaftsideologie. Das Deutschenbild der

Franzosen war bis weit ins 18. Jahrhundert hinein eher von Geringschätzung und Nichtbeachtung geprägt. Der französische Jesuit Bouhours deutet 1671 die Unfähigkeit der Völker des Nordens zu künstlerischem und politischem Schaffen, wie zu verfeinerter Lebensart mit dem rauhen Klima und der trostlosen Landschaft.¹⁸

Im 18. Jahrhundert wurde das französische Deutschenbild positiver. Im Jahre 1770 nahm der Schriftsteller und Literaturkritiker Dorat die späteren Vorstellungen der Madame de Staël vorweg, indem er deutsche Tugend und französische Frivolität einander gegenüberstellte. In der Mitte des 18. Jahrhunderts entstand als Gegenströmung zum Klassizismus, Rationalismus der Aufklärung und als Reaktion auf höfische Dekadenz eine vorromantische Empfindsamkeit, die von Rousseaus Werken beeinflusst war. Hier werden, wie bei Tacitus in pädagogischer Absicht den dekadenten Römern (Franzosen) die tugendhaften Germanen (Deutschen) als „edle Wilde“ gegenübergestellt.¹⁹ Im Verlaufe der Französischen Revolution verstärkte sich, nicht zuletzt durch französische Emigranten, die nach Deutschland kamen, das Interesse an deutscher Literatur und den politischen Verhältnissen in Deutschland. Charles Villiers²⁰, Herausgeber der in Hamburg erscheinenden Emigran-

tenzeitschrift „Le spectateur du Nord“ urteilt ebenfalls negativ über die französische Moral und Sittlichkeit und lobt die deutsche Wissenschaft, Gesetzlichkeit und Toleranz. In diesem Klima ist auch die berühmteste Schrift dieser Gattung, nämlich das Deutschlandbuch der Madame de Staël, um 1810 erschienen und im napoleonischen Frankreich sofort verboten worden. Es schildert deutsche Zustände und Verhaltensweisen im ausgehenden 18. Jahrhundert. Das französische Deutschenbild wurde durch dieses Buch stark beeinflusst. Deutschland galt als staatlich zersplittert, was sich auf die geistige und kulturelle Entwicklung günstig ausgewirkt habe. Die Deutschen werden als offenherzig, treu, gutmütig und schwerfällig geschildert. Den hochmütigen und selbstzufriedenen Franzosen, die eine hohe Meinung von sich selbst haben, werden die Deutschen gegenübergestellt, die viel Achtung vor dem Ausland und nicht genug nationales Selbstbewußtsein haben. Preußen wird in diesem Buche sowohl als militärisches als auch philosophisches Gebilde geschildert. Die spätere Vorstellung von den „zwei Deutschlands“ wird hier bereits vorweggenommen.

Eine allmähliche Wendung ins Negative nahm das französische Deutschenbild erst nach 1848. Französische Bestrebungen, den Rhein als Grenze zu gewin-

nen, fanden erbitterten nationalen deutschen Widerstand, der wiederum in Frankreich nach 1848 mit Mißfallen aufgenommen wurde. Preußens zunehmende Macht in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts führte zu wachsender Distanz. Bezeichnend für die Abneigung, die französische Schriftsteller bereits vor 1870 dem deutschen Wesen entgegenbrachten, ist eine Charakteristik, die Hippolyte Taine nach einem Besuch in Leipzig niederschrieb: „Welch angeborene Grobschlächtigkeit! Ein ununterbrochenes Brouhaha wie bei uns auf dem Geflügelmarkt und der Geruch ist wie in der verpestetsten Kneipe . . . Primitiv und roh, das ist mein Eindruck. . .“. Aus dem Gesichtsausdruck der Deutschen glaubt er auf Charaktere schließen zu können. Er meint Unschlüssigkeit feststellen zu sollen „nicht in dem Sinne des Unentschlossenen, sondern des Nichtentschiedenen, des Nichtbeschlossenen. . . . Auf vielen Gesichtern bringt das eine alberne, plumpe, verlegene, linkische Miene hervor, den Gesichtsausdruck des Einschlafenden oder des Lasttiers vor seinem Karren. Auf den Gesichtern der Frauen sieht man das Hausmütterchen, die mit ihrem engen Dasein, dem häuslichen Kleinkram zufriedene Person“. Schließlich fallen ihm als Typen „der Büromensch, der Buchhalter, der Angestellte, mechanische Verwalter, perfekt in seinem Beruf, solide steif,

mit einem Stich ins Groteske, der ungeschlachte Gesell, wild, energisch: der alte Germane" auf.²¹ An diesem Beispiel erkennen wir die Umkehrung der von Madame de Staël beobachteten positiv gedeuteten Eigenschaften ins Negative. Schlichtheit wird zur Primitivität, Gefühl zur Verworrenheit, Ehrlichkeit zur plumpen Steifheit.

Zusammenfassend läßt sich zum französischen Deutschenbild feststellen, daß die Sympathie mit dem machtlosen zersplitterten Deutschland auch nach 1815 bestehen bleibt. Das Buch der Madame de Staël bleibt bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts Richtschnur für französische Gebildete in ihrem Urteil über Deutschland. Das Bild vom fleißigen, gelehrten, aber politisch bedeutungslosen Deutschen wird zum vorherrschenden Bild bei den Franzosen. Ab 1848, mit dem Kampf um die Rheingrenze, beginnt die Distanz gegenüber Deutschland in Frankreich zu wachsen. Erst nach 1870, nach der Niederlage Frankreichs und der Annexion Elsaß-Lothringens durch das neue Deutsche Reich, wird das Deutschenbild negativ, ja haßerfüllt.

Im Gegensatz zu England und Amerika ist das Deutschenbild der Franzosen durch die unmittelbare Nachbarschaft stark geprägt. Im Gegensatz zum amerikanischen Deutschenbild spielen ideologische Gesichts-

punkte so gut wie keine Rolle, wohl aber kulturelle Argumente. Das Deutschenbild ist von der Tagespolitik sehr stark abhängig. Ein machtloses Deutschland und politisch uninteressierte Deutsche werden als nicht bedrohlich und damit positiv empfunden, während die Betonung nationaler deutscher Interessen als Kollision mit französischen Interessen verstanden und entsprechend negativ gewertet wird.

Die Vergegenwärtigung des russischen Deutschenbildes ist im Vergleich zum französischen Deutschenbild wegen der Unterschiede hochinteressant. Die Franzosen haben auf die Deutschen lange Zeit mitleidig herabgesehen, sich ihnen kulturell und politisch überlegen gefühlt und allenfalls die Einfachheit, Schlichtheit und Zivilisationsferne der Deutschen positiv zur Kenntnis genommen. Dem entspricht fast gänzlich das Bild, das Russen und Deutsche voneinander hatten. Das kulturelle West-Ost-Gefälle stellt die Deutschen auf die Stufe der höher Entwickelten, die den Russen einerseits Vorbild sind, denen andererseits aber auch Neid und Ablehnung wegen ihrer vermeintlichen Hegemoniebestrebungen entgegengebracht werden.

Nachdem Zar Peter I., der Große (1689 - 1725), Rußland dem Westen erschlossen hatte, wurde Deutschland zum Durchgangsland fast aller russischen Bil-

dungsreisenden. Der Nordische Krieg (1700 - 1721) führte zum ersten Mal russische Soldaten nach Deutschland. Aus dem Siebenjährigen Krieg (1756 - 1763) stammt ein Deutschland beschreibendes Memoirenwerk eines russischen Offiziers, der als Angehöriger der russischen Truppen längere Zeit in Königsberg in Ostpreußen verbrachte. Seine Schrift spiegelt die Faszination wider, die Kultur und Zivilisation Deutschlands auf ihn ausübten.²² Im 19. Jahrhundert besuchten Angehörige der russischen Intelligenz in großer Zahl deutsche Universitäten, insbesondere Göttingen, Marburg, Leipzig, Halle, Greifswald und vor allem Berlin. Charakteristisch ist eine Äußerung des russischen Literaturhistorikers Boris Zajcev: „Das Berlin der 30er Jahre (des 19. Jahrhunderts) war eine kleine, recht stille und auch langweilige, sehr wohltätige Stadt. Der König verharrte in Ehrfurcht vor unserem Nicolai, die Deutschen standen morgens um sechs Uhr auf, arbeiteten den ganzen Tag, waren um zehn Uhr abends alle zuhause, . . . die Wissenschaften blühten. Die Berliner Universität war gut besetzt und zog von weit und breit junge Leute an. Darunter auch Russen. Noch bestanden jene romantischen Beziehungen zwischen Lernenden und Lehrenden, die an die innerhalb unserer Intelligenzija erinnerten: Der Professor galt als der Lehrer des Lebens, gleichsam als sein geistiger Führer. . . .“²³

Die Herausbildung der beiden großen ideologischen Strömungen des 19. Jahrhunderts, des Nationalismus und des Sozialismus, hatten ihre Auswirkungen auf das Deutschenbild der Russen. Bei emigrierten russischen Revolutionären wie Michail Bakunin und Alexander Herzen gibt es eine deutliche Unterscheidung zwischen einem positiven Urteil über das deutsche Geistesleben und einem sehr negativen über das deutsche Bürgertum. Bakunin charakterisiert 1840 Berlin und seine Bevölkerung: „Berlin ist eine gute Stadt — vortreffliche Musik, billiges Leben, sehr anständiges Theater, in den Konditoreien viele Zeitungen, und ich lese sie alle der Reihe nach — mit einem Worte, alles gut, sehr gut. Die Deutschen sind aber auch schreckliche Philister. Wäre der zehnte Teil ihres reichen geistigen Bewußtseins ins Leben übergegangen, so wären sie herrliche Leute, bis jetzt aber sind sie, ach! ein höchst lächerliches Volk.“²⁴

Die deutsche Einigung hat bei vielen russischen Intellektuellen wie Iwan S. Turgenjew und Dostojewski negative Reaktionen hervorgerufen. In Übereinstimmung mit manchen Deutschen und vielen westlichen Beobachtern bedauerten sie den Niedergang des Weimarer Geistes zugunsten staatlicher, ökonomischer und militärischer Machtentfaltung. Charakteristisch für das Schwanken zwischen Bewunderung und aus

einem Unterlegenheitsgefühl gespeisten Ressenti-
ments ist die Aussage des russischen Arztes Nicolai I.
Pirogov (1876): „Je mehr ich mit dem Deutschen und
dem Geist deutscher Wissenschaft bekannt wurde,
umso mehr habe ich sie schätzen und achten gelernt.
Im Grunde meiner Seele bin ich aber Russe geblieben
und habe mir sowohl die guten als auch die schlech-
ten Eigenschaften meiner Nationalität bewahrt, aber
dem Deutschen und dem Geist der deutschen Kultur
bin ich auf immer durch die Bande der Dankbarkeit
und Achtung verbunden geblieben ohne jegliche befan-
gene Parteinahme für das, was in dem Deutschen für
den Russen und vielleicht für den Slawen überhaupt
unerträglich ist . . . die feindselige, nicht selten hoch-
mütige, bisweilen verächtliche, bisweilen auch miß-
günstige Art, mit der der Deutsche Rußland und die
Russen zu betrachten pflegt und seine Parteilichkeit
für alles Eigene, Deutsche, ist mir nicht angenehmer
geworden. Aber ich habe gelernt, dieses mit größerem
Gleichmut aufzufassen und das, was an dieser Auf-
fassung gerecht ist, wenn ich sie auch in ihrer Gesamt-
heit nicht zu rechtfertigen vermag, doch ohne Ärger
und ohne Erbitterung ruhig zur Kenntnis zu neh-
men.“²⁵ Der Nationalismus des späten 19. Jahrhun-
derts, der sich in Rußland in Form eines völkisch be-
tonten Panslawismus äußerte, führte im letzten Jahr-

zehnt des 19. Jahrhunderts zu einer immer stärker werdenden Verschlechterung des russischen Deutschenbildes. Die deutsche Politik gab die von Bismarck vertretene enge Bindung an Rußland auf, der Rückversicherungsvertrag mit Rußland wurde 1890 nicht mehr verlängert. Eine Annäherung Rußlands an Frankreich und später an England war die Folge. Auch die russische Intelligenz orientierte sich zunehmend von Deutschland weg nach Westeuropa.

Das russische Deutschenbild war im Gegensatz zu dem der westeuropäischen Länder nicht in erster Linie durch die Tagespolitik bestimmt, sondern beruhte auf völkisch-kulturellen und nationalen Unterlegenheitsgefühlen.

Besondere Beachtung verdient das Deutschenbild der Polen und Tschechen, weil beide durch die enge geographische Nachbarschaft und die Verbindung mit der deutschen Geschichte eine Vorstellung haben, in der Sympathie und Abstoßung, Herrschaft und Unterwerfung bestimmend sind.

Das polnische Deutschenbild ist durch drei Ereignisse, die Ansiedlung des Deutschen Ritterordens, die deutsche Ostsiedlung und die polnischen Teilungen bestimmt. Die polnische geopolitische Situation ist der Deutschlands sehr ähnlich: ein Land mit offenen Grenzen, zwischen mächtigen Nachbarn einge-

keilt, deren Politik bewirkte, daß die Gestalt des polnischen Staatsgebietes sich über Jahrhunderte immer wieder änderte.

Der Deutsche Ritterorden ist zwar durch den polnischen Herzog Konrad von Masowien als Hilfe gegen die heidnischen Pruzzen ins Land gerufen worden, hat aber nach deren Missionierung keinesfalls freundschaftliche Beziehung zu Polen aufgenommen. Wie so oft wurde der Verbündete von denjenigen, die ihn zu Hilfe riefen, bald als lästig und feindlich empfunden. So gilt das Vorgehen des Deutschen Ordens in der polnischen Geschichtsschreibung als blutig, brutal, antipolnisch. Daß die Polen in den von Deutschen bewohnten preußischen Städten auch einen Verbündeten hatten, mit dem sie gemeinsam gegen die Ordensritter standen, kann das negative Deutschenbild nicht abmildern.

Die Ostkolonisation, die wirtschaftliche Erschließung des Landes durch polnische Herrscher mit Hilfe angeworbener Siedler aus Deutschland, wurde in Polen als Beweis für den deutschen „Drang nach Osten“ ausgelegt. Höherer technischer Standard, größere Tüchtigkeit werden zwar anerkannt, gelten aber auch als Ausdruck der Rücksichtslosigkeit und Raffgier. Schließlich haben die polnischen Teilungen, an denen außer Preußen, Rußland und Österreich maßgeb-

lich beteiligt waren, neben dem negativen Bild von den Russen auch das Deutschenbild weiter verschlechtert. Die preußische Politik der Germanisierung im 19. Jahrhundert, Versuche, die polnische Sprache zurückzudrängen, haben die polnischen Ressentiments gegen den mächtigen, beherrschenden westlichen Nachbarn verstärkt. Als Polen nach dem 1. Weltkrieg als unabhängiger Staat wieder erstand, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen in Posen und Oberschlesien um die Grenzziehung. Im Gegensatz zur Westgrenze, die vom Deutschen Reich im Vertrag von Locarno anerkannt wurde, hat es nie eine entsprechende Anerkennung der neuen polnischen Grenze gegeben. Die polnische Unterdrückung der deutschen Bevölkerungsteile in den ehemaligen preußischen Provinzen belastete das Deutschenbild erheblich. Die antideutsche Indoktrination in polnischen Schulen belegen die folgenden Zitate aus polnischen Geschichtsbüchern: „Die kriegerischen und habgierigen deutschen Herren zogen es vor, vom Raub zu leben, als sich durch die Reichtümer des eigenen Landes zu bereichern. Es war ihnen bereits gelungen, viele Nachbarvölker zu unterwerfen, und nun lockten sie immer mehr die Gebiete, die östlich der Oder lagen, die Gebiete an der Warthe, Weichsel und an der Ostsee. Den deutschen Fürsten und Rittern war bekannt, daß das Volk dieser

Gegend das friedliche Leben sehr liebte und daß es fleißig und vorsichtig war. Sie glaubten, daß es leicht sein wird, es zu unterwerfen und zur Arbeit zu zwingen." Über den Deutschen Orden heißt es: „... und auf welche Weise dankten die Ordensritter Herzog Konrad dafür, daß er sie nach Polen kommen ließ, sie gastfreundlich aufnahm und ihnen Land gab? Als sie mächtig geworden waren, haben sie aufgehört, ihn als ihren Herren anzuerkennen. Sie haben erklärt, daß sie das Kulmer Land und ganz Preußen vom Papst und vom Kaiser erhalten haben, die ihre einzigen Herren seien. Und da sie am liebsten vom Raub lebten, haben sie angefangen, die benachbarten Staaten, Polen und Litauen zu überfallen. Durch List haben sie das polnische Danzig besetzt, haben dort die polnischen Verteidiger und einen Teil der Bevölkerung ermordet und anschließend Pommern an sich gerissen. Danach drangen sie tief in Polen ein . . . Feuer und Blut zeichneten den Weg, den sie gegangen waren. Die Häuser waren niedergebrannt, die Bevölkerung ausgerottet oder in die Sklaverei verschleppt . . . In kurzer Zeit haßte sie ganz Polen, und ganz Litauen zitterte vor ihnen.“²⁶

Bis in die Gegenwart hinein ist dieses Bild wirksam. Furcht, Mißtrauen, Angst vor Revanche und Ressentiments angesichts der wirtschaftlichen Über-

legenheit des westlichen Nachbarn bestimmen das Deutschenbild bis heute. Auch auf deutscher Seite kann keine Rede davon sein, daß eine Annäherung, wie sie gegenüber Frankreich und den Franzosen stattgefunden hat, zu verzeichnen ist. Mangelnde gegenseitige Kenntnis, fehlende Möglichkeit und Bereitschaft dazu, sowie fehlende Sprachkenntnisse und kulturelle Beziehungen machen das deutsch-polnische Verhältnis spannungsreicher und auch das polnische Deutschenbild negativer, als dies bei anderen Nachbarn der Fall ist. Diese Aussage schließt auch das Deutschenbild der Tschechen ein. Vom 11. Jahrhundert bis 1918 waren sie Teil des Reiches, später der österreichisch-ungarischen Monarchie. Ein kulturelles Ost-West-Gefälle hat es hier nicht gegeben. Die sehr viel mildereren Gegensätze zwischen Deutschen und Tschechen bezogen sich auf den Gebrauch der deutschen Sprache als Amtssprache und im 19. Jahrhundert — mit dem Erwachen des Nationalismus — auf das Versagen einer Autonomie, wie sie 1867 den Ungarn gewährt worden war. Damals entstand eine tschechische Geschichtsauffassung, die antideutsche und antiösterreichische Aspekte auf kulturnationalistischer Grundlage enthielt. Nach der Selbständigkeit 1918 wurde die deutschsprachige Bevölkerung weitgehend von der Verwaltung ausgeschlossen und

die deutsche Sprache als Amtssprache zurückgedrängt. Stark verschlechtert wurde das Deutschenbild erst durch die Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete 1938 und die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren 1939. Soweit es in der Tschechoslowakei ein negatives Deutschenbild gegeben hat, beruht dieses auf der jahrhundertelangen politischen Vorherrschaft der Deutschen, obwohl erheblich weniger Ressentiments als etwa bei den Polen vorhanden sind. Die Stellung der Tschechen im alten Reich und der österreich-ungarischen Monarchie war in keiner Weise die von Unterworfenen. Deswegen ist die Deutschfeindlichkeit sehr stark nach 1945 aus politischen Gründen geschürt worden, einmal um durch die Vertreibung der Deutschen den tschechischen Einheitsstaat herzustellen, zum anderen um die Integration in den Ostblock mit der „deutschen Gefahr“ zu rechtfertigen.

Schließlich verdient das Deutschenbild der Schweiz Erwähnung. Geopolitische, weltanschauliche und völkische Faktoren haben das Bild von dem großen nördlichen Nachbarvolk geprägt. Nach 1866 und 1871 hat es kurze Zeit in der Schweiz Ängste vor dem neuen machtvollen Deutschen Reich gegeben. Vor allem aber die konservativen deutsch-schweizer Protestanten gewannen aus religiös-weltanschaulichen

und nationalen Gründen eine positive Einstellung zu Deutschland. Emigranten, die während der Zeit der Sozialistengesetze in der Schweiz Zuflucht suchten, haben antimonarchische und gegen den Obrigkeitsstaat gerichtete Auffassungen der republikanischen Schweizer verstärkt. In erster Linie sind diese in der französischsprachigen Schweiz laut geworden, in der es ohnehin starke Sympathien für Frankreich gab, eine Zuneigung, die durch die republikanische Staatsform des nachnapoleonischen Frankreich noch verstärkt wurde.

Der Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. wurde allgemein positiv gewertet, da die liberalen Nuancen in seinen ersten Reden wohlwollend aufgenommen wurden.²⁷ Als jedoch imperiale und obrigkeitsstaatliche Bemerkungen in seinen späteren Bekundungen zahlreicher wurden, wandten sich die Schweizer Liberalen wiederum von Deutschland ab. Zustimmung und Ablehnung in der Schweiz sind sehr stark vom politischen Standpunkt des Beurteilenden abhängig. Die Liberalen stehen Deutschland seit 1848 nahezu ohne Unterbrechung skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüber. Konservative und protestantische Kreise begrüßen zum Teil aus wirtschaftlichen oder konfessionellen Erwägungen Deutschlands Einigung unter Preußens Führung. Insgesamt ist trotz der engen Nachbarschaft

das Bild positiv. Bedrohungsängste oder gar ein kulturelles Gefälle, das negative Ressentiments hervorrufen könnte, hat es in der Schweiz nie gegeben.

Aus diesem Vergleich mag deutlich werden, von welchen unterschiedlichen Faktoren das Deutschenbild abhängig ist. Negative Gefühle werden dem als mächtig und deswegen bedrohlich Empfundene entgegengebracht. Je näher ein Volk den Deutschen ist, desto intensiver ist die Abneigung aus politischen Gründen. Bei ferner Lebenden, wie den Russen oder Amerikanern, mit Einschränkung auch bei den Engländern, spielen ideologische: national-völkische oder religiöse oder politisch-ideologische Motive für das Deutschenbild die entscheidende Rolle.

2. Die Bundesrepublik Deutschland als Objekt deutschfeindlicher Angriffe

Nach 1945, als das „Dritte Reich“ in einer Katastrophe ungeheuren Ausmaßes untergegangen war, entstand eine besondere Situation. Zwar war Deutschland nun kein Machtfaktor mehr, aber die deutsche Besetzung fast ganz Europas und die Verfolgungsmaßnahmen der nationalsozialistischen Regierung hatten ein Klima geschaffen, das die ohnehin vorhandene Abneigung gegen die Deutschen zum Teil bis zum Haß

verstärkte. Antinazismus und antideutsche Einstellungen fielen zusammen, der Unterschied zwischen Deutschen und Nationalsozialisten, später gerne betont, wurde damals im Ausland nicht gemacht. Die meisten Deutschen selbst versuchten sich zu entlasten, indem sie so taten, als habe es nie eine Übereinstimmung mit und eine Billigung der nationalsozialistischen Herrschaft gegeben. Das wurde bei den damaligen Feindnationen anders gesehen. Am 11. Mai 1945 billigte Präsident Truman die Direktive JCS 1067 vom 26. 4. 1945 über die Hauptziele der US-Militärregierung. Darin heißt es, Deutschland werde nicht zum Zweck seiner Befreiung besetzt, sondern als „besiegter Feindstaat“. Kontakte zwischen Amerikanern und Deutschen („fraternization“) wurden verboten, alle Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die dazu führen könnten, daß der Mindestlebensstandard in Deutschland über das Niveau eines Nachbarstaates steigen könne, wurden untersagt. In der Mitteilung über die Drei-Mächte-Konferenz von Berlin (Potsdamer Konferenz) vom 2. August 1945 heißt es: „. . . Das Deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, die es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. . . .“ In der gleichen Erklärung heißt es allerdings auch, daß es nicht die Ab-

sicht der Alliierten sei, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Es solle den Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, sich auf ein Leben friedlicher und demokratischer Art vorzubereiten. Unter dieser Bedingung werde es zu gegebener Zeit den Deutschen möglich sein, den Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Erde einzunehmen.²⁸

Bereits vor dem Kriege und insbesondere nach seinem Beginn hatte sich das Deutschenbild im Ausland stark verschlechtert, eine Entwicklung, die nach 1945 nachwirkte und, wie wir sehen werden, durch entsprechende Propaganda wachgehalten wurde.

Aus Meinungsumfragen in den USA vor dem 2. Weltkrieg ergibt sich, daß die isolationistische Strömung noch stark war und große Furcht bestand, durch die Politik des Dritten Reiches in einen neuen Krieg hineingezogen zu werden, der in der öffentlichen Meinung der USA sehr unpopulär war. Deshalb vertrat im Juni 1937 eine Mehrheit der Amerikaner die Auffassung, der Versailler Vertrag sei für Deutschland zu milde gewesen, eine Auffassung, die während des Krieges stark zunahm.²⁹

Im November 1944 erbrachte eine Umfrage in Kanada folgendes Ergebnis: Die Frage lautete „Wenn Sie zu bestimmen hätten, was würden Sie mit Deutschland tun, wenn es besiegt ist?“. 42 Prozent stimmten

der vorgegebenen Antwort zu „Das Ende der deutschen Nation bewirken“, 23 Prozent der Antwort, „Die Deutschen in eine Zwangsjacke stecken“, nur 7 Prozent traten für die später praktizierte Lösung ein, eine Umerziehung vorzunehmen. Der Rest der Befragten machte andere Angaben oder war unentschieden.

In Großbritannien hatten im August 1943 45 Prozent der Befragten ihre Empfindungen den Deutschen gegenüber als Haß bezeichnet, im August 1945 war die Zahl auf 21 Prozent zurückgefallen, während nunmehr 25 Prozent Sympathien für die Deutschen äußerten. Bei allem Mißtrauen gegen Methoden der Volksbefragung mag diese Tendenz zeigen, daß Zu- und Abneigung von der jeweils konkreten politischen Situation abhängig sind. 58 Prozent der befragten US-Bürger waren im Dezember 1946 der Meinung, daß die Deutschen eines Tages wieder eine Aggressornation werden und einen neuen Krieg beginnen könnten. 22 Prozent waren vom friedliebenden und demokratischen Charakter der Deutschen überzeugt. Die Stärke des Mißtrauens wird aus einer Umfrage vom November 1950, als die Deutschen bereits als Bündnispartner umworben waren, deutlich. 66 Prozent der Befragten meinten, man könne nicht darauf vertrauen, daß die Deutschen demokratisch und friedliebend werden, sondern daß sie wieder ihre „alten Wege“ gehen wür-

den, sobald sie es könnten. 23 Prozent äußerten Vertrauen in die Deutschen. Jene, die Deutschland mißtrauisch gegenüberstanden, wurden befragt, wie lange es ihrer Meinung nach dauern könne, bis man sich auf die demokratische Gesinnung und Friedensliebe der Deutschen verlassen könne. Ein Drittel dieser Gruppe (34 Prozent) antwortete, die Deutschen würden niemals demokratisch und friedliebend sein.

Wiederum mag man aus den folgenden Zahlen entnehmen, wie zeitbedingt und von der konkreten politischen Situation beeinflußbar derartige Nationenbilder sind. 1946 meinte jeder vierte Amerikaner, die Sowjetunion bedrohe den Weltfrieden am meisten. Auf die Deutschen entfielen 2 Prozent.

Auf die Frage, ob die amerikanische Regierung den Deutschen nach dem Kriege beim Wiederaufbau der Friedensindustrie helfen solle, antworteten im Februar 1944 59 Prozent, im Dezember 1946 80 Prozent zustimmend. Jeweils 34 bzw. 15 Prozent äußerten sich ablehnend.

Bereits aus diesen Angaben aus der Vorgeschichte Nachkriegsdeutschlands läßt sich die Abhängigkeit des Urteils über die Deutschen von verschiedenen Faktoren erkennen, von denen neben der aktuellen Politik die Beeinflußung der öffentlichen Meinung durch Presse, Funk und Fernsehen zu nennen ist.

Ab 1948 verschärfte sich der Ost-West-Konflikt zum Kalten Krieg mit der Folge, daß die Westmächte und die Sowjetunion sich jeweils um jene Deutschen bemühten, die ihrer Vorherrschaft unterstanden. Im gleichen Maße, in dem Deutschland vom Objekt wieder zum Subjekt der Politik zu werden schien, begannen Befürchtungen vor einer neuen deutschen Macht, was für das Jahr 1948 einigermaßen lächerlich anmutet. Als die Sowjetunion in diesem Jahre einen Bündnisvertrag mit Finnland abschloß, wurde dieser ausdrücklich mit dem Hinweis auf eine möglicherweise von Deutschland ausgehende Gefahr begründet, obwohl Deutschland als Völkerrechtssubjekt damals handlungsunfähig war. Der „Monat“, eine seit 1948 in Berlin (West) erscheinende internationale Zeitschrift, fragte im Juni 1949 besorgt: „Erwacht Deutschland schon wieder? — Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren“. Das Grundgesetz war gerade verabschiedet, Bundestagswahlen standen bevor, eine Bundesregierung gab es noch nicht — schon tauchten Befürchtungen auf, daß der neue westdeutsche Teilstaat, Produkt des Ost-West-Konfliktes, seinen neuen Freunden und Förderern gefährlich werden könne. Das neue, aus Lebensangst und Ressentiments geborene Nationalgefühl könne zu einer Abwendung vom Westen und Hinwendung zum Osten führen, der das neue Deutschland umwarb.³⁰

Im westlichen Ausland gab es in den folgenden Jahren Kriegsfilm, in denen die deutschfeindliche Propaganda des 2. Weltkrieges fortgesetzt wurde, obwohl Deutschland doch jetzt Verbündeter geworden war. Für Deutschland, deutsche Behörden und Einzelpersonen war es sehr schwierig, gegen diese Filme zu protestieren, weil jeder Protest sich dem Verdacht aussetzte, den Nationalsozialismus oder das „Dritte Reich“ zu verteidigen. In einer Analyse des Bundespresseamtes heißt es, daß die „Deutschfeindlichkeit“ weder in der Darstellungsweise noch im Gegenstand liege, sondern in der Wirkung, die sie auf Amerikaner unter bestimmten Voraussetzungen haben könne. Da es in der Zeit vor 1945 aber ein undifferenziertes, negatives Bild der Deutschen gegeben hat, können diese Filme an jene Klischeevorstellungen anknüpfen. Proteste gegen die Filme hätten lediglich die Wirkung, daß vom Filmbesuch mit dem Werbeslogan „See the film, the Germans protested“ reagiert werde. Für besonders gefährlich wurde die Auswirkung antideutscher Kriegsfilm auf die jüngere Generation erachtet, deren Gegenwartsvorstellungen durch diese Filme geprägt werde.³¹ Eine besonders üble Rolle spielten die Reihen im US-Fernsehen wie „Hogan’s Heroes“ und „Rat patrol“. Hier sind die Deutschen Bösewichte, die jedoch stets dem Guten, das von den Amerikanern verkörpert wird, unterliegen. Allerdings gibt

es auch eine Ausnahme: Ein deutscher Wachsoldat, der amerikanische Kriegsgefangene bewacht, namens Schulz, ist ungeheuer dick, ungeheuer gefräßig und ungeheuer dämlich und wird von den Amerikanern stets übertölpelt. Aber er ist gutmütig — so sieht das Bild des „positiven“ Deutschen aus. Ganz in diesem Sinne, wenngleich auf höherem Niveau, lieferte 1966/67 ein CBS-Dokumentarfilm „The Germans“ den Amerikanern ein Bild des romantischen, autoritätshörigen, sentimental, unberechenbaren Deutschen. Dieser Film wurde — im Gegensatz zu manchen anderen, die man dem deutschen Publikum wohl nicht zumuten wollte — am 26. September 1967 auch im ZDF gezeigt. Einige Wochen später, am 12. Oktober 1967, schloß sich eine kritische Interpretationssendung an: „Zur Sache: Der amerikanische Film ‚The Germans‘ kritisch betrachtet“.³² Um einen Eindruck vom Niveau und der Argumentationsart dieses Films zu vermitteln, sei ein Auszug aus dem Text, den der Filmautor Hughes Rudd, die Aufnahmen kommentierend, sprach: „Tradition läßt das Herz höher schlagen, man nehme nur die Liebe der Deutschen zur Musik. In Nürnberg geht man abends in die Oper wie ins Kino. Die Stadt ehrt Komponisten wie große Helden. Heute heißt der Held Albert Lortzing, der das obskure Erfolgsstück ‚Der Waffenschmied‘ geschaffen hat. Den

‚Waffenschmied‘ lieben die Deutschen, weil er so deutsch ist. In unserer Nürnberger Umfrage stimmen 60 Prozent der jungen Leute der Ansicht zu, daß das Beste in der Kultur zumeist deutschen Ursprungs sei. Leider schleppen muffige Überlieferungen oft muffige Gedanken mit sich. Das gilt nicht nur für die deutsche Kultur, sondern auch für das Leben in Familie und Gemeinschaft. Die deutsche Familie ist ein Modell viktorianischen Zusammenhalts. Ihr Bindemittel ist nicht Gefühl, sondern Stärke. Der Deutsche ißt eben im Durchschnitt 308 kg Kartoffeln im Jahr, also fast zwei amerikanische Pfund oder einen großen Haufen Kartoffelsalat täglich. Zwischen den Mahlzeiten verbringt die deutsche Familie viel Zeit mit gemeinschaftlicher Bewunderung der wohlgeordneten deutschen Landschaft. Aus der Kindheit, so sagt ein junger Rechtsanwalt, erinnert sich jeder Deutsche am ehesten jener schrecklichen Sonntagnachmittagsspaziergänge, die Vater für alle anordnete. Erst als Erwachsener merke man dann, wie viel man von seinen Eltern übernommen habe. Man ändere einiges, aber die Lebensweise sei immer noch die gleiche. Die Natur in Deutschland ist nicht urwüchsig, sie ist eine Art Disneyland in verkleinertem Maßstab, zugänglich, zahm und diszipliniert. Sie ist überall wunderbar, selbst mitten in der Stadt. Wenn es so etwas wie eine deutsche Seele gibt,

findet man sie in einer kleinen Provinzstadt, sagt ein deutscher Sozialwissenschaftler. Zwei Drittel der Deutschen leben in Städten mit weniger als 20 000 Einwohnern. . . .”³³

Dieses Sammelsurium von Unsinn, garniert mit sachlich falschen Angaben, regte die deutsche Öffentlichkeit sehr auf. Der Nürnberger Bürgermeister Urschlechter legte aus Protest seine Funktion im Amerikahaus nieder, das ZDF, das diesen Film nicht nur ausgestrahlt, sondern ihm auch eine kommentierende Sendung gewidmet hatte, reagierte nicht etwa mit distanzierter und distanzierender Ironie, sondern bemühte sich ernsthaft um die Widerlegung falscher Behauptungen: Der Kartoffelverbrauch der Deutschen betrage nicht 308 kg, sondern nur 108 kg im Jahr, nicht zwei Drittel der Deutschen, sondern nur 50 Prozent lebten in Kleinstädten, dem „Vorwurf“ viktorianischer Familienverhältnisse wurde entgegengehalten, daß damals, 1967, 31,3 Prozent aller Frauen berufstätig wären.

Kaum jemals wurde versucht, nach den Hintergründen dieser Kampagne zu fragen. Die Reaktion war hilflos, oft weinerlich sentimental. Hier soll der Versuch unternommen werden, die Erscheinung der Deutschfeindlichkeit in den politischen Zusammenhang zu stellen. In den Zeiten des „Kalten Krieges“ hatten die antideutschen Kampagnen die Aufgabe,

die Bundesrepublik Deutschland zu isolieren, um bei ihren westlichen Verbündeten die Befürchtung zu wecken, sie sei in geistiger und personeller Hinsicht die Fortsetzung des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“. In der öffentlichen Meinung der westlichen Nationen sollte der Eindruck entstehen, dieser Verbündete sei es nicht wert, unterstützt zu werden, weil die Opfer von gestern mit den Tätern in ein widernatürliches Bündnis gezwungen seien. Außerdem wurde unterstellt, daß die kriegerische Mentalität, das Revanchestreben der nach wie vor in der Bundesrepublik herrschenden unverbesserlichen und unbelehrten Kräfte die Verbündeten in einen neuen Krieg ziehen werden. Es sei deswegen moralisch geboten und auch zu verantworten, von den Bündnisverpflichtungen Abstand zu nehmen und die Bundesrepublik Deutschland fallen zu lassen. Im Laufe der Zeit zeigten diese Kampagnen Wirkung, sowohl auf die öffentliche Meinung des westlichen Auslands als auch auf die Meinungsbildung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Auf den ersten Blick mag es paradox erscheinen, daß die zunehmende Bereitschaft der Bundesrepublik, die Vergangenheit zu bewältigen, vielfältige Maßnahmen der Wiedergutmachung und der politisch-personellen Säuberung einzuleiten, keine beruhigende Wirkung hatten, sondern die Kampagne noch förder-

ten. Da diese aber nur zum Teil echter Sorge entsprangen, tatsächlich aber Manipulationsmittel in der politischen Auseinandersetzung waren, verleitete die westdeutsche Reaktion dazu, den Druck zu verstärken: bestätigte die defensive Haltung der westdeutschen Behörden und der Öffentlichkeit doch, wie es schien, die Richtigkeit der Angriffe.

Als der Ost-West-Konflikt 1948 zum Kalten Krieg eskalierte, wurden die beiden Teile Deutschlands zunehmend in die Interessenssphären der Vormächte eingegliedert, die Deutschen wurden gebraucht, sie waren nicht mehr ausschließlich Objekte der Politik, sondern gewannen Handlungsspielraum. Als die West-Berliner Wahlen vom 5. 12. 1948 der SED trotz Blockade und Spaltung der Stadt eine blamable Niederlage bescherten und die demokratischen politischen Parteien stärkten, die für die Bindung an den Westen eintraten, lobte Churchill am 11. 12. 1948 im Londoner Unterhaus das Wahlergebnis als Beweis für das „Wiedererstehen deutscher Charakterstärke“, und ein deutscher Kommentator stellte eine Verbesserung des deutschen Ansehens in der Welt fest, weil in allen Zeitungen der Welt, Berlin wegen seines Kampfes gegen eine neue Diktatur gerühmt wurde, jenes Berlin, das noch vor wenigen Jahren als Symbol der Tyrannei galt.³⁴ Während dieser Zeit, also etwa von 1948 — 1958, fand

die antifaschistisch getarnte Kampagne der Sowjetunion und der DDR in der Bundesrepublik und im gesamten Westen so gut wie keinen Widerhall. Das änderte sich, als mit der Entstalinisierung durch Chruschtschow ab 1956, mit der Politik der Koexistenz und der Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik durch Kennedy ab 1961 die Ost-West-Spannung sich deutlich verringerte.

Die Bundesrepublik, die auf der Wiedervereinigung und der vertraglich vereinbarten Unterstützung der Westmächte in dieser Frage beharrte und die allein durch ihre Existenz an den Kalten Krieg mahnte, wurde zunehmend zum lästigen Verbündeten, zum Störfaktor bei der Entspannungspolitik. Diese Entwicklung wirkte in Teilen der deutschen Öffentlichkeit besonders schockierend, weil sich nach 1948 zunehmend das Gefühl verbreitet hatte, das kriegsbedingte negative Deutschenbild werde sich kontinuierlich bessern. Das fast freundschaftliche Verhältnis zwischen Eisenhower und seinem Außenminister John Foster Dulles auf der einen Seite und Bundeskanzler Adenauer auf der anderen Seite führte zu der Fehleinschätzung, die Deutschen seien in den Vereinigten Staaten einflußreich und angesehen, der wichtigste Verbündete auf dem europäischen Kontinent. Es wurde versäumt zu verdeutlichen oder verdrängt, daß das negative Lang-

zeitbild der Deutschen nur durch die interessenbedingte Zusammenarbeit angesichts der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes zeitweilig überlagert worden war. Als sich die Interessen der Westmächte, insbesondere ihrer Vormacht, der USA, verlagerten und in Gegensatz zu den deutschen Interessen gerieten, brachen die alten, Deutschland und den Deutschen gegenüber kritischen und ablehnenden Einstellungen wieder hervor. Es vergrößerte sich die Bereitschaft, Gründe zu suchen, sich von der Bundesrepublik zu distanzieren. Eher bei Intellektuellen als bei den Regierungen und der Bevölkerung kam es 1958 zunehmend, bis in die 60er Jahre hinein zu kritischen Äußerungen, die sich antifaschistischer und deutschfeindlicher Argumente bedienten. Die Dezemberausgabe 1961 der amerikanischen Illustrierten „Look“, deren Auflage 7 Millionen überstieg, zeigte einen Globus, über den der Schatten des Hakenkreuzes fällt. Ein fiktiver Bericht „Wenn Hitler den 2. Weltkrieg gewonnen hätte“ von William L. Shirer, einem früheren amerikanischen Deutschlandkorrespondenten, enthüllte angebliche Pläne zur Versklavung des eroberten Amerika. Shirer behauptete, er habe Hitlers Geheimpläne für ein Terrorregime in England mit eigenen Augen gesehen. Über das den USA im Falle eines deutschen Sieges zugedachte Schicksal berichtet

er: „Präsident Roosevelt und sein Kabinett, fünfzig Kongreßabgeordnete, . . . Richter, Bürgermeister, Gewerkschafter, Kirchenleute, Professoren und Redakteure sind in Transportflugzeugen der Luftwaffe in Konzentrationslager nach Deutschland abgeflogen worden. . . . 37 Schriftsteller — unter ihnen Hemingway, O’Neill und Faulkner — wurden in einem Sonderflugzeug der SS nach Deutschland verfrachtet. . . . Die Zahl der in dem großen Vernichtungslager von New Jersey Vergasteten ist nie veröffentlicht worden, doch Eichmann prahlte kürzlich mit fast 5 Millionen. . . . So unangenehm die japanische Besatzung im Westen ist, verglichen mit dem Regime der Nazi-Deutschen ist sie milde . . . Zehntausende unserer führenden Persönlichkeiten sind bereits im SS-Lager hingerichtet oder zu Tode gefoltert worden. Präsident Roosevelt ist im Konzentrationslager Dachau im Frühjahr 1945 einem Herzschlag erlegen. Aber eine Geheimbotschaft an sein Volk, die kurz vor seinem Ende durch den Stacheldraht geschmuggelt wurde, hat die sinkende Moral vieler Amerikaner wieder aufgerichtet. . . .”³⁵

Zur gleichen Zeit erschien das Buch „The new Germany and the old Nazis” von T. H. Tetens, einem deutschen Emigranten, Anhänger des pazifistischen Pädagogen Friedrich Wilhelm Foerster. Tetens hatte bereits 1953 ein Buch „Germany plots with the Kremlin”

veröffentlicht, in dem er den Amerikanern deutlich machen wollte, daß Deutschland unzuverlässig sei und ein Bündnis mit dem Westen, das damals erst erstrebt wurde und noch nicht Tatsache war, verraten werde. Dem damaligen Geist der Zeit entsprechend, wurde die Unzuverlässigkeit nicht in einer Renaissance des Nazismus gesehen, sondern in der Neigung der Deutschen, zwischen Ost und West zu schwanken und den Westen zugunsten des Ostens zu verraten. Wie wir uns erinnern, kamen diese Befürchtungen bereits im Juni 1949 in der internationalen Zeitschrift „Der Monat“ zum Ausdruck. Um 1960 hatten sich die Verhältnisse gewandelt, die deutschfeindliche Propaganda bediente sich jetzt der noch 1953 unzeitgemäßen, antifaschistischen Stereotype. Die Ausführungen von Tettens waren offenkundig durch Veröffentlichungen des Ost-Berliner „Ausschusses für Deutsche Einheit“ angeregt worden. Dieser Darstellung zufolge haben die Nazis überall ein „geräuschloses Comeback“ erlebt. „Vom Kanzleramt bis hinab in jedes Ministerialbüro, in Parteien, Länderparlamenten, Polizei, Schulwesen und Presse besetzen ehemalige Nazis ebenso viele Schlüsselpositionen wie in den mittleren und niederen Rängen von Bundes- und Länderregierungen.“ Das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen gilt als pan-germanische Organisation von unverhülltem Nazi-

Charakter, Adenauers Staatssekretär Globke wird wegen seiner publizistischen Tätigkeit als Kommentator der NS-Rassegesetze als Hitlers Testamentsvollstrecker dargestellt, die Bonner Republik sei von hundertern nazistischer Organisationen übersät.

In der Öffentlichkeit wurde das Buch unterschiedlich aufgenommen. Die New York Times hat es zunächst kritisiert, dann aber — durchaus ungewöhnlich — in einer zweiten Besprechung eine positive Wertung veröffentlicht.³⁶

Auf derartige Angriffe wurde von deutschen, aber auch ausländischen offiziellen Stellen gerne bagatelisierend mit dem Argument reagiert, erstens handele es sich um Einzelaussagen ohne Breitenwirkung, zum anderen sei die Deutschfeindlichkeit keine Massenerscheinung, im Gegenteil, die Mehrzahl der Bevölkerung der verbündeten und „befreundeten“ Länder stehe den Deutschen positiv gegenüber. Wir zitieren das Ergebnis einer vom amerikanischen Meinungsforschungsinstitut Hooper Research Inc. im Auftrag des Bundespresseamtes durchgeführten Studie über das Deutschlandbild der Amerikaner vom April 1966: Danach machen die ausgesprochenen Deutschenfreunde etwa 16 Prozent der amerikanischen Bevölkerung aus. Sie sind soziographisch wie folgt verteilt: Sie wohnen in den Zentralgebieten der USA, neigen

der republikanischen Partei zu, meistens sind es Männer im Alter von 55 - 64 Jahren, die meist den freien Berufen angehören, häufig Universitätsbildung haben und Mitglieder protestantischer Kirchen sind. Die ausgesprochenen Deutschenfeinde machen dieser Untersuchung zu Folge 7 Prozent der amerikanischen Bevölkerung aus. Neben Juden sind es vor allem Schwarze, die Bewohner der Ostküste, mit besonderer Häufung im Raum New York und der Neuenglandstaaten, aber auch in Georgia. Es sind meist engagierte Anhänger der Demokratischen Partei. Sie gehören den Berufsgruppen der Geschäftsleute und Angestellten an. Besonders hoch ist der Anteil der Frauen in dieser Gruppe. Die Untersuchung kommt zum Ergebnis, daß das Bild im großen und ganzen günstig sei, jedoch einige negative Seiten habe. Deutschland werde im Gegensatz zu England, Frankreich und Italien unter dem Aspekt von Spannung und Konflikt gesehen. Bei Deutschland denkt man zunächst an den Ost-West-Konflikt, an Hitler, den 2. Weltkrieg, während England mit angenehmeren Bildern verbunden werde, nämlich dem Königshaus, den Beatles oder Winston Churchill. Italien werde mit Rom, dem Vatikan, Venedig, dem Wein, Sizilien und der Riviera verquickt. Frankreich werde mit Paris und Annehmlichkeiten der französischen Lebensformen verbun-

den. Selbst in dem damals durch und durch negativ getönten Rußlandbild treten freundliche Motive wie russische Kulturleistungen auf. Deutschland hingegen werde mit ähnlich liebenswerten Aspekten kaum assoziiert. Die positiv bewertete deutsche Industrieproduktion könne die negativen Bestandteile des Bildes nicht kompensieren.³⁷

Eine deutsche Beobachterin der amerikanischen öffentlichen Meinung stellte fest, daß diese gewiß nicht von Deutschenhaß bestimmt sei und die negativen Stimmen aufgehoben werden durch andere, die der jungen deutschen Demokratie Glauben und Vertrauen schenken, aber: „Mit Gewißheit läßt sich ein Wechsel in der Atmosphäre registrieren, der in den letzten zwei, drei Jahren (also seit 1958) erfolgt ist. Nicht offiziell, doch in der allgemeinen Stimmung Deutschland gegenüber. Die vielen und unübersehbaren Hakenkreuze, die im Gefolge von Shirers Buch allerorten sprießen, tun schließlich ihre Wirkung. . . . Aus Shirers Buch (*The rise and fall of the Third Reich*, dt. Übersetzung: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* 1961), das nach über einem Jahr noch immer zu den meistgelesenen Büchern der USA gehört, haben Millionen von Amerikanern, vor allem die Jugend, in spannend beschriebenen Einzelheiten erfahren, was unter Hitler in Deutschland vorging. Shirers These,

daß diese Greuel ‚typisch und unvermeidlich deutsch‘ seien, geht den Lesern dabei selbstverständlich ein. Zu dem Klimawandel haben ferner beigetragen die Hakenkreuze an den deutschen Synagogen vor zwei Jahren, der Eichmann-Prozeß und schließlich die alten Filme, die jeden Abend über Millionen Fernsehschirme gehen. Da sie aus den 30er und frühen 40er Jahren stammen, ist in ihnen der Bösewicht gewöhnlich ein SS-Mann, spricht: ein Deutscher. Eine Umfrage von 1958 stellte fest, daß Hunderte junger Amerikaner zwischen 14 und 19 Jahren mit dem Worte ‚deutsch‘ die Begriffe ‚Nazis — Krieg — Konzentrationslager — Verfolgung — Hitler‘ verbinden. Als bestimmenden Faktor dafür geben die Befrager die alten Kriegs- und Antinazi-Filme an, die das Fernsehen verwertet und deren obere Datumsgränze bei 1948 liegt. Entscheidend für das getrübte Deutschlandbild jedoch, das sich vielen Amerikanern neuerdings wieder stärker als zuvor eingepreßt hat, dürfte die Berliner Krise seit dem November 1958 sein, die ihnen die drohende Möglichkeit bewußt macht, über ausgerechnet einem deutschen Problem das eigene Leben riskieren zu müssen.“³⁸

Diese Erkenntnisse werden bestätigt durch eine weitere Untersuchung eines amerikanischen Meinungsforschungsinstituts, das im Auftrag des Bundes-

presseamtes angefertigt wurde, um die Wirkung anti-deutscher Filme und Fernsehsendungen zu erforschen. Danach erinnern sich 32 Prozent der Amerikaner daran, solche Filme gesehen zu haben. Die Mehrheit der Amerikaner lehne eine Beziehung oder einen Zusammenhang zwischen den antinazi- oder anti-deutschen Filmen und dem heutigen Deutschland ab. 24 Prozent meinen, daß diese Filme nicht ihrer heutigen Haltung gegenüber Deutschland entsprächen. 7 Prozent aber sehen in ihnen den Ausdruck ihrer eigenen Haltung gegenüber Deutschland. Eingewendet wurde, daß es in Deutschland Veränderungen gebe und eine neue Generation herangewachsen sei. Die Anhänger der antinazi und antideutschen Filme sehen in diesen Programmen aber ihr Mißtrauen gegenüber Deutschland bestätigt. Andererseits haben diese Filme aber insgesamt ein gutes Ansehen. Die Mehrzahl der Befragten war der Meinung, diese Programme entsprächen einem historischen Interesse, sie hätten einen erzieherischen Wert und dienten einem guten Zweck. Ebenfalls eine Mehrheit vertrat die Meinung, daß diese Filme ein Mittel zur Unterhaltung seien.³⁹

Daraus kann gefolgert werden, daß diese Filme weniger das Bewußtsein als das Unterbewußtsein prägen. Sie führen nicht zu einer bewußten und rational begründeten antideutschen Haltung, sondern den Zu-

schauern vermittelt sich ganz selbstverständlich ein Deutschenbild, das auf keinen Fall positiv ist. Insofern ist ihre Wirkung durchaus negativ, weil im Falle einer Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses seine emotionale Tragfähigkeit unterminiert wird. Diese Belastung gab es aber um und nach 1960. Der Mentalitätswandel bei westlichen Meinungsführern läßt sich mit einem „München-Komplex“ erklären. 1938 hatten die Westmächte, obwohl mit Prag verbündet, in der Sudetenkrise die Tschechoslowakei nicht nur nicht unterstützt, sondern hatten zu ihrer Aufteilung Beihilfe geleistet in der Hoffnung, auf diese Weise den Krieg zu vermeiden. Da dies nicht gelang, hatten sie für ihr moralisch fragwürdiges Verhalten nicht einmal die Legitimation des Erfolges. Nach dieser Erfahrung konnte man nicht erneut einen Verbündeten ohne weiteres fallenlassen, nur weil sich das weltpolitische Klima verändert hatte. Es bedurfte zusätzlicher moralischer Rechtfertigungen, um sich von der Bundesrepublik Deutschland zu distanzieren. Wenn der Nachweis gelang, daß die Deutschen an ihrem Schicksal selbst schuld waren, sich nicht geändert hatten und die Verbündeten in einen neuen Konflikt hineinzuziehen drohten, dann war die moralische Voraussetzung gegeben, sich von den vertraglichen Verpflichtungen zu distanzieren, ohne das Gewissen zu belasten.

Im September 1960 nahm das DDR-Regime eine Tagung des Verbandes der Heimkehrer in West-Berlin zum Anlaß für eine mehrtägige Verkehrsbehinderung auf den Zugangswegen. Bezeichnend war, welche Reaktionen das im westlichen Ausland auslöste. In der Londoner Times vom 1. 9. 1960 hieß es, daß die westlichen Regierungen eine entschlossene Haltung nur in der Verteidigung von solchen Grundsätzen einnehmen könnten, denen auch ihre Wählerschaft zustimmt. Dazu gehöre gewiß nicht, daß man wegen der Treffen „irredentistischer Organisationen“, die die Rückkehr jetzt unter polnischer oder tschechischer Verwaltung stehender Gebiete anstreben, den Frieden gefährde. Die gleichen Gefühle träfen wahrscheinlich auch auf den Vorschlag zu, eine Bundestags-sitzung in Berlin abzuhalten. Das sei unnötig und provozierend. Die Times hielt es für ein Charakteristikum der Deutschen, eine gute Sache dadurch zu verderben, daß sie über das Ziel hinausschössen. Die Sache der Berliner sei ausgezeichnet und bislang auch gut vertreten worden. Wenn die Deutschen aber nicht wüßten, wo sie Halt machen sollen, begingen sie einen Fehler. Denn unter den Westmächten würde sich die Ansicht ausbreiten, daß man ihre Verpflichtung gegenüber West-Berlin ausnutzt. „Und von dieser Meinung wird es kein weiter Schritt zu der Überzeugung sein, daß der Einsatz nicht lohnt.“ Der Re-

gierende Bürgermeister Brandt hielt es wegen dieser und offenbar zahlreicher anderer Äußerungen auf dem Tag der Heimat am 3./4. September 1960 für nötig zu betonen, daß die östliche Hetzkampagne einen Versuch darstelle, die Unlustgefühle des westlichen Auslandes auf das deutsche Volk zu konzentrieren. Doch die deutsche Jugend sei in ihrer überwältigenden Mehrheit vom Geiste der Völkerfreundschaft durchdrungen. Begriffe wie Revanchismus, Militarismus und Kriegshetze gehörten für sie genauso der Vergangenheit an wie für diejenigen, die in Deutschland die Verantwortung tragen. Manche im Ausland schienen jedoch bei „der Suche nach Flecken einer braunen Vergangenheit so sehr in Anspruch genommen zu sein, daß sie die kräftigen blutig-roten Kleckse auf der anderen Seite übersähen“.⁴⁰

Als Willy Brandt in seiner Eigenschaft als Regierender Bürgermeister von Berlin 1962 in London einen Vortrag hielt, wurde die Veranstaltung gestört und er als Kriegshetzer beschimpft. Er repräsentierte eine Stadt, die alleine durch ihre Existenz und durch ihre politische Situation nach dem Mauerbau und dem Jahr der Kuba-Krise Großbritannien in einen Konflikt hätte ziehen können. Insbesondere in England waren in jenen Jahren häufiger Äußerungen zu hören, die Zweifel an der Bereitschaft, im Ernstfall die

Schutzfunktion auszuüben, erkennen ließen. Eine britische Zeitung regte um 1958 an, doch am besten ganz West-Berlin in die Lüneburger Heide umzusiedeln. In einem Spiegel-Gespräch mit Henry Kissinger (11. 2. 1959) kam dieser Mentalitätswandel ebenfalls zum Ausdruck. Die Verpflichtungen in Deutschland und für Berlin waren für den Westen nicht mehr materiell drückend wie noch Anfang der 50er Jahre. Aber sie wurden politisch lästig. Eine Offenheit für die anti-faschistischen und antideutschen Argumente, die vor allem aus dem Osten kamen, nahm zu, weil ihnen die Rechtfertigung für eine Distanzierung entnommen werden konnte.

Meinungsumfragen von 1945 - 1990 im westlichen Ausland zeigen, daß die Schätzung der Deutschen sich immer dann besserte, wenn Interesse an ihnen bestand.

Mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 flaute die Deutschfeindlichkeit ab, ohne ganz zu verschwinden, die Tendenz änderte sich allerdings. Das unterschwellige Mißtrauen äußerte sich nun nicht mehr, indem die Bundesrepublik als Fortsetzung des nationalsozialistischen Dritten Reiches, und die Deutschen als bedrohlich und autoritär betrachtet wurden. Die sozialliberale Koalition suchte den Ausgleich nach Osten und beseitigte damit einen Teil der Spannungen, die doch gerade Grundlage der Angriffe

gegen Deutschland und die Deutschen gewesen waren. Prompt kamen Verdächtigungen auf, dieser Ausgleich könne zu einem außenpolitischen Frontwechsel führen. Das Bild der Vereinigten Staaten in Westeuropa und damit auch in Deutschland verschlechterte sich in jenen Jahren wegen des Vietnam-Krieges. Die Westbindung und das militärische Bündnis wurden zwischen 1968 und 1974 zunehmend in Frage gestellt, so daß in den USA besorgte Stimmen über die linken Tendenzen aufkamen. Die weltanschauliche Gemeinschaft mit der westlichen Demokratie und ihren Werten schien durch eine Renaissance des Marxismus in Westeuropa mindestens in Frage gestellt.

Die Bundesregierung tat alles, um Spannungen abzubauen, soweit das in ihrer Macht lag. Am 28. November 1969 unterzeichnete sie den Atomwaffensperrvertrag, am 12. August 1969 wurde der Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion unterzeichnet, der Grundlage der weiteren Entspannungspolitik wurde. Der Warschauer Vertrag (7. Dezember 1970) zwischen der Bundesrepublik und Polen schloß sich an, beide wurden am 17. Mai 1972 vom Bundestag nach heftigen Auseinandersetzungen gebilligt. Am 11. Dezember 1973 wurde das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis im Prager Vertrag geregelt. Innerdeutsche Span-

nungen wurden durch die Regelung der Berlin-Frage abgebaut. Am 3. September 1971 regelte das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin den Transit-Verkehr von Personen und Gütern zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik, mehrere Abkommen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR schlossen sich an, wie das Transitabkommen (17. Dezember 1971), der Verkehrsvertrag, der Reisen von DDR-Bewohnern in die Bundesrepublik erleichterte (26. Mai 1972) und schließlich, von besonderer Wichtigkeit, der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972, in dem die Bundesrepublik und die DDR, die untereinander ihre zuvor bestrittene Staatlichkeit anerkannten, übereinkamen, unbeschadet unterschiedlicher Auffassungen normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln. Neben der Bekräftigung der Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze wurden Ständige Vertretungen eingerichtet und die Bereitschaft erklärt, praktische und humanitäre Fragen zu regeln, sowie die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu fördern.

Mit der Regelung dieser Verträge zwischen 1970 und 1972 war eine neue Qualität der Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR und den anderen Ostblockstaaten erreicht, eine Beruhigung der politischen

Situation und eine spürbare Entspannung waren die Folge. Auch der Westen konnte beruhigt sein: Durch diese vertraglichen Regelungen war die Bundesrepublik daran gehindert, in ihrer ostpolitischen Öffnung weiter zu gehen als die Westmächte zugestehen wollten. Im gleichen Maße, wie die Entspannung zunahm, nahmen die antideutschen Angriffe aus Ost und West ab — ein deutlicher Beweis für ihre Interessenbedingtheit. Die Sowjetunion erreichte die dringend benötigte Beruhigung an der Westgrenze des von ihr beherrschten Blocks, die öffentliche Meinung des Westens konnte zufrieden sein: Die Bundesrepublik war an die Leine gelegt, Berlin bot keinen Kriegsgrund mehr.⁴¹

Seit 1970 hat sich das Bild Deutschlands und der Deutschen in den westlichen Ländern verbessert, aber nur relativ im Vergleich zum vorhergehenden Jahrzehnt. Gelegentlich gab es Rückfälle: Der 40. Jahrestag des Kriegsendes brachte eine Beschwörung der Anti-Hitler-Koalition und bewies, daß die Vergangenheit leicht instrumentalisiert werden konnte, wenngleich mit abnehmender Tendenz. Da von den deutschlandpolitischen Forderungen der Bundesregierung keine Gefahr mehr ausging, blieb die Deutschfeindlichkeit wie bisher Sache einer Minderheit, aber eine Massenmobilisierung war nicht mehr möglich, da der Mehrheit der westlichen Bevölkerung das Ge-

fühl, für Berlin sterben zu müssen, nicht mehr zu vermitteln war. Deshalb wandelte sich auch das Deutschenbild, das sich in demoskopischen Umfragen spiegelte. Während in der frühen Nachkriegszeit Eigenschaften wie „extrem nationalistisch“, „aggressiv“ eine negative Einschätzung signalisierten, wandelte sich das Bild zur Einschätzung des fleißigen, tüchtigen, wissenschaftlich orientierten Deutschen.⁴² Soweit Kritik laut wurde, richtete sie sich gegen die angeblich mangelnden Verteidigungsanstrengungen und die Zunahme neutralistischer Gedankengänge, die die alte Furcht vor einem außenpolitischen Frontwechsel der Bundesrepublik nährten. Als im September 1984 der Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik bevorzustehen schien, der dann erst 1987 stattfinden konnte, wurde diese Annäherung mit Verdächtigungen begleitet, daß Deutschland auf dem Wege zu einer „Finnlandisierung“, also zu einer Stellung zwischen Ost und West sei.

In Nachbarstaaten wie den Niederlanden oder in Frankreich blieb die tiefverwurzelte Furcht vor einem starken, wiedervereinigten Deutschland lebendig. Bei Intellektuellen, Journalisten und Historikern, also bei Meinungsführern, wurde nach wie vor die Auffassung verbreitet, daß die deutsche Politik vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart hinein expansiv sei und

bleibe. Wenn schon für die Zeit um 1980 keine militärische Expansion festgestellt werden konnte, so doch wenigstens das Streben nach wirtschaftlicher Vorherrschaft. Das westliche Bündnissystem band die Bundesrepublik politisch, ökonomisch und militärisch in eine Gemeinschaft ein, die nicht etwa nur dem Schutze Deutschlands, sondern auch dem Schutze der anderen vor Deutschland diene. Jedes Streben der Bundesrepublik Deutschland nach Ausgleich mit dem Osten und Wiedervereinigung, drohte das labile Gleichgewicht zu zerstören, so daß die nur mühsam gebändigten Ängste und das Mißtrauen 1989/90 virulent wurden. Kaum zeichnete es sich ab, daß im Herbst 1989 die Entwicklung auf eine deutsche Einheit hinauslief, die trotz aller gegenteiligen Bemühungen nicht zu verhindern sein würde, kam es zu Aussagen wie den folgenden: „In dem neuen, stolzen, wiedervereinigten Deutschland werden die Nationalisten das Vierte Reich proklamieren, denn der Begriff ‚Reich‘ ist verbunden mit Sieg und den Zeiten deutschen Aufstiegs, ‚Republik‘ dagegen verbindet sich mit Niederlage und dem Aufstieg fremder Werte. Ich erwarte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die schwarz-weiß-rote Hohenzollernfahne wieder einführen wird und möglicherweise mit ihr auch den Hohenzollernkaiser. . . . Bevor das Vierte Reich förm-

lich wieder ausgerufen werden kann, ist eine Reinigung des Bildes des Dritten Reiches nötig. Nationalistische Intellektuelle werden sich mit Nachdruck an diese Aufgabe machen. Sie wird eine Rehabilitierung des Nationalsozialismus und Adolf Hitlers erfordern und gerade aus nationalistischen Gesichtspunkten: Deutsche sind zu lange kriecherisch in diesen Fragen Fremden gegenüber gewesen; nun wird Deutschland sich erheben. Die Hauptfront des Gegenschlages wird die Rassentheorie sein. Bücher von hervorragenden deutschen Genetikern werden in Massen ausgestoßen werden, um die Wissenschaftlichkeit der Rassentheorie nachzuweisen, um zu zeigen, daß Bemühungen, sie zu diskreditieren, ein jüdischer Trick seien und die Rassenpolitik der Nazis — ein Stück des Holocaust — richtig und weitblickend gewesen sei. . . . Nationalistische Intellektuelle werden erklären, daß wahre Deutsche sich wegen des Holocausts, der großen, mutigen und heilsamen Tat, nicht schuldig fühlen müßten. Das selbstbewußte ‚nicht schuldig‘ wird von einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit begrüßt werden, und ich kann mir die Folgen vorstellen: Vertreibung der Juden, Bruch der Beziehungen mit Israel, eine Militärmission der PLO, eine Hitler-Statue in jeder Stadt.”⁴⁴ Derartige Ausführungen veröffentlichte die Londoner Times am 31. Okto-

ber 1989 als Warnung vor einem wiedererstehenden, vereinigten Deutschland. Die USA standen Deutschland fern, die US-Presse berichtete deswegen objektiver. Gehässigkeiten, wie sie in den 60er Jahren üblich waren, blieben diesmal aus. Dennoch gab es einzelne Rückfälle. Anfang 1989 wurde eine Affäre um die angebliche Beteiligung deutscher Firmen an einer libyschen Giftgasfabrik hochgespielt und als „Auschwitz in the sands“ bezeichnet. Im Januar 1991 wurde die gleiche Problematik, Lieferung von Giftgas und anderer chemischer Waffen an den Irak, Gegenstand von Angriffen gegen die Bundesrepublik. Allerdings blieb die Angelegenheit an der Oberfläche und hatte nur kurzzeitige Bedeutung. Das lag vor allem an der gewandelten Interessenlage der Vereinigten Staaten. Während es in den vergangenen Jahrzehnten darum ging, Deutschlands politische Aktivität für die Wiedervereinigung zu bremsen und einen lästig gewordenen Verbündeten zu veranlassen, sich möglichst politisch ruhig zu verhalten, ging es nunmehr darum, Deutschland zu einer kräftigeren Beteiligung in der internationalen Arena zu treiben. Aus politischen, vor allem aber aus finanziellen Gründen, benötigten die Vereinigten Staaten dringend Unterstützung und Entlastung, die neben Japan auch von Deutschland kommen sollte. Wenn Kritik an den Deutschen geübt

wurde, dann deswegen, weil sie sich dieser Verpflichtung — ganz im Sinne früherer Erwartungen — zu entziehen trachteten.

Der epochale Wandel 1989/90 hat auch das Deutschenbild beeinflußt: Die Sowjetunion hat kein Interesse mehr an einer antifaschistischen Propaganda mit antideutscher Tendenz, um das westliche Bündnis zu stören. Der Westen hat hingegen ein Interesse daran, Deutschland stärker in die internationale Pflicht zu nehmen, um wirtschaftlich, finanziell, militärisch und letzten Endes auch politisch entlastet zu werden. So erklärte sich, daß Kritik nur dann geäußert wird, wenn Deutschland zur Befriedigung dieses Interesses nicht genug Engagement an den Tag legt und abgeneigt ist, dem Ruf „The Germans to the front“ zu folgen.

Unter der Oberfläche bleiben die Vorbehalte, sie können jederzeit wieder instrumentalisiert werden, wenn das aktuelle Interesse es gebietet. Dies ist die Lehre aus dem Deutschlandbild, daß sich in den letzten vier Jahrzehnten trotz gleichbleibender Grundtendenz öfter aus aktuellen Gründen geändert hat.

Zum Schluß soll noch einmal der Versuch unternommen werden, die wellenförmigen Bewegungen des Deutschenbildes nach 1945 bis zur Gegenwart zu verdeutlichen.

Bedingt durch Krieg und Nationalsozialismus war das Bild bis 1948 eindeutig negativ. 1948/49 wandelte es sich, bedingt durch das Interesse der jeweiligen Vormächte, „ihre“ Deutschen zu gewinnen, zum Positiven. Zwischen 1949 und 1956 hat es kaum Deutschfeindlichkeit gegeben, da beide Blöcke damit beschäftigt waren, ihren jeweiligen Teil Deutschlands zu integrieren und in ihrem Sinne zu stärken. Abneigung und Feindschaft gab es vor allem zwischen den beiden deutschen Systemen, worunter die menschlichen Kontakte zu leiden hatten.

Im Jahre 1956 begann mit der Entstalinisierung der Abbau des Ost-West-Gegensatzes, 1958 verhärtete sich mit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows die internationale Situation wieder, allerdings war Deutschland jetzt nicht mehr der umworbene Verbündete des Westens, sondern an ihm wurde die Spannung zwischen Ost und West deutlich. 1961 zeigte der Mauerbau, daß die Westmächte geneigt waren, den durch die Spaltung gegebenen weltpolitischen Status quo hinzunehmen. Die Kuba-Krise 1962 führte an den Rand eines 3. Weltkrieges. Zwischen 1956 und 1963, dem Ende der Ära Adenauer, kann man einen Höhepunkt der Nachkriegs-Deutschfeindlichkeit sehen, die mit antifaschistischen Argumenten vom Osten angeheizt, vom Westen aber aufgenommen und nachgeredet wurde. Koexi-

stenz und Entspannung wurden jetzt von den Deutschen mit ihren dauernden Mahnungen, an die Wiedervereinigung zu denken, gestört. Es lag nun im Interesse der Westmächte, vor sich selbst Rechtfertigungen zu finden, sich von einem lästig gewordenen Verbündeten zu distanzieren.

Nach 1969 flaute die antifaschistische sowjetrussische Propaganda stark ab, ohne völlig zum Erliegen zu kommen. Zwischen 1969 und 1974 ist jedoch sowohl im Osten wie im Westen ein starker Rückgang der gegen Deutschland und die Deutschen gerichteten Äußerungen festzustellen. 1982 endete die fast 14jährige Herrschaft der sozialliberalen Koalition und eine neue „rechte“ oder konservative Koalition übernahm in Bonn die Regierung. Als bald brandeten Angriffe gegen die „Rechtsregierung“ kurzzeitig wieder auf, aus Anlaß des vierzigjährigen Jubiläums des Kriegsendes 1985 erreichte diese Propaganda einen neuen Höhepunkt, um bis 1989 wieder abzuflauen. Kurzfristige Ansätze, die Furcht vor dem „Vierten Reich“, dem neuen „Großdeutschland“ zu schüren, konnten sich angesichts des offenkundigen Interesses, sich der stabilisierenden Macht Deutschlands zu bedienen, nicht lange halten.

Gerade dieser zusammenfassende Überblick zeigt deutlich, daß jedes Land, das über Macht und Einfluß

verfügt, auf Ablehnung stößt, in erster Linie bei den unmittelbaren Nachbarn und Konkurrenten. Wie heftig und in welche Richtung die Äußerungen der Abneigung gehen, hängt von der jeweiligen Interessenslage ab.

3. Die Feindstaatenklauseln

Worum geht es bei den berühmt-berüchtigten Feindstaatenklauseln, wie sie in der Umgangssprache genannt werden, obwohl man besser von „Artikeln“ sprechen sollte. Viel genannt, sind sie wegen der Kompliziertheit des völkerrechtlichen Problems kaum bekannt. Deshalb seien die beiden Artikel aus der Satzung der Vereinten Nationen hier zunächst im Wortlaut wiedergegeben:

„Art. 53: 1. Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch. Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen aufgrund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffs-

politik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchung der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.

2. Der Ausdruck ‚Feindstaat‘ in Abs. 1 bezeichnet jeden Staat, der während des 2. Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.

Art. 107: Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des 2. Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaates dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“

Es handelt sich also um zwei Bestimmungen aus der Satzung oder Charta der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1945. Die Bezeichnung „Klauseln“ hat sich in der Diskussion durchgesetzt, ist aber genauso wenig korrekt wie die in der früheren DDR üblich gewesene Bezeichnung „antifaschistische Klauseln“. Da die DDR die Auffassung vertrat, in keiner rechtlichen oder sonstigen Kontinuität zum Deutschen Reich zu stehen, betrachtete sie diese Klauseln als für sich bedeutungslos, nicht aber in bezug auf die Bundesrepublik, die sich in einer rechtlichen Kontinuität zum Deutschen Reich sah. Hier wird der Zusammen-

hang zwischen antideutscher und antifaschistischer Propaganda ganz deutlich.

Hier kann es nicht um eine Darstellung der vielschichtigen völkerrechtlichen, problematischen Streitfälle gehen, sondern um die Bedeutung der Feindstaatenartikel als Ausdruck der Einschätzung der Deutschen.

Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 wurde der Beschluß zur Einberufung einer Konferenz für die Gründung der Vereinten Nationen gefaßt. Bereits im Herbst 1944 hatten die damaligen Großmächte, USA, UdSSR, Großbritannien und China, einen ersten Satzungsentwurf für die UN vorgelegt. Schon damals war vorgesehen, daß die Satzung der Vereinten Nationen Maßnahmen gegen die „Feindstaaten“ der Anti-Hitler-Koalition, also gegen Deutschland, Japan und ihre Verbündeten nicht behindern dürfe.

Die Feindstaatenartikel hatten eine doppelte Funktion: Sie schufen ein Sonderrecht der Staaten der Anti-Hitler-Koalition gegen Deutschland und seine Verbündeten. Für alle Maßnahmen gegen diese Staaten waren die UN nicht zuständig. Zum anderen wurde diesen „Feindstaaten“ das Recht verweigert, bei Streitigkeiten die Vereinten Nationen anzurufen, etwa bei Auseinandersetzungen über Kriegsfolgemaßnahmen der Alliierten. Den „Feindstaaten“ wur-

de also die Qualität der Friedensliebe abgesprochen und ein Status minderen Rechts in der internationalen Gemeinschaft zugewiesen. Zwar erklärt Art. 103 der UNO-Charta den Vorrang des Satzungsrechts gegenüber anderen Verträgen, den „Feindstaaten“ gegenüber errichten die Artikel 107 und 53 aber eine Ausnahme von diesem Prinzip.

Damit waren die Alliierten von der Verpflichtung des Art. 2, Abs. 4 der UNO-Charta befreit, sich der Androhung und Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zu enthalten und Streitfälle friedlich beizulegen, soweit Angelegenheiten der „Feindstaaten“ betroffen sind.

Auf die komplizierten völkerrechtlichen Überlegungen hinsichtlich der Fortgeltung und Anwendbarkeit der Feindstaatenklauseln kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Festzuhalten bleibt jedoch, daß bis 1990/91, bis zum Abschluß und der Ratifizierung der 2+4-Verträge, den vier Hauptverbündeten der Anti-Hitler-Koalition, den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich, aus den Feindstaatenklauseln ein Interventionsrecht zugestanden wurde.⁴⁵

Strittig war bis 1990/91, wie weit der Begriff des „Feindstaates“ auszudehnen sei. Neben Deutschland und Japan gehörten dazu Bulgarien, Finnland, Ita-

lien, Rumänien und Ungarn, alle „Feindstaaten“ während des 2. Weltkrieges, die aber unterdessen in die Vereinten Nationen aufgenommen und Unterzeichner der Charta waren. Österreich und Korea wurden nach allgemeiner Meinung ausgenommen, da sie von Deutschland und Japan annektiert worden seien. Thailand galt nur nach britischer Auffassung als Feindstaat. Die Mehrzahl der Völkerrechtler vertrat im Laufe der Jahre die Auffassung, daß Staaten, die Mitglied der Vereinten Nationen seien und mit denen ein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, nicht mehr unter die Feindstaaten im Sinne der Satzung der Vereinten Nationen zu rechnen seien. Auf diese Weise blieb lediglich Deutschland als ehemaliger Feindstaat übrig, strittig war, ob Japan auch darunter zu rechnen sei, das zwar Mitglied der UNO war, mit dem jedoch nur die Westmächte ab 1951 einen Friedensvertrag abgeschlossen hatten. Aus dieser Begrenzung und der im Ostblock verwendeten Formel „antifaschistische Klauseln“ ergibt sich, daß von den 50er Jahren ab, die Aufrechterhaltung der Feindstaatenartikel ausschließlich gegen Deutschland zielte. Praktische Bedeutung gewannen sie während der Berlin-Blockade, als die Sowjetunion die Auffassung vertrat, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sei nicht zuständig, da es sich bei den Maßnahmen der sowjeti-

schen Regierung um Aktionen gegenüber einem Feindstaat handle, die von Art. 107 gedeckt seien. Dem widersprachen die Westmächte nur insofern, als es sich bei der Blockade nicht um eine gegen Deutschland gerichtete Maßnahme, sondern um einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und den drei Westalliierten handle.

Als 1951 eine Delegation der Vereinten Nationen in die DDR Einreise begehrte, um die dortigen politischen Verhältnisse zu überprüfen und die Möglichkeit freier Wahlen zu erörtern, wurde dieser Delegation mit der Begründung die Einreise verweigert, daß die Vereinten Nationen für Deutschland nicht zuständig seien. Auch hier wirkte der Vorbehalt der Feindstaatenartikel.

Während der Jahre zwischen 1967 und 1972 haben die Feindstaatenartikel in der innen- und außenpolitischen Auseinandersetzung öfter Beachtung gefunden. Der Status der Bundesrepublik wurde offenbar als unsicher und gefährdet angesehen. Seit März 1966 hatte sich die Bundesregierung in verschiedenen Initiativen um ein Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten bemüht. In einem am 21. November 1967 übergebenen Memorandum berief sich die UdSSR zum ersten Mal darauf, daß „die Feindstaatenklauseln der UN-

Satzung der Sowjetunion auch nach dem Austausch von Erklärungen über den Gewaltverzicht noch ein Interventionsrecht in inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik gäbe".⁴⁶ Willy Brandt, damals Außenminister, gab am 13. September 1968 den Hinweis, daß bei aller Besorgnis vor sowjetischen Interventionsansprüchen zu beachten sei, daß die Bundesrepublik als NATO-Mitglied geschützt sei, so daß „jede militärische Intervention gegen die BRD Krieg" bedeute.⁴⁷ Die drei westalliierten Regierungen wiesen die Moskauer Ansprüche zurück und machten deutlich, daß sich nach ihrem Rechtsverständnis aus den Feindstaatenartikeln kein einseitiges Interventionsrecht der Sowjetunion herleiten lasse.⁴⁸ Damit betonten auch die westlichen Alliierten, daß ihrer Auffassung nach ein gemeinsames Vorgehen für möglich gehalten wurde, und daß die Rechte aus den Feindstaatenartikeln damals nach wie vor als geltendes Völkerrecht betrachtet wurden.

Im Juli 1969 erklärte Walter Scheel, der gegen Jahresende Bundesaußenminister wurde, anlässlich eines Besuchs in Moskau, daß die Bundesregierung zögere, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, solange die Sowjetunion aus den Feindstaatenartikeln ein Interventionsrecht gegenüber der Bundesrepublik herleite. Anlässlich der dann doch erfolgten Unter-

zeichnung des Vertrages durch die Bundesrepublik gaben die drei Westmächte am 28. November 1969 eine Erklärung ab, in der sie ihre bereits erwähnte Position erneuerten. Auf eine Anfrage der CDU/CSU-Opposition antwortete die Bundesregierung am 27. April 1970, daß nach Auffassung der Bundesregierung die Sowjetunion kein Interventionsrecht gegen die Bundesrepublik besitze.⁴⁹

Die Auseinandersetzung um den am 12. August 1970 zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik geschlossenen Vertrag machte die Widersprüchlichkeit der Argumente und die unterschiedlichen Standpunkte deutlich. In Art. 2 des Vertrages beriefen sich die Vertragspartner auf Art. 2 der Charta der Vereinten Nationen, der ihre Mitglieder darauf verpflichtete, sich in ihren internationalen Beziehungen der Gewalt zu enthalten. Gleichzeitig enthielt Art. 4 des Moskauer Vertrages eine Klausel, die der Sowjetunion ihre Rechte und Pflichten aus der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland weiterhin garantierte. Dazu gehörte nach sowjetischer Auffassung auch das Interventionsrecht nach den Feindstaatenartikeln. Zwar erklärte Außenminister Gromyko am 29. Juli 1970, daß die Sowjetunion sich „ausschließlich“ friedlicher Mittel bedienen wolle und daß keinerlei Ausnahmen vorgesehen seien.⁵⁰ Infolgedessen wurde von den Unter-

händlern der Bundesrepublik die Deutung formuliert, die Sowjetunion habe auf die Feindstaatenklauseln verzichtet.⁵¹ Demgegenüber erklärte der Erste Sekretär der Sowjetischen Botschaft in Bonn, Popow, am 9. September 1970, daß der sowjetische Interventionsverzicht nur gelte, „solange in der Bundesrepublik nichts geschieht, was (nach Auffassung der UdSSR) den Frieden gefährdet“.⁵² Am 19. März 1971 bestritt der neu ernannte Sowjetbotschafter in Bonn, Falin, daß die Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen durch den Moskauer Vertrag hinfällig würden. Schließlich äußerte sich am 12. April 1972 Außenminister Gromyko auf die Frage eines sowjetischen Abgeordneten nach der Beziehung des Moskauer Vertrages zu den Vier-Mächte-Rechten, daß die Vier-Mächte-Rechte nicht Gegenstand von Verhandlungen mit der Regierung der Bundesregierung gewesen sein könnten. Der Vertrag berühre nicht die Frage der Rechte der Vier Mächte.⁵³

Im Zusammenhang mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen lebte die Diskussion um die Feindstaatenartikel wieder auf. Am 16. Februar 1973 nannte der CDU-Bundestagsabgeordnete Marx als eine Vorbedingung für die Zustimmung seiner Fraktion, die Erklärung, daß die Bundesrepublik durch die Aufnahme in die UNO die

Qualität eines Feindstaates verliere, da sonst die Gefahr bestehe, daß die Bundesrepublik ein Staat minderen Rechts sein werde, ein Staat, von militärischer Intervention bedroht, ohne daß er sich an die Vereinten Nationen um Hilfe wenden könne. In der Antwort der Bundesregierung wurde auf den Artikel 2 der UNO-Charta (Gewaltverzicht) verwiesen und darauf, daß ein Staat, der UNO-Mitglied sei, im Sinne der Charta kein Feindstaat mehr sein könne.⁵⁴

Eine Änderung der Charta oder ein Verzicht der früheren Alliierten des 2. Weltkrieges wäre möglich gewesen, ist aber von der Bundesregierung weder verlangt noch von den alliierten Regierungen angeboten oder zugestanden worden. Neben genereller Abneigung gegen Satzungsänderungen, die dann auch von anderen UNO-Mitgliedern für andere politische Probleme verlangt werden könnten, sprach das Interesse der USA und der UdSSR, sich einen möglichst großen Einflußbereich den beiden deutschen Staaten gegenüber zu sichern.

Es trifft sicherlich zu, daß auch vor dem Abschluß und der Ratifizierung der 2+4-Verträge 1990/91 die praktische Bedeutung der Feindstaatenartikel gering gewesen ist. Sie hatten mehr moralische als praktische Bedeutung. Keines der beiden Lager in Ost und West wäre zur Intervention in dem deutschen Einfluß-

bereich des jeweils anderen imstande gewesen, ohne die Gefahr eines Krieges, wenn nicht gar eines Weltkrieges heraufzubeschwören. Auch die Bundesregierung war offenbar dieser Meinung und hat deswegen die Bedeutung der Feindstaatenklauseln stets heruntergespielt. Bedeutungslos sind sie bis 1989 aber dennoch nicht gewesen. Die aus ihrer Fortexistenz resultierende größere Verwundbarkeit der Bundesrepublik hat sie zu einer engeren Anlehnung an die westlichen Verbündeten gezwungen, insbesondere wegen der verwundbaren Stellung West-Berlins. In der westdeutschen Interpretation hat man sogar in der Fortexistenz der Artikel einen Vorteil zu finden gewußt: Angesichts der bis 1989/90 offenen deutschen Frage wurde regelmäßig auf den Fortbestand der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes hingewiesen. Alle internationalen Vereinbarungen, die diese Vier-Mächte-Verantwortung berührten, sollten möglichst nicht angetastet werden, um die „offene deutsche Frage“ offen zu halten. Auch die Charta der Vereinten Nationen mit ihren Feindstaatenartikeln gehörte dazu.⁵⁵ So konnte man sogar in diesen diffamierenden Bestimmungen noch ein Positivum erblicken.

Mit dem Ende der Verantwortung der Gegner Deutschlands für „Deutschland als Ganzes“ haben die Feindstaatenartikel weiterhin an praktischer Be-

deutung eingebüßt. Aufgehoben sind sie nicht, und es besteht auch nicht die Absicht, sie als nunmehr endgültig überholt zu beseitigen. Die Bundesregierung hat — im Gegensatz zu Japan — erklärt, daß sie keine Anstrengungen unternehmen wollte, um Art. 53 und 107 aus der UNO-Charta zu streichen. Somit bleiben sie, offen für völkerrechtliche Interpretationskünste, eine Möglichkeit der Politik. Sie bleiben existent und sind in ihrer Dehnbarkeit und Interpretierbarkeit nach wie vor ein zwar nicht aktuelles aber potentielles Pressionsmittel Deutschland gegenüber.

4. Antideutsche und antifaschistische Parolen als politische Kampfmittel der Sowjetunion, der DDR und ihrer Verbündeten

In Osteuropa gab es nach dem Kriege einen besonders starken Deutschenhaß. Sehr deutlich drückte sich das in der Vertreibung Deutscher aus allen osteuropäischen Ländern aus. Während des Krieges war der Deutschenhaß für die Russen ein wichtiges Propagandainstrument gewesen, wie die Mordaufrufe Ilja Ehrenburgs auf besonders abstoßende Weise belegen. Nach 1945 versuchte die Sowjetunion eine Unterscheidung zwischen Deutschen und „Faschisten“ zu machen, obwohl das in der praktischen Politik zunächst

wenig Bedeutung hatte. Auch NS-Verfolgte, ja sogar Kommunisten wurden von den Tschechen und Polen vertrieben und nicht anders behandelt als alle Deutschen.

Mit der zunehmenden Integration der Sowjetischen Besatzungszone in den Ostblock und der Aufnahme der SED als „Bruderpartei“ wurde es notwendig, zwischen dem fortschrittlichen und dem übrigen Deutschland zu unterscheiden, auf das sich unter dem Vorwande des Antifaschismus antideutsche Gefühle richten konnten.⁵⁶

Als nach 1945 mit dem Zerfall der gegen das Deutsche Reich gerichteten Kriegskoalition der Konflikt zwischen den Westmächten und der Sowjetunion aufbrach, bot sich die antifaschistisch verhüllte deutschfeindliche Propaganda als Mittel an, um das westliche Bündnis, in das Westdeutschland nun aufgenommen wurde, zu destabilisieren.

Im einzelnen ist es fast unmöglich zu unterscheiden, wo auf seiten der Sowjetunion und der von ihr abhängigen Staaten echte Besorgnis, Ängste, die aus der Erfahrung des Krieges resultierten, und kaltes, manipulatives Macht- und Einflußkalkül zusammenwirkten. Erste Anzeichen für die Möglichkeit, den Antifaschismus der 30er Jahre und der Kriegszeit als

Instrument des Kalten Krieges zu nutzen, gab es bereits 1946. Schon damals erhob die Sowjetunion Vorwürfe gegen die Westmächte, die Bestimmungen der Potsdamer Konferenz zur Entnazifizierung nicht konsequent durchzusetzen. Von besonderer Bedeutung ist das Jahr 1948, das den Bruch zwischen den ehemaligen Verbündeten vertiefte, Jugoslawien trennte sich von der Sowjetunion, gegen Tito wurden Faschismuskorwürfe erhoben, die deutsche Spaltung vertiefte sich durch die Währungsreform und die Bestrebungen der Westmächte, einen westdeutschen Staat zu gründen. Das führte zu der Abkehr von antinationalsozialistischen Säuberungsmaßnahmen, eine Abkehr, die in den folgenden Jahren durch die Notwendigkeit der Wiederbewaffnung verstärkt wurde. Damit ergab sich die Notwendigkeit auf westlicher Seite, die gestern noch inhaftierten und negativ charakterisierten ehemaligen Offiziere zu umwerben. Damit Hand in Hand gehen zunehmende Angriffe der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gegen das westliche Deutschland, das im Unterschied zur Sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, als Hort des „Faschismus“ und der Kriegsdrohung dargestellt wurde. Während der zwei Jahrzehnte zwischen 1949 und 1969 hatten diese Kampagnen für die Außenpolitik der Sowjetunion eine besondere Bedeutung.

In den Angriffen der Sowjetunion wird durchgängig zwischen Volk und Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterschieden. Da nach der kommunistischen Faschismusinterpretation die Arbeiterschaft von Handlangern des Monopolkapitals beherrscht wird, richtet sich die Agitation automatisch gegen das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Ziel der Angriffe war es, die westlichen Demokratien, aber auch die östlichen Volksdemokratien auf die Unterscheidung zwischen negativem West- und dem positiven Ostdeutschland festzulegen. Soweit es in der polnischen und tschechischen Presse nach wie vor anti-deutsche Angriffe gab, gingen diese immer mehr von den deutschen Grausamkeiten während des Krieges auf aktuelle Ereignisse in den Westzonen über.⁵⁷

Bereits in der sowjetischen Reaktion auf die Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag 1949 hieß es, daß die von den Amerikanern installierte Bonner „Marionettenregierung“ in den aggressiven Atlantikblock eingegliedert werden solle.⁵⁸ Bis zur Mitte der 50er Jahre waren bevorzugte Angriffsziele der sowjetischen Kampagne die Bemühungen, die auf eine Wiederbewaffnung hinausliefen. Adressaten sowjetischer Noten waren dabei hauptsächlich die Westmächte, die immer wieder an die, aus dem Potsdamer Abkommen resultierende Forderung nach einem entmilitarisierten

Deutschland gemahnt wurden und durch den ständigen Hinweis auf Verbrechen der „deutschen Faschisten“ darauf hingewiesen wurden, daß die geplante westdeutsche Armee von ehemaligen Hitler-Generälen angeführt werde. Vor einer erneuten Unterschätzung der deutschen Aggressivität wurde gewarnt. Die Regierung Adenauer galt durchgängig als „Revanchistenclique“. Eine typische Warnung lautete: „Nachher werden die deutschen Militaristen und Revanchehetzer freie Hand zur Durchführung ihrer aggressiven Politik in Europa haben. Westdeutschland wird damit in einen gefährlichen Herd eines neuen Krieges in Europa verwandelt.“⁵⁹

Eine gewisse qualitative Veränderung der sowjetischen Kampagnen ließ sich Anfang der 60er Jahre feststellen. Der Vorwurf des Revanchismus und Imperialismus wurde jetzt mit gezielten Attacken gegen Einzelpersonen verstärkt vorgebracht. Insbesondere exponierte Persönlichkeiten aus Regierungs- und Militärkreisen werden als Kriegsverbrecher angegriffen, wie der damalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Adolf Heusinger⁶⁰, der Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Foertsch⁶¹, sowie der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Untersuchung von NS-Verbrechen, Oberstaatsanwalt Erwin Ernst Schüle, dem — ausgerechnet in dieser

Position — NS-Mitgliedschaft nachgewiesen wurde.⁶² Bundespräsident Heinrich Lübke wurde in der Prawda wegen seiner Verbindung zur Rüstungsindustrie während des 2. Weltkrieges angegriffen, weil er dadurch zur Stärkung des Nazi-Regimes und zur Ermordung von KZ-Häftlingen beigetragen habe.⁶³

Stärker als auf die erste Welle des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, die durch die 1952 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte und verbotene Sozialistische Reichspartei (SRP) geprägt wurde, reagierte die Sowjetunion propagandistisch auf die Tatsache, daß ab 1965 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bei den meisten Landtagswahlen die 5-Prozent-Hürde überspringen konnte. „Wer kann unter diesen Umständen garantieren, daß in der Bundesrepublik nicht ein neuer Hitler, dazu noch mit Kernwaffen in der Hand, auf den Plan tritt?“⁶⁴ fragte die Sowjetunion in einer Note an die drei Westmächte und die Bundesregierung. Eine kaum verhohlene Drohung mit einer militärischen Intervention wurde in der Ankündigung ausgesprochen, die „neofaschistischen Umtriebe“ scharf im Auge zu behalten, um „im Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Potsdamer und den anderen internationalen Abkommen nötigenfalls gemeinsam mit anderen friedliebenden Staaten alle Maßnah-

men zu ergreifen, die die Situation notwendig machen würde".⁶⁵ Auch in die Diskussion um die Notstandsgesetze 1968 griff die Sowjetunion mit dem propagandistischen Hinweis ein, daß es sich um ein weiteres Indiz für die Kriegsvorbereitungen seitens der Bundesregierung handele.⁶⁶

Unter Bezugnahme auf die Feindstaatenartikel der UN-Charta und das Potsdamer Abkommen reklamierte die UdSSR ausdrücklich ein Interventionsrecht in der Bundesrepublik für sich.⁶⁷

Diese Kampagnen richteten sich nicht nur gegen die Bundesrepublik, sondern gegen die westliche Bündnispolitik insgesamt: „Die Unterstützung des faschistischen Regimes in Portugal, die Begünstigung der Franco-Diktatur in Spanien, der mit Hilfe der führenden Kreise der NATO organisierte Putsch in Griechenland (21. April 1967), die Ermunterung der Aktivität der ehemaligen Hitler-Faschisten und Nazis in Westdeutschland — all das zeugt von dem zutiefst antidemokratischen Charakter der Politik der in der Organisation des Nordatlantikpaktes vereinigten Kräfte.“⁶⁸

Mit der sozialliberalen Koalition, die 1969 die CDU/CSU in die Opposition verwies, nahmen die Kampagnen an Intensität ab. Die Sozialstruktur der Bundesrepublik, die doch angeblich Grundlage des

„Faschismus“ war, der nach sowjetischer Lehre aus dem Kapitalismus hervorgeht, hatte sich genauso wenig geändert wie ihre außenpolitische Orientierung. Offenbar wurde aber von der Sowjetunion eine Annäherung an die Bundesrepublik erhofft, die ihr die dringend benötigte Ruhe an der Westgrenze brachte, die sie wegen wachsender Spannungen mit China anstrebte. Mit zunehmendem Abbau der Konfrontation, insbesondere mit dem Moskauer Vertrag über Gewaltverzicht und Unverletzbarkeit der Grenzen in Europa verringerten sich die Angriffe gegen Westdeutschland. Die Kritik der chinesischen Kommunisten am Moskauer Abkommen wurden vom „Neuen Deutschland“ in einem Atemzug mit der Kritik der „Nationalzeitung“ als verleumderisch bezeichnet. Diesen Artikel druckte die Prawda nach.⁶⁹ Während des gesamten Zeitraumes der sozialliberalen Koalition (1969 - 1982) fällt auf, daß die antideutschen und antifaschistischen Angriffe stark zurückgegangen sind.

Ab Mitte der 60er Jahre dienten die Kampagnen der Sowjetunion nicht mehr nur in erster Linie der Destabilisierung des westlichen Bündnisses, sondern der Integration des Ostblocks. In China, Rumänien, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei gab es nationalkommunistische und liberale Auflockerungserscheinungen, die zum Teil, wie in China, zum

Bruch mit der Sowjetunion führten. Als Mitte der 60er Jahre, bereits unter Bundeskanzler Ludwig Erhard, fortgesetzt unter der Großen Koalition (1966 - 1969) und dann insbesondere durch die Außenpolitik der sozialliberalen Koalition ab 1969 die Bonner Ostpolitik beweglich wurde, bedeutete dies zwar einerseits Entspannung, aber andererseits auch Begünstigung der Auflockerungstendenzen im Ostblock. Kampagnen, die sich gegen die vermeintliche „deutsche Gefahr“ richteten, hatten die Aufgabe, den Ostblock zu zementieren, die Loyalität der Polen und Tschechen in Erinnerung an die Zeiten deutscher Okkupation zu gewährleisten.⁷⁰ Bis in die jüngste Vergangenheit hinein dienten derartige Angriffe als wirkungsvolles Mittel sowjetischer Politik, wie das folgende Zitat von Jan Jozef Lipski beweist, der als Berater der Gewerkschaft „Solidarität“ zu einer abgewogenen Einschätzung kam: „Die Angst vor einer Wiederkehr des deutschen Expansionismus oder sogar des Nazismus konkretisiert sich in der Befürchtung, die in der Bundesrepublik vorhandenen Tendenzen auf Rückforderung von Gebieten könnten reale Gestalt annehmen. Diese Befürchtungen sind es auch, die in den Massenmedien geschickt gesteuert werden. ... Sooft die Polen nur davon zu träumen beginnen, die Jalta-Last abzuwerfen, werden sie an die deutsche Gefahr ante

portas erinnert. Daran arbeiten Dutzende hochqualifizierter Wissenschaftler und Publizisten, und gerade hier ist — auf der Basis von Erinnerung und Angst — eine eigentümliche nationale Verständigung oder vielmehr deren Teilersatz möglich.

Sooft also die kommunistische Macht in Polen sich nicht stark genug fühlt, die Staatsbürger völlig ignorieren zu können, sobald sie die Notwendigkeit verspürt, nach einer, sei es auch nur begrenzten, Gemeinschaft zu suchen, wird das Land von einer breiten Propagandawelle zum Thema deutsche Gefahr überflutet.”⁷¹

Auch die bis 1990 aufrecht erhaltene Behauptung, die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn sei ein Verbrechen „deutscher Faschisten“, sollte diesem Zweck dienen. Tiefverwurzelte Empfindlichkeiten bei Polen und Tschechen sollten auf diese Weise angesprochen werden. So vordergründig und durchschaubar diese Kampagnen auch waren, wie das Beispiel Katyn zeigt, — eine mindestens verbale Loyalität zur Sowjetunion sollte auf diese Weise erzwungen werden.

Erst ab 1985 ist in der Sowjetunion ein grundsätzlicher Wandel der antifaschistischen und antideutschen Propaganda zu beobachten. Die offene Bewältigung der stalinistischen Vergangenheit in der Sowjetunion seither beweist die Bereitschaft, von politischen Manipulationen abzulassen. Während von 1946 bis 1960

die Kampagnen ausschließlich von der Sowjetunion betrieben wurden, in späteren Jahren mit abnehmender Tendenz, ist im Westen die genau gegenteilige Entwicklung eingetreten. Ab 1948 hat es „antifaschistische“ und antideutsche Argumente hier kaum gegeben. Mit zunehmender Entspannung unter der Präsidentschaft Kennedys nach 1960 nahmen sie im westlichen Ausland allerdings zu. In den 60er Jahren erreichten die Angriffe einen Höhepunkt, um dann, ohne ganz zu verschwinden, abzunehmen. Die Entwicklung zwischen Ost und West verlief also genau gegensätzlich, die östliche Propaganda ist im Westen aufgenommen worden und hat Wirkung gezeigt.

Besondere Bedeutung hatten die gegen Westdeutschland gerichteten Angriffe stets für die DDR, die sie in Form des Antifaschismus zur Grundlage ihrer Legitimation machte. Walter Ulbricht hat in den 50er Jahren festgelegt, daß der konsequente antifaschistische Kampf darauf gerichtet sein müsse, „die Wurzeln des Faschismus, die Herrschaft des Finanzkapitals“ zu beseitigen.⁷² In Westdeutschland seien nach 1945 die sozio-ökonomischen Voraussetzungen für eine Beseitigung des Faschismus nicht geschaffen worden. Mit der Verschärfung des Kalten Krieges ab 1946 wurden derartige Angriffe als Waffe im propagandistischen Kampf gegen deutsche und westalliierte Politiker eingesetzt.⁷³

Mitte der 50er Jahre steigerten sich im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung (der sogenannten „Remilitarisierung“) die Vorwürfe einer ungebrochenen „faschistischen“ Kontinuität erheblich. Adressat dieser Angriffe war — entsprechend zu den parallelen Bemühungen der Sowjetunion — das westliche Ausland, indem auf Kriegserinnerungen beruhende anti-deutsche Ressentiments wach gehalten und gegen die Bundesrepublik und ihre Integration ins westliche Bündnis gekehrt werden sollten. Aber auch in der Innenpolitik der Bundesrepublik erwiesen sich die Vorwürfe einer „Renazifizierung“ nicht als wirkungslos, so daß diese Waffe verstärkt als innen- wie außenpolitisches Kampfmittel eingesetzt wurde. Eine besondere Bedeutung hatte hierbei der am 7. Januar 1954 gegründete „Ausschuß für Deutsche Einheit“, der bis 1965 bestand und in dieser Zeit über fünfzig Publikationen herausgebracht und internationale Pressekonferenzen veranstaltet hat. Während die ersten Veröffentlichungen des Ausschusses sich um ein positives DDR-Bild durch den Vergleich mit der negativ gezeichneten Bundesrepublik bemühten, setzte mit der im Jahre 1958 herausgegebenen Broschüre „Wie sieht es drüben aus? 120 Antworten auf häufig gestellte Fragen“⁷⁴ der Versuch ein, das antifaschistische Argument gegen die Bundesrepublik einzusetzen. Das faschistische Gedankengut habe dort bereits wieder

denselben Umfang angenommen wie 1933. Die regierende CDU sei die politische Heimat der ehemaligen Offiziere und führenden Nationalsozialisten.⁷⁵ Den Geschichtsbüchern wurde vorgeworfen, sie schilderten die Hitler-Ära „in den herrlichsten Farben“, beim nächsten Weltkrieg sei lediglich eine bessere Ausrüstung erforderlich, „um die Sowjetunion von der Landkarte zu streichen“.⁷⁶ In der 1962 veröffentlichten Schrift „Strauß und Brandt mobilisieren die SS. Drahtzieher der Revanchehetze um Westberlin“ wird der Mauerbau als „antifaschistischer Schutzwall“ gerechtfertigt, da dieser die Gewähr biete, daß es kriegs- und schießwütigen Verbrechern nicht gelingen werde, nur einen Fußbreit Boden zu erobern.⁷⁷ Veröffentlichungen, die sich gegen den damaligen Verteidigungsminister Strauß richteten, der als die „Spinne im schwarz-braunen Netz des westdeutschen Klerikal-militarismus“ bezeichnet wurde,⁷⁸ und die Broschüre „Hitlers Generale greifen nach Atomwaffen“⁷⁹ hatten die bereits erwähnte doppelte Funktion: Sie sollten einerseits im westlichen Ausland Furcht vor dem deutschen „Militarismus“ hervorrufen, indem Erinnerungen an die Zeit des 2. Weltkrieges geweckt wurden. Zum anderen waren die Wiederbewaffnung und um 1958 der Plan, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, auch in der Bundesrepublik heftig umstritten.

Dem gleichen Ziel dienten Versuche, durch den Nationalsozialismus scheinbar oder wirklich belastete Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben der Bundesrepublik durch moralischen Druck zu eliminieren. In der 1958 veröffentlichten Broschüre „Wer regiert in Bonn?“ heißt es, daß nicht das Volk, sondern eine hauchdünne Oberschicht von 150 Multimillionären herrsche. Die Bundesrepublik stehe in der Tradition einer Finanzoligarchie, die nacheinander einen Bülow, Bethmann Hollweg, Hindenburg, Brüning, Papen, Schacht, Hitler, Göring und schließlich Adenauer in den Sattel gehoben habe.⁸⁰ Nach elf Jahren Adenauer-Regierung sei „die braune Hydra“ wieder in „alle Zweige des westdeutschen Staatsapparates eingedrungen“ heißt es in der 1960 erschienenen Schrift „... wieder am Hebel der Macht“.⁸¹ Von 17 Bundesministern seien 12 durch ihre nationalsozialistische Vergangenheit schwer belastet, 80 % aller Bonner Diplomaten hätten schon unter Ribbentrop ihre Dienste geleistet. Alle 40 Generale der Bundeswehr seien schon in der Wehrmacht bei Hitlers Überfällen auf Europa dabeigewesen, die Schlüsselpositionen der westdeutschen Polizei befänden sich wieder in den Händen ehemaliger Gestapo- und SS-Führer.⁸²

Mit dem Beginn der 60er Jahre bemühte sich der Ausschuß zunehmend und in zahlreichen Fällen

durchaus erfolgreich, die Vergangenheit politisch führender oder einflußreicher Personen „antifaschistisch“ für den tagespolitischen Kampf zu instrumentalisieren. Mit der Veröffentlichung „Fortschritt und Reaktion“ (1961) wurden kurzgefaßte Lebensläufe von Politikern präsentiert, die beweisen sollten, daß nur im Osten Deutschlands die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts regieren und daher der DDR als einzig rechtmäßigem deutschen Staat die Zukunft gehöre.⁸³ Einen bedeutsamen propagandistischen Erfolg erzielte der Ausschuß mit Veröffentlichungen, die sich gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer richteten, der seit 1953 zunächst als Funktionär des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), später als Mitglied der CDU dem Bundeskabinett angehörte. Er sei ein „Haupteinpeitscher der faschistischen Kriegs- und Ausrottungspolitik“ gewesen. Als Führer eines Bataillons „Nachtigall“ habe er Pogrome in Lwow veranlaßt. Adenauer decke diesen „Wegbereiter des Hitlerkrieges und seiner Schrecken“ und lasse ihn wieder den „Marsch gen Osten“ proklamieren.⁸⁴ Diese Angriffe zeigten in der Bundesrepublik Wirkung. Da seit 1957 zunehmend eine zweite Welle der „Vergangenheitsbewältigung“ einsetzte — auch dieser Ausdruck wurde damals geprägt —, mußte Ober-

länder unter dem kombinierten Druck aus der DDR, der Bundesrepublik, aber auch aus dem westlichen Ausland zurücktreten. In ähnlicher Weise versuchte der Ausschuß für Deutsche Einheit gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Hans Globke, vorzugehen. Als Beamter des Reichsinnenministeriums hatte er als Mitautor einen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen (1935) herausgegeben.⁸⁵ Trotz eines Pseudoprozesses in Ost-Berlin, der mit der Verurteilung Globkes in absentia zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe endete, gelang es in diesem Falle nicht, Globke von seiner Position als Staatssekretär zu verdrängen, obwohl die DDR-Angriffe in der Bundesrepublik, hier v. a. bei der SPD-Opposition, Widerhall fanden.

Die Erfolge veranlaßten den Ausschuß für Deutsche Einheit, in der Broschüre „Eichmann: Henker, Handlanger, Hintermänner“⁸⁶ den Versuch zu unternehmen, eine Kontinuität von „SS-Henkern“ zum öffentlichen Dienst der Bundesrepublik herzustellen. Diesem Vorhaben diente auch die Veröffentlichung „Der ehrbare Mörder. General Adolf Heusinger“⁸⁷. In den Publikationen „Belohnte Mörder“ und „Gestapo- und SS-Führer kommandieren die Westberliner Polizei“ (1961) wurden Namenslisten veröffentlicht, während dem Generalbundesanwalt Wolfgang Fränkel

1962 vorgeworfen wurde, daß er in der SS-Zeit an Todesurteilen beteiligt gewesen sei. In diesem Falle hatten die Angriffe insofern Erfolg, als Fränkel von seinem Amt zurücktrat.⁸⁸

Die Versuche der DDR, mit Hilfe dieser Kampagnen die politische Ordnung der Bundesrepublik zu destabilisieren und einen Keil zwischen sie und ihre westlichen Verbündeten zu treiben, indem diesen deutlich gemacht werden sollte, daß sie sich für einen Partner einsetzten, der sich gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland nicht gewandelt habe, blieben letzten Endes erfolglos, aber keineswegs wirkungslos. Wenngleich weder die politische Ordnung der Bundesrepublik noch das westliche Bündnis erschüttert wurden, hatten die SED und ihre Hilfsorganisationen doch durchaus insoweit Erfolg, als eine ganze Reihe von Personen ihre Positionen räumen mußte und Dokumente aus Archiven der DDR von westdeutschen und westeuropäischen Politikern und Publizisten übernommen wurden. Sie wären nicht übernommen worden, wenn die Angriffe offen ihre kommunistische Zielsetzung bekannt hätten. Unter dem Vorwand aber, daß es sich um die Säuberung des öffentlichen Lebens von nationalsozialistischen Überresten handele, wurden die Argumente als akzeptabel betrachtet.

Für die DDR mehr als für die Sowjetunion haben diese Kampagnen der Legitimierung des eigenen Systems und der Abgrenzung von der Bundesrepublik gedient. Diese Funktion blieb bis zum Ende der DDR und des Ostblocks erhalten. Noch im Januar 1988, als Erich Honecker zu einem Staatsbesuch in Paris weilte, betonte das Neue Deutschland, daß Honecker vor 50 Jahren schon einmal in Paris gewesen sei, damals als Kämpfer gegen die braune Barbarei, heute als oberster Repräsentant des sozialistischen deutschen Staates. Diese Tatsache habe dem Staatsbesuch eine besondere Dimension gegeben. Die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf in der Anti-Hitler-Koalition sei heute in den freundschaftlichen Beziehungen „unserer Völker lebendig“.⁸⁹

Der Rückblick auf vier Jahrzehnte antideutscher und antifaschistischer Propaganda zeigt, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten dieses Instrument in erster Linie manipulativ eingesetzt haben, um historisch erklärbare Ressentiments für die Tagespolitik zu aktivieren. Der Antifaschismus diente der Trennung von „faschistischen“ und „nicht-faschistischen“ Deutschen. Sobald es im Interesse der Sowjetunion und der DDR lag, sich mit dem Westen im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen zu arrangieren, wurden die Angriffe eingestellt. Sie haben insge-

samt zwar keinen Erfolg gehabt, weil es nicht gelang, einen Keil zwischen die Bundesrepublik und ihre westlichen Verbündeten zu treiben. Wirkungslos sind sie deshalb nicht gewesen. Sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch gelang es in zahlreichen Fällen, die Bundesregierung in die Defensive zu treiben und zu meist personalpolitischen Kurskorrekturen zu veranlassen. Auf die öffentliche Meinung des Westens sind die östlichen Kampagnen keineswegs ohne Einfluß geblieben.

5. Die Hintergründe der Kampagne

Die bisherige Darstellung hat viele Mosaiksteine zusammengebracht, die sich nun zu einem Bild zusammensetzen müssen. Was ist am Deutschenbild des Auslandes böswillig, was stimmt, was ist Ausdruck von Interessen, die anderen Zwecken als dem Vorgegebenen dienen? Deshalb soll hier noch einmal auf die verschiedenen widersprüchlichen Argumente und Begründungen eingegangen werden, um zu versuchen, sie zu ordnen mit dem Ziel, dem interessierten, politisch gebildeten Staatsbürger zur Orientierung zu verhelfen.

Deutlich dürfte der größere Zusammenhang sein: Negative Bilder, die vor allem Nachbarvölker vonein-

ander haben, hat es immer gegeben. Im Verhältnis der Nachbarn spielen Furcht, das Gefühl der Bedrohung und der Abneigung gegen Überfremdung eine größere Rolle als die Neigung zu gutnachbarlicher Verständigung. Wenn also Nachbarvölker von den Deutschen ein negatives Bild haben, verdient das wegen möglicher negativer Folgen durchaus Aufmerksamkeit, aber keine Wehleidigkeit. Leichtfertige Nichtachtung wäre wegen der geopolitischen Situation genauso von Übel wie der Versuch, durch Wohlverhalten der Kritik entgegenzukommen und es allen recht machen zu wollen. Unsicherheit und Wehleidigkeit zeigen der anderen Seite nur die eigene Erpreßbarkeit und würden die Kampagnen fördern statt sie zu beenden.

Hintergrund aller aktuellen negativen Kampagnen war das Langzeitbild, das seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Deutsche Reich als in jeder Hinsicht — militärisch, ökonomisch und politisch — übermächtig und bedrohlich darstellte. Die beiden Weltkriege haben eine heftige Propaganda ausgelöst, die das Bild vom bedrohlichen Deutschen eingehämmert hat, das bis in die jüngste Vergangenheit eine erkenntnisleitende Funktion gewann. Deshalb hat nach 1945 das Sicherheitsbedürfnis vor Deutschland in engem Zusammenhang mit der Absicht gestanden, das deutsche Potential für die jeweiligen Vormächte in

Ost und West zu nutzen. Die Bündnissysteme der NATO und EG und des Warschauer Pakts, rüstungsbeschränkende Maßnahmen wie der Atomsperrvertrag von 1967 hatten nicht nur die Funktion, die jeweiligen deutschen Teilstaaten vor dem anderen Machtblock zu schützen, sondern sie dienten auch dem Schutz vor Deutschland. Die Furcht, die Bundesrepublik könne das westliche Bündnis verlassen und ein Arrangement mit dem Osten suchen, zeigt deutlich das Mißtrauen auf westlicher Seite. Dem entsprechen die Versuche der Sowjetunion, mit antideutscher, allerdings gegen die deutsche Vergangenheit gerichteter Propaganda, die Loyalität v. a. Polens und der Tschechoslowakei zu erzwingen. Wahrscheinlich mehr als bisher bekannt, sind die deutschfeindlichen Kampagnen von der Sowjetunion manipuliert worden, die mit diesen Versuchen allerdings offene Türen einrannte. Das Mißtrauen gegen Deutschland und die Deutschen war der Nährboden, der die Kampagnen wirksam erscheinen ließ.

Mit dem Herbst 1989, dem vorläufigen Ende des Ost-West-Konfliktes, ist eine neue Entwicklung angebahnt worden. Die paradoxe Bündnissituation der vergangenen Jahrzehnte hatte darin bestanden, daß das Kriegsbündnis von 1941 - 1945 zerfallen war, die zu Gegnern gewordenen ehemaligen Alliierten waren

nun mit je einem Teil des bisherigen Kriegsgegners verbündet, dem sie aber voll Mißtrauen gegenüberstanden. Diese Situation hat sich mit dem Zusammenbruch des bisherigen Ostblocks und der deutschen Wiedervereinigung geändert, das Langzeitbild über die Deutschen aber ist geblieben. Jetzt besteht die Furcht vor einem mächtigen einheitlichen Deutschland, vorher richtete sich die Abneigung gegen die Aussicht, durch die Teilung des ungeliebten Verbündeten in einen Konflikt gezogen zu werden. Jetzt wird Deutschland zur finanziellen und militärischen Entlastung benötigt, zu stärkerem Engagement gedrängt, vorher galt jede politische Aktivität als Infragestellung des Status quo und damit als friedensbedrohend.

Die Sieger des 2. Weltkriegs saßen auf dem absteigenden Ast, die Verlierer — Deutschland und Japan — auf dem aufsteigenden. In Osteuropa entstehe ein Machtvakuum, das Deutschland füllen werde. Wirtschaftlich und finanziell haben die Deutschen schon damit begonnen.⁹⁰ Diese Stimme aus dem Sommer 1990, als Deutschland auf dem Wege zur Wiedervereinigung weit vorangeschritten, aber noch nicht am Ziel war, zeigt, daß das Bild der Deutschen vom Machtinteresse näherer und fernerer Nachbarn abhängig ist. Das gilt sowohl für das Langzeitbild als auch für aktuelle Ereignisse. Versicherungen des Wohlverhaltens kön-

nen deshalb gegen die machtpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen nichts ausrichten.

IV.

Der deutsche Charakter, die deutsche Unsicherheit und der deutsche Selbsthaß

Zwei Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, im Notwinter 1947, veröffentlichte die in der britischen Besatzungszone von der Militärverwaltung herausgegebene Zeitschrift „British Zone Review“ zwei Aufsätze mit dem Titel „The German Character“. Dieses Blatt hatte die Aufgabe, englische Leser über die Nachkriegsprobleme in der Britischen Zone Deutschlands zu informieren. Der Autor nannte nur seine Initialen, I. A. — man kann vermuten, daß es sich um einen deutschen Emigranten gehandelt hat, denn seine Kenntnis von deutscher Geschichte, Kultur und Lebensart ist so tiefgehend, wie sie nur aus enger Verbundenheit sein kann, wie die Kritik andererseits aus dem Emigrantenschicksal erklärbar sein dürfte.⁹¹ Der britische Offizier bemüht sich, seinen Landsleuten

Besonderheiten des deutschen Wesens zutreffend mit den Belastungen der deutschen Geschichte zu erklären: Riesige Stürme seien über Deutschland hinweggefegt. Er beschränkt sich bei der Darstellung auf das 19. Jahrhundert, obwohl er die Erschütterungen der Reformation und, noch früher, den Zusammenbruch des mittelalterlichen Kaisertums heranziehen könnte. So erwähnt er die napoleonischen Kriege, die restaurative Politik des Wiener Kongresses, die gescheiterte Revolution von 1848 und die Niederlage des deutschen Liberalismus im Bismarckreich. Schließlich brachten der Krieg 1914/18, die Niederlage, die sozialen und politischen Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik neue Belastungen mit sich. Durch diese Belastungen sei in Deutschland die Herausbildung einer Bürgerkultur bei aller Anerkennung sonstiger kultureller Leistungen verhindert worden. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß der einzelne Deutsche keinerlei inneren Frieden kenne, keinen inneren Halt habe, der sein Selbstbewußtsein festigen könne. Immer sei er auf der Suche nach der tiefen Wahrheit, nach dem Grundsätzlichen, das Basis seiner Weltanschauung sei. Der Mangel an innerer Ausgewogenheit habe zur Folge, daß sich „der Deutsche“ oft von Vorstellungen angezogen fühle, die den Anspruch auf „ewige“ Wahrheit und Gültigkeit erheben.

Die innere Unsicherheit und Orientierungslosigkeit führe zu einer Neigung, sich in Hierarchien einzunesteln und es einem Führer zu überlassen, Entscheidungen zu fällen. Hingabe an Religion (in der Vergangenheit) oder an Ideologien (in der Gegenwart) sei ein Ergebnis dieser durch Unsicherheit bedingten Geisteshaltung. Der britische Offizier kam damals, 1947, zu einer sehr skeptischen Aussage über die Chancen der Demokratie in Deutschland, da die Not der Nachkriegsjahre eine Apathie hervorgerufen habe, die jene deutsche Neigung zu ewig gültigen Wahrheiten überdecke. Wie sich die Deutschen unter günstigeren Bedingungen verhalten werden, blieb damals offen.

Auch wenn dieses Bild keineswegs freundlich ist, beweist es doch historisches Verständnis für die Spannungen und Unsicherheiten, die aus der von zahlreichen Traditionsbrüchen gekennzeichneten deutschen Geschichte entstanden sind.

Nachdem wir uns bisher mit den echten und vorgeschobenen Gründen für das negative Deutschenbild beschäftigt haben, ist es an der Zeit, sich der deutschen Reaktion auf die Angriffe zuzuwenden. Sicher erleichtern die Deutschen durch ihr Verhalten es ihren Kritikern, vor allem den böswilligen, deutschfeindlichen Angriffe in manipulativer Absicht vorzubringen, weil die Wirkung dazu verlockt, dieses Instrument immer

wieder einzusetzen. Es trifft ja zu, daß die bewegte deutsche Geschichte eine Kontinuität der Lebensart und Gewohnheiten, die stilbildend hätten wirken können, nicht zuließ. Die geopolitische Lage Deutschlands mit offenen Grenzen nach allen Seiten erzwang, die Meinungen der Nachbarn aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen. Verlorene Kriege, die von Generation zu Generation immer wieder gemachte Erfahrung, daß Besitz, Eigentum, Werte, politische Strukturen brüchig, vergänglich seien, vermittelte Unsicherheit. Während andere Nationen sich zu einem Nationalstaat heranbildeten, wurde Deutschland ein politischer Flickenteppich von vielen hundert kleinen selbständigen politischen Einheiten. In weltanschaulicher Hinsicht war Deutschland ebenfalls gespalten. Das mittelalterliche Reich war religiös, nicht national begründet. Weltbürgerliche und nationalstaatliche Vorstellungen, religiöse und aufklärerische, landsmannschaftliche und soziale Spannungen — das Ergebnis dieser widerstreitenden Zugkräfte, die auf die Deutschen einwirkten, war eine Unsicherheit der Maßstäbe und ein Fehlen der politischen Mitte. Allerdings waren diese Spannungen nur bildungsbürgerlichen, intellektuellen Führungsschichten bewußt. Die Mehrheit der Bevölkerung war bis ins 20. Jahrhundert hinein an diesen Auseinandersetzungen

nur passiv beteiligt. Der deutsche Selbsthaß ist vor allem die Sache von Intellektuellen, Schriftstellern und hedonistisch eingestellten Bildungsbürgern. Dieser wortmächtige und einflußreiche, jedoch machtlose Personenkreis hat seit dem 19. Jahrhundert ideal-utopischen Gesellschaftsvorstellungen angehangen und zur politischen Realität ein distanzierendes Verhältnis gehabt. Ideen vom Dienst an der Menschheit und Ablehnung einer Nation, die als rechts, konservativ, autoritär verstanden wurde, bilden die Grundlage ihrer politischen Vorstellungen. Da die Mehrheit des Volkes nicht so will wie diese Intellektuellen, sondern materielle Güter, Wohlstand und soziale Sicherheit Menschheitsidealen vorzieht, fühlen sich die Intellektuellen fehlangepaßt und reagieren mit einem nationalen Selbsthaß, der letzten Endes zu ihrer weiteren Isolierung beiträgt.

Ein Beispiel für jene Geisteshaltung belegt ein Zitat aus der alternativen „Tageszeitung“ (taz) über Mauer und Schießbefehl: „Wenn überhaupt geschossen werden muß, dann auf Deutsche, bzw. wenn von einem Deutschen noch jemals geschossen werden darf, dann nur auf seinesgleichen. In der ... Deutschen Frage gibt es zum umgekehrten Rassismus keine moralische Alternative: Lieber möge sich ‚das deutsche Volk‘ in seiner Gesamtheit von dieser Erde herunter-

befördern, als daß auch nur noch ein Angehöriger einer anderen Nation von einem Deutschen um sein Leben gebracht wird; lieber jeden Tag Schüsse an der deutsch-deutschen Grenze als noch ein wegen Ladendiebstahls erwürgter Asylbewerber in Schwaben oder ein einfach so erstochener Türke in West-Berlin.“⁹² Von seiten verschiedener linker und linksextremer Gruppen — das Spektrum reicht von Teilen der SPD und dem DGB bis zur SED/PDS und AL — wurde gegen die Einheit Deutschlands demonstriert, Wandschmierereien wie „Deutschland verrecke“ oder „Deutschland halt’s Maul“ sind Ausdruck jenes Selbsthasses.

Im Herbst 1990 fand an der University of California ein Deutschland-Colloquium statt, auf dem nach einem Bericht Petra Kelly ein Deutschlandbild folgender Art entwickelte: „In einer wahren Orgie der Selbstbezichtigung stellte sie ihre Landsleute als eine Bande von Giftgas-Exporthuren, Tierquälern und Antisemiten vor. Auf deutschen Straßen grassiere der Rassenhaß: Während aus den Wirtschaften Nazilieder dröhnten, würden Afrikaner, die sich an die Öffentlichkeit wagen, verprügelt und angespuckt. Die Wiedervereinigung erfüllt Frau Kelly mit Trauer: Sie laufe darauf hinaus, daß der Stasi im Osten mit den Nazis im Westen nunmehr gemeinsame Sache mache.“⁹³

Die These vom deutschen Sonderweg feiert eine eigenartige national-masochistische Auferstehung. In der konservativen und nationalen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts besagte diese These, daß deutsches Wesen, deutsche Lebensart, deutsche politische Kultur sich von den liberal-demokratischen Traditionen Englands und der französischen und amerikanischen Revolution unterscheide. Der Schlußfolgerung, daß Deutschland kein Teil des Westens sei, sondern zwischen Ost und West eine geistig-kulturelle Mittelposition einnehme, wurde nach 1945 heftig widersprochen.⁹⁴ Nunmehr behauptet Erich Kuby, daß es in der deutschen Geschichte eine Gesetzmäßigkeit gebe, die Deutschland von anderen Nationen unterscheidet. Das deutsche Volk sei keines wie alle anderen, das wiedervereinigte Deutschland werde sich genauso wie das bismarckische, wilhelminische und nationalsozialistische Deutschland verhalten, Machtentfaltung, Aggression und Rücksichtslosigkeit seien deutsche Konstanten, die nur zeitweilig nicht zur Erscheinung gekommen seien. Er spricht von einer Andersartigkeit des deutschen Volkes, die für die Nachbarn bedrohlich sei.⁹⁵

Als in den 60er und 70er Jahren die Welle antinazistisch getarnter deutschfeindlicher Filme in den USA auf dem Höhepunkt war, wurde deutschen Protesten

mit dem Argument begegnet, daß diese Filme mit großem Erfolg in Deutschland gezeigt würden, ohne daß es dort zu Protesten komme. Diese Filme — so die Reaktion der amerikanischen Hersteller — seien zum Teil in Berliner oder Münchner Studios gedreht worden unter Mitwirkung deutscher Schauspieler.⁹⁶ Zahlreiche Filme sind auch im deutschen Fernsehen gezeigt worden.

Der Versuch der Erklärung dieses Selbsthasses muß auf ein besonderes deutsches Verhältnis zur Realität hinweisen, das schon vielen Beobachtern aufgefallen ist. Es erklärt sich aus politisch-gesellschaftlichen und geistigen Traditionen. Ein Vergleich mit dem Pragmatismus des anglo-amerikanischen Kulturbereichs macht den Unterschied besonders deutlich. Während im Obrigkeitsstaat des Absolutismus, dessen Traditionen bis 1918 nachwirkten, der Untertan keine Mitverantwortung trug, hatten die Bürger Englands bereits früh, die der Vereinigten Staaten von Amerika von Anfang an die Möglichkeit zur Mit- oder Selbstregierung. Während sich der politikferne deutsche Gebildete die Radikalität des reinen, von der Praxis enthobenen Gedankens leisten konnte, hatten sich die Bürger Englands und der USA in der politischen Praxis zu bewähren. Aus diesen unterschiedlichen Traditionen erklären sich die Philosophie Hegels und

ihre Folgen: Die Idee hat Vorrang vor der Realität. Stimmen beide nicht überein, muß die Realität — notfalls mit Gewalt — der Idee angeglichen werden.

Gottfried Keller hat in seinem „Grünen Heinrich“ diese deutsche Mentalität mit den Worten gekennzeichnet: „Er ward mit jedem Tag träumerischer und deutscher und baute alle Hoffnungen auf das Deutsche, denn seit er in Deutschland war, hatte er die Krankheit übernommen, aller Einsicht zum Trotz das Gegenteil von dem zu tun, was er sprach und Theorie und Praxis himmelweit voneinander zu trennen.“

Nur selten — bis ins 20. Jahrhundert hinein — sind die deutschen Gebildeten gewohnt gewesen, Verantwortung zu tragen. Daraus erklärt sich nicht zuletzt die durch die Philosophie unterstützte Neigung zur Unbedingtheit, Kompromißlosigkeit, Realitätsferne. Offenbar wirken derartige Traditionen lange im politischen Verhalten nach. Auch bei den heutigen Intellektuellen ist — trotz anderer politischer Verhältnisse — diese unpragmatische Geisteshaltung vorhanden.

Im Gegensatz zum anglo-amerikanischen Kulturraum spielt die Sozialerziehung in Deutschland gegenüber der Bildung des Individuums eine geringere Rolle. Die Realitätsferne deutscher Geistestradi-tion kam wiederholt, zuletzt Ende der 60er Jahre in einem „dogmatischen Theoriebewußtsein“ zur Geltung. Es

war offensichtlich, daß die Theorie mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmte. Kurt Sontheimer ironisierte das realitätsferne Wirken bundesrepublikanischer Intellektueller mit den Worten: „Fazit bleibt, daß revolutionäre oder wie es heute vielfach heißt, sozialistische bzw. linke Berufspraxis, sofern sie nicht rein intellektuelle Tätigkeit bleiben konnte, durch die notwendige Auseinandersetzung mit den Verhältnissen, wie sie wirklich sind, ihren scharfen Stachel verloren hat. Entweder es herrscht ein bißchen Katzenjammer oder es regiert eine milde Schizophrenie, oder aber die praktische Vernunft hat sich ... durchgesetzt.“⁹⁷ Diese Einschätzung aus dem Jahre 1976 hat sich mit der welthistorischen „Wende“ 1989/90 noch verschärft. Enttäuschung über eine Entwicklung, die von den Intellektuellen so nicht vorausgesehen und nicht gewollt worden ist, führt zur Verhärtung des Urteils. Die Tatsache, daß sie die Meinungsführerschaft beanspruchten, aber nicht durchsetzen konnten, führt zum Haß gegen die Mehrheit der Bevölkerung, die nicht so will wie die intellektuelle Minderheit.

Allerdings gilt es auch hier zu berücksichtigen, daß nationaler Selbsthaß keine deutsche Spezialität ist. Die Deutschen teilen diese Erscheinung mit anderen ihres Wertes und Ansehens unsicheren Nationen. Auch in Rußland und Polen hat es Minderheiten ge-

geben, die der eigenen Nation nicht nur kritisch gegenüberstanden, sondern eine Unfähigkeit zu höherer Kultur und staatlicher Organisation feststellten. Überraschende Parallelen bietet der jüdische Selbsthaß, solange die Juden eine Gruppierung ohne den Schutz eines eigenen Staates waren. „Ich hasse den knebelnden, den sich schein-angleichenden, den bewegungsfeindlichen Juden. Ich kenne jüdische Bürgerlichkeit, das sich selbst belächelnde Synagogentum, die gewohnte und nicht gelebte Inbrunst, die ganze Verseuchung, die der Kapitalismus auch in ihnen angerichtet hat, wie in allen Rassen, Völkern und Menschen“, sagt Alfons Goldschmidt in der Frühzeit der Weimarer Republik.⁹⁸ Kurt Tucholsky hat in „Herrn Wendriner“ die Karikatur eines jüdischen Kaufmanns geschaffen, eines unsympathischen, eigensüchtigen, oberflächlichen, materialistischen, gerissenen, aber ungeistigen Bourgeois. Kurz nach dem ersten großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 veröffentlichte er eine Geschichte: „Herr Wendriner steht unter der Diktatur“. Hier schildert er, wie sich der jüdische Bourgeois nach einer damals noch gar nicht absehbaren nationalsozialistischen Machtergreifung verhält. Ängstlich und unsicher tut er alles, um nur nicht aufzufallen und seinen Besitz zu retten, auch wenn er jede

Selbstachtung aufgeben muß. Nach dem Grundsatz „Vor allem leise, machen Sie mir keine Unannehmlichkeiten“ kriecht er in gebückter Haltung voran.⁹⁹ Es wird die Auffassung vertreten, daß der Antisemitismus nur infolge jüdischer Ängstlichkeit und Unsicherheit so groß habe werden können. Vor dem ängstlichen Juden seien die Antisemiten kühn geworden, vor einer ruhigen, sicheren Haltung hingegen hätte der Antisemitismus keinen Erfolg haben können. Leopold Jessner, einer der bedeutendsten Theatermänner der Weimarer Republik, meinte: „Der Antisemitismus hätte nur als eine dem baldigen Tod geweihte Frühgeburt das Licht der Welt erblickt, wenn alle Juden — auch die in ‚Stellungen‘ — und zu jeder Zeit sich zu ihrem Judentum bekannt hätten! Solches Bekennen hätte unbedingte Wirkung haben und mittelalterliche Bewegungen im Keim ersticken müssen.“¹⁰⁰ Stattdessen aber zeigten die Juden sich nicht selbstbewußt, sondern wichen zurück, wenn sie als Rasse, Volk oder religiöse Gemeinschaft beschimpft würden. Besonders abscheulich sei die Würdelosigkeit, Beschimpfungen nicht abzuwarten, sondern den Vorurteilen sogar noch entgegenzukommen. An diesem Beispiel wird deutlich, daß eine Bevölkerungsgruppe, die zwischen Assimilation und Selbstbehauptung schwankt, unsicher reagiert und zu radikaler Selbst-

kritik neigt, die bis zum Selbsthaß gehen kann. Ähnliche Unsicherheiten, die sich aus der vielfältig gebrochenen Geschichte erklären, gibt es bei den Deutschen. Das Schicksal der Teilung, der Mittellage in Europa mit offenen Grenzen, das Bewußtsein einer „verspäteten Nation“ (Helmut Plessner) anzugehören, hat auch bei den Deutschen zu einem Schwanken zwischen den Extremen der Selbstüberhebung und der Selbstkritik geführt. „Was ist des Deutschen Vaterland?“ fragte Ernst Moritz Arndt im Jahre 1813. Kein Brite, Franzose, Spanier oder selbst Italiener könnte eine solche Frage stellen. Ein Blick auf die Karte zeigt, was das Vaterland jener Völker ist. Friedrich Hölderlin beklagte das deutsche Schicksal:

*„Es ist ein hartes Wort
und dennoch sag ich's,
weil es Wahrheit ist:
ich kann kein Volk mir denken,
das zerrissner wäre
wie die Deutschen.“*

Heinrich Heine spottete:

*„Franzosen und Russen gehört das Land,
das Meer gehört den Briten,
wir aber besitzen im Luftreich des Traums
die Herrschaft unbestritten.“*

*Hier üben wir die Hegemonie,
hier sind wir unzerstückelt;
die anderen Völker haben sich
auf platter Erde entwickelt."*

(Deutschland ein Wintermärchen, 1814, Caput VII)

Wie sehr enttäuschte Hoffnungen zu einem verachtungsvollen Bilde der eigenen Nation führen können, zeigt das letzte Beispiel:

*„Zwei Arten von Getieren,
nach einem Schliff geschliffen,
Aufwarten, Apportieren,
so wie der Herr gepfiffen.
Wo zwei zusammenlaufen,
zaust einer dem andern die Ohren,
und all zusammen raufen
den Bruder, der verloren.
Die einen nennt man Hunde,
die andern heißen Deutsche,
s'ist einerlei im Grunde
und beiden gebührt die
Peitsche."*

Dieses Gedicht, „Familienähnlichkeit“, schrieb Joseph von Eichendorff nach der gescheiterten Revolution von 1848 aus Enttäuschung über das Verhalten seiner Landsleute zu deren Charakterisierung.

Wir sehen, daß die Nichtübereinstimmung eines Teiles der literarischen Intelligenz mit dem eigenen Volk in Deutschland eine lange Tradition hat.

Zwar gibt es den Gegensatz von Geist und Macht, radikale Selbstkritik, Abkehr vom eigenen Volk auch anderswo. In Deutschland aber haben das Fehlen von Maß und Mitte, die zahlreichen Traditionsbrüche, die das Entstehen einer traditional legitimierten politischen Kultur behinderten, zu politischen Erschütterungen geführt, die auch nach außen wirkten und damit Einfluß nicht nur auf das Selbstbild der Deutschen, sondern auch auf ihre Einschätzung bei anderen Nationen hatten. Deshalb stellt sich die Frage, was zu tun ist, um die Selbsteinschätzung und das Bild bei den andern positiv zu beeinflussen.

V.

Wie soll auf die Angriffe
reagiert werden?

In der Sache haben viele Kritiker der Deutschen und des deutschen Wesens ja durchaus Recht. Die Analyse, die Deutschen seien wehleidig, bemühten sich manchmal in albern anmutender Weise, jedermanns Liebling zu sein, was ein Zeichen von Souveränitätsmangel ist — das ist ein Spiegel, den die Deutschen sich mit Recht vorhalten lassen müssen. Zu bekämpfen ist nicht die Kritik, sondern die politische Nutzanwendung, die daraus folgt. Die verbündeten Staaten Deutschlands sind allenfalls Interessenpartner, aber keine Freunde. In vielen Fällen hat es eine Interessensidentität gegeben, in manchen aber — was die deutsche Wiedervereinigung, die politische, wirtschaftliche und militärische Stärke angeht — bestanden Gegensätze. Soweit das Interesse Deutschlands mit denen der sogenannten „Freunde und Verbündeten“ kollidiert, sind und bleiben sie Gegner (und das heißt

nicht Feinde). Aus der Vergangenheit ist eine Lehre zu ziehen, die auch für die Zukunft gilt: Immer wenn die Interessen der anderen in der Weise berührt sind, daß sie mit deutschen Interessen kollidieren, wird man auch in Zukunft mit „Deutschfeindlichkeit“ zu rechnen haben. Es handelt sich also nicht um Freunde, sondern um Partner, auf die man sich verlassen kann, solange sie in diesem Geschäft ihren Vorteil wahren. Andernfalls ist es mit der Freundschaft gleich vorbei. Eine Gefahr, die in der Vergangenheit unsichere Reaktionen auf deutscher Seite ausgelöst hat, ist entfallen: Es ist ein Alldruck der Bundesregierungen von Konrad Adenauers Zeiten an gewesen, daß die westlichen Verbündeten sich über den Kopf der Bundesrepublik hinweg mit der Sowjetunion einigen könnten, so daß das antideutsche Kriegsbündnis wieder entstünde. Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes ist diese Furcht geschwunden. Der Vorgang der deutschen Einigung hat gezeigt, daß trotz vertraglicher Verpflichtungen unsere westlichen Verbündeten nur unter der Voraussetzung für die Wiedervereinigung waren, daß sie nicht kommt. Als sie sich nicht mehr vermeiden ließ, hat man sich widerstrebend auf den Boden der Tatsachen gestellt, weil die Dynamik der Ereignisse nicht mehr zu bremsen war. Hätten unsere „Freunde und Verbündeten“ bremsen können, hätten sie es liebend gerne getan.

Deutschland und die Deutschen sind in ihrer Existenz gefährdet allein aufgrund ihrer geopolitischen Lage: mit offenen Grenzen in einem Spannungsbereich zwischen Ost und West.

Groß und bedeutend genug, um anderen lästig und gefährlich zu sein, sind die Deutschen andererseits nicht groß und mächtig genug zur Vorherrschaft in Europa. Vom Mittelalter an über den Westfälischen Frieden 1648, die Reichseinigung 1871 bis in unsere Tage, die vierzigjährige Spaltung im 20. Jahrhundert, hat die Geschichte den Deutschen die Lehre erteilt, daß weder Machtpolitik noch Quietismus ihren Interessen gerecht werden. Eine vorsichtige und zugleich selbstbewußte Balancepolitik, die Stärke mit Zurückhaltung verband, hat zwischen 1871 und 1890 eine zeitweilige Sicherheit ermöglicht.

Ein wichtiges Ergebnis der Erfahrungen deutscher Geschichte und insbesondere der weltpolitischen Wandlungen der Zeit ab 1985/89 ist es, daß Politik ein stetes Fließen ist und Realitäten sich dauernd verändern. Die geopolitische Lage Deutschlands erzwingt stetige aufmerksame Wahrung der Interessen, um vom Strome des Geschehens nicht mitgerissen zu werden. Es gehört zu den Illusionen einer Menschheitsidealen verpflichteten Politik, durch die Anerkennung vermeintlicher Realitäten und Wohlverhalten eine Politik betreiben zu können, die allen wohl

und niemand weh tut. Deutschland ist zu groß, um sich vom Getriebe der Weltpolitik fernhalten zu können, aber nicht mächtig genug, um sich gegen den Rest der Welt durchzusetzen.

Die Mentalität der Deutschen in den Epochenjahren 1989/90 scheint alle Welt beruhigen zu können. Eigentlich sind die Deutschen sehr gelassen. Mit freundlicher Bequemlichkeit werden soziale Spannungen, Gewalt, Kriminalität, rechtsfreie Räume wie die Hamburger Hafenstraße — Ereignisse, die noch in den 60er Jahren und um 1930 zur Wahl extremer Parteien geführt haben — hingenommen. Ursache dieser Gelassenheit ist aber nicht eine verinnerlichte politische Kultur, die solche Spannungen toleriert, sondern Wohlstandsbequemlichkeit. Da das Wohllleben durch die geschilderten beunruhigenden Ereignisse nicht wirklich gefährdet ist, werden sie hingenommen. Daß aber der Kitt für die Systemloyalität nur die soziale und materielle Sicherheit ist, wirkt nicht beruhigend.

Was haben die deutschfeindlichen Angriffe eigentlich bewirkt? Sie haben aufgeregte Reaktionen hervorgerufen, haben deutsche Politiker zur Versicherung des Wohlverhaltens veranlaßt und in personeller Hinsicht manche Entscheidung beeinflußt. Alles in allem wurde aber nur reagiert, bagatellisiert und ver-

drängt. Die Reaktionen waren wehleidig-wütend, beflissen, manchmal auch hämisch zustimmend. Die offizielle Politik — Regierung, Behörden, Wirtschaft — reagierte aufklärend, mit gutem Zureden, letzten Endes aber wirkungslos, weil das Motiv des Machtinteresses bei Meinungsführern verkannt wurde. Das einzige Mittel, über das die Bundesrepublik Deutschland verfügte, wurde eingesetzt: wirtschaftliche Vergünstigungen und Geld. Anschließend wunderte man sich, daß die Attacken, die solch warmen finanziellen Regen ausgelöst hatten, nicht aufhörten, sondern weitergingen.

Zu vermissen war die kühle, rationale Analyse mit der Absicht, weiterhelfende Kritik und bösertige Herabsetzung zu trennen, letztere niedriger zu hängen mit dem Ziel, Selbstbewußtsein zu stabilisieren und Maß und Mitte in sich selbst zu finden. Deshalb seien hier zum Schluß noch einmal Diagnose und Kritik zusammengefaßt:

1. Deutschfeindlichkeit ist keine Besonderheit. Feindvorstellungen in der Politik sind die Regel, auch in dieser Hinsicht gibt es keine deutsche Sonderstellung.

Das bedeutet allerdings nicht, daß derartige Angriffe mit Nichtachtung übergangen werden dürften, denn sie können zur Isolierung sowie wirtschaftlichen und politischen Schädigungen des Angegriffenen führen.

2. Kritik und Selbstkritik sind positiv. Sie haben eine helfende, heilende, aufbauende, weiterführende, sinngebende und zukunftsweisende Wirkung. Sie wirken politischer Erstarrung entgegen. Voraussetzung ist allerdings, daß der Kritisierte seiner Werte und Maßstäbe sicher ist. Das ist wegen zahlreicher Traditionsbrüche, die zur Umwertung von Wertungen führten, in Deutschland nicht der Fall.

Von der positiven Kritik zu unterscheiden sind Haß und Ressentiments sowie die Erscheinung des Selbsthasses. Soziale und psychische Spannungen, die oft genug politisch manipuliert werden, sind die Ursache. Rationaler Beeinflussung sind diese Gefühle kaum zugänglich.

3. Kritik aller Art ist normal. Wo viel Licht ist, gibt es auch viel Schatten. Wer Erfolg hat, etwas bewirkt, zieht Aufmerksamkeit und neben Anerkennung auch Neid und Haß auf sich. Das ist zur Kenntnis zu nehmen, hinsichtlich der möglichen negativen Folgen zu kalkulieren, braucht aber nicht Gegenstand gefühlsmäßiger Aufwallungen zu sein, sondern sollte kühl analysiert und bekämpft werden.

4. Der Versuch einer Therapie muß sich zunächst an die Deutschen selber richten. Das Finden von Maß und Mitte, Gelassenheit und Selbstkritik, aber auch Sensibilität ist angesichts der geopolitischen Lage

Deutschlands lebensnotwendig. Die Neigung zum Bagatellisieren ist die negative Kehrseite jener aufgeregten Hysterie, die jedes Wort der Kritik sofort als böswillig deutet.

„Was Peter über Paul sagt, charakterisiert mehr Peter als Paul“¹⁰¹ — dieses Wort ist auf jene national-masochistischen Intellektuellen und ihre „Halt's Maul Deutschland“ und „Deutschland verrecke“ schmierende halbintellektuelle Gefolgschaft anzuwenden. Warum richtet sich die Abneigung gegen das eigene Volk, die eigene Nation? Es gibt in Deutschland eine vulgarisierte Hegeltradition, die unter Gebildeten, gewiß zum Teil unbewußt, wirksam ist: der reinen Idee, dem abstrakten Ideal gebührte Vorrang vor der Realität. Diese Intellektuellen fühlen sich einem idealisierten Volk einfacher Menschen verbunden, einem Abstraktum, fern der Realität. Den konkreten einzelnen Angehörigen des Volkes, die der reinen Idee nicht entsprechen, begegnen sie mit einem Meinungsführeranspruch und — da die real existierenden Volksgenossen partout nicht so wollen wie sie sollen — mit Abneigung bis hin zum Haß. Alles, was mit Nation, Staat, Volk, Reich, Preußen, Obrigkeit, Opfermut, Hingabe, Ordnung, Disziplin zu tun hat, erscheint als rechts bis hin zum „Faschismus“. Der ganze Widerwille einer hedonistisch auf Selbstverwirklichung und Individualrech-

te eingestellten Schicht richtete sich gegen diese Mentalität.

Da jene Intellektuellen mit dem Anspruch des Meinungsführers auftreten, wird es kaum möglich sein, sie zu beeinflussen. Aufgabe einer Politischen Bildung kann deshalb nur sein, sie und ihr Tun kritisch zu begleiten und dadurch ihrem Einfluß korrigierend entgegenzuwirken.

Die Therapie hat sich aber auch mit ausländischen Äußerungen über Deutschland und ihren möglichen Folgen zu befassen. Es ist nun einmal so, daß es den Deutschen nicht gleichgültig sein kann, was andere sagen und denken. So wichtig es ist, an einem positiven Deutschenbild zu arbeiten und Mißverständnissen und Fehldeutungen bei Gutwilligen durch sachliche Aufklärung entgegenzutreten, so wichtig ist es auf der anderen Seite, jene Interessenvertreter zu entlarven, denen es darum geht, das Deutschenbild in manipulativer Absicht zu benutzen, um finanzielle Leistungen oder politisches Verhalten mit dem Mittel des psychischen Drucks und des erpresserischen Hinweises auf die deutsche Vergangenheit zu erlangen.

Es wäre pädagogischer Allmachtwahn zu erwarten, daß Bildung und Aufklärung erreichen können, was die Politik nicht zu leisten imstande ist. Beide können immer nur unterstützend die Politik, die in erster Linie gefordert ist, begleiten.

Wir leben in einer Zeit alles durchdringender Dynamik, die sich in einem ständig zunehmenden Tempo der Veränderung im öffentlichen, aber auch im privaten Bereiche zeigt. Dieses Tempo der Veränderung hat gegenüber früheren Zeiten stark zugenommen. Der weltpolitische Wandel epochalen Ausmaßes der Jahre 1989/90 zeigt, daß selbst für Jahrzehnte feststehende internationale Verhältnisse und politische Strukturen der Veränderung unterliegen. Gerade deswegen ist ein Mentalitätswandel der Deutschen notwendig. Selbstbewußtsein und Behauptungswille sollten sich — soweit das überhaupt möglich ist — frei von Emotionen und rational äußern. Aufklärung über historische, soziale und politische Zusammenhänge bleibt nach wie vor notwendig. Auch wenn die Kompetenz der Wissenschaft zu Prognose und Problemlösung nicht überschätzt werden darf, sollte sie nicht verachtet und vernachlässigt werden. Wir haben es erlebt, daß Gedanken und Utopien von heute zur Wirklichkeit von morgen geworden sind. Gerade die epochalen Umbrüche unserer Zeit lehren uns, die weiterhelende Wirkung von Wort und Wissenschaft nicht gering zu schätzen.

Anmerkungen

- 1) An dem Treffen in Chequers haben sechs Deutschlandexperten teilgenommen, von denen sich drei in der FAZ geäußert haben. Es handelt sich um Timothy Garton Ash am 18. 7. 1990, Norman Stone am 19. 7. 1990 und Fritz Stern am 26. 7. 1990.
- 2) Britischer Oberrabbiner warnt vor deutschem Militarismus. In: FAZ 23. 7. 1990.
- 3) Die Dämonen kehren wieder. Der Philosoph Bernard Henri Levy über die französischen Intellektuellen und die Politik. In: Der Spiegel, 45. Jg., Nr. 14, 1. April 1990, S. 211 - 220.
- 4) Manfred Koch: Willy Brandt und das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland. In: Was hält die Welt von Willy Brandt? Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Hamburg 1970, S. 152.
- 5) Anne Ostermann/Hans Nicklas: Vorurteile und Feindbilder. München 1976, S. 112. Manfred Koch: Das Deutschenbild im Ausland. Bad Godesberg 1969, S. 21, weist nach, daß Voltaire bereits 1764 eine moderne Vorstellung vom Begriff und Wesen des Vorurteils gehabt hat.
- 6) Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik u. a.: The authoritarian personality. New York 1950.
- 7) Ernst Boesch: Psychologische Überlegungen zum Rassenvorurteil. In: Politische Psychologie Bd. 3, 1964, S. 15; und Alexander Mitscherlich: Zur Psychologie des Vorurteils. In: Ebd. S. 46 f.

-
- 8) Manfred Koch, wie Anm. 4.
 - 9) Kurt R. Spillmann/Kati Spillmann: Feindbilder. Hintergründe, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus. In: Beiträge zur Konfliktforschung 19, 1989, Heft 4, S. 35.
 - 10) Spillmann: a.a.O. S. 38. Die Autoren beziehen sich hier auf Erfahrungen, die im Umgang zwischen Israelis und Arabern gemacht wurden.
 - 11) Klaus Epstein: Das Deutschlandbild der Amerikaner. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 47/62 (21. November 1962), S. 593 f.
 - 12) Robert F. Multhoff: Das amerikanische Bild der deutschen Geschichte. In: Außenpolitik Bd. 10. 2, 1959, S. 571.
 - 13) Wie Amerika während des Kriegs über Deutschland dachte. In: Die amerikanische Rundschau 3, 1947, Heft 13, S. 117 ff, hier S. 120 ff. Die Schrift von Theodore N. Kaufman: Germany must perish. Newark/New Jersey, 1941, wurde 1985 im Faksimile und mit deutscher Übersetzung und Kommentierung veröffentlicht im Faksimile Verlag Bremen. Zur historischen Einordnung vgl. Wolfgang Benz: Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29, 1981, Heft 4, S. 615 - 630.
 - 14) Nach Epstein (wie Anm. 11) S. 596 f.
 - 15) Heinrich Fränkel (Hg.): Deutschland im Urteil des Auslandes früher und — jetzt. München 1916.
 - 16) Manfred Messerschmidt: Deutschland in englischer Sicht. Die Wandlungen des Deutschlandbildes in der englischen Geschichtsschreibung. Düsseldorf 1955, S. 51.
 - 17) Messerschmidt: a.a.O. S. 96.
 - 18) Karl Voss: L'Allemagne jugée par la France. Frankfurt a. M. 1960, S. 10 f.

- 19) K. Heitmann: Das französische Deutschlandbild in seiner Entwicklung. 1. 2. *Soziologia internationalis*.
- 20) Heinz Otto Sieburg: Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts. Mainz 1954, S. 41 f.
- 21) Ebd. S. 144 f.
- 22) Zitiert bei Georg von Rauch: Streiflichter zum russischen Deutschlandbild. In: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* NF 12, 1964, S. 7. Der Name des russischen Schriftstellers lautet Andrej T. Blotow.
- 23) Ebd. S. 15 ff.
- 24) Michail Bakunin: Sozialpolitischer Briefwechsel mit Herzen und Ogarjow (Hg. von M. Dragomanow). Stuttgart 1895, S. 5.
- 25) N. Pirogov: *Lebensfragen*. Leipzig 1894, S. 335.
- 26) Den Hinweis auf die polnischen Schulbücher und die Übersetzung verdanke ich einem deutschen Aussiedler aus Polen. Der Text stammt aus A. Klubówna, J. Stepieniowa: *W Naszej Ojczyźnie*. Warszawa 1958, S. 13 und 23.
- 27) Beat Hemmi: Kaiser Wilhelm II. und die Reichsregierung im Urteil schweizerischer diplomatischer Berichte 1888 - 1894. Zürich, Phil. Diss. 1964, S. 59.
- 28) Mitteilung über die Drei-Mächte-Konferenz von Berlin (Potsdamer Abkommen) (2. 8. 1945), zitiert nach Dieter Blumenwitz: *Was ist Deutschland? Staats- und völkerrechtliche Grundsätze zur deutschen Frage und ihre Konsequenzen für die deutsche Ostpolitik*. Bonn 1982, S. 75.
- 29) Erich Peter Neumann: Das Vexierbild der Deutschen. Ein Versuch über die öffentliche Meinung des Auslands. In: *Die Welt*, 22. 5. 1965. Auch die folgenden Angaben sind diesem Beitrag entnommen.
- 30) *Der Monat*. Heft 8/9, 1949, S. 3 f.

-
- 31) Nach Unterlagen des Bundespresseamtes aus dem Jahr 1965, in die ich Einblick nehmen konnte.
 - 32) CBS Reports „The Germans“. Reporter: Hughes Rudd. Manuskript: John Sharnik und H. Rudd. Produzent: John Sharnik. Gesendet im ZDF am Dienstag, dem 26. 9. 1967. Und: Zur Sache: Der Amerikanische Film „The Germans“ kritisch betrachtet. Gesendet im ZDF am 12. 10. 1967.
 - 33) Zitiert nach einer Aufnahme der ZDF-Sendung vom 12. 10. 1967. Die Übersetzung stammt vom Sender.
 - 34) Walter von Cube: Ich bitte um Widerspruch. Frankfurt a. M. 1952, S. 227.
 - 35) Zitiert nach Sabina Lietzmann: „Laßt doch die Deutschen weinen!“ Gefährliche Deutschland-Klischees in Amerika. In: FAZ 21. 12. 1961.
 - 36) Ebd.
 - 37) Zitiert nach einem vervielfältigten Typoskript des Bundespresseamtes: Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse einer von dem amerikanischen Meinungsforschungsinstitut Hooper Research Inc. im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung angestellten Studie über das Deutschlandbild der Amerikaner (Stand: April 1969).
 - 38) Wie Anm. 35.
 - 39) Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse einer von dem amerikanischen Meinungsforschungsinstitut Hooper Research Inc. im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung angestellten Untersuchung (Stichprobe) über die Wirkung antideutscher Filme und Fernschendungen (Stand: April 1969). (Vgl. auch Anm. 37).
 - 40) Berlin. Chronik der Jahre 1959 - 1960. Berlin 1978, S. 727 f.

-
- 41) Andreas Wilkens: Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969 - 1974 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60), München 1990.
 - 42) Kurt H. Stapf/Wolfgang Stroebe/Klaus Jonas: Amerikaner über Deutschland und die Deutschen, Opladen 1986.
 - 43) Raymond Poidevin: Die unruhige Großmacht. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert. Freiburg/Würzburg 1985. (In Frankreich 1983 erschienen).
 - 44) Zitiert nach: Britischer Alptraum Wiedervereinigung — Eine Hitlerstatue in jeder Stadt? FAZ 2. 11. 1989, S. 4. Der Artikel ist in der Times vom 31. 10. 1989 erschienen, der Autor ist der irische Diplomat und Schriftsteller Conor Cruise O'Brien.
 - 45) Die wichtigste Literatur im Überblick: Dietrich Frenzke, Jens Hacker, Alexander Uschakow: Die Feindstaatenartikel und das Problem des Gewaltverzichts der Sowjetunion im Vertrag vom 12. 8. 1970. Berlin 1971. Dieter Blumenwitz: Feindstaatenklauseln. Die Friedensordnung der Sieger. München/Wien 1972. Werner Trützschler von Falkenstein: Die sich ändernde Bedeutung der Feindstaatenartikel (Art. 53 und 107 der Satzung der Vereinten Nationen) für Deutschland. Bern und Frankfurt 1975. Walter Pflüger: Die Deutschland- und Berlin-Frage und die Feindstaatenartikel der UN-Charta. In: Gottfried Zieger (Hg.): Deutschland und die Vereinten Nationen. Köln 1981, S. 73 - 91. Monica H. Forbes: Feindstaatenklauseln, Vier-Mächte-Verantwortung und Deutsche Frage. Zur Fortgeltung der Art. 53 und 107 der Satzung der UN. Baden-Baden 1983.
 - 46) Hacker wie Anm. 45, S. 28; Forbes wie Anm. 45, S. 38.; Blumenwitz wie Anm. 45, S. 93. Außerdem Boris Meissner (Hg.):

Moskau — Bonn, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955 - 1973. Köln 1975, S. 769.

- 47) Archiv der Gegenwart, Jg. 1968, S. 14. 199.
- 48) Ebd. S. 14. 199 f.
- 49) Meissner (wie Anm. 46) S. 1. 218.
- 50) Forbes (wie Anm. 45) S. 92.
- 51) Meissner (wie Anm. 46) S. 1. 261 - 1. 276.
- 52) Blumenwitz (wie Anm. 45) S. 130.
- 53) Archiv der Gegenwart. Jg. 1972, S. 17. 019.
- 54) Ebd. Jg. 1973, S. 17. 677 f.
- 55) Pflüger (wie Anm. 45) S. 91.
- 56) J. Peter Nettl: Die deutsche Sowjetzone bis heute. Politik — Wirtschaft — Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1953, S. 317.
- 57) Ebd.
- 58) Prawda 20. 8. 1949. (Zitiert nach Archiv der Gegenwart 2047 — in Zukunft abgekürzt AdG).
- 59) Note der Sowjetregierung an Frankreich vom 11. 9. 1951 (AdG 3110).
- 60) Pressekonferenz in Ost-Berlin über Nazidiplomaten im Bonner Auswärtigen Amt. 12. 12. 1961 (AdG 9541).
- 61) Sowjetische Protesterklärung an die Bundesrepublik gegen die Ernennung General Foertsch. 9. 4. 1961 (AdG 9023).
- 62) AdG 12061.
- 63) AdG 12208.
- 64) Scharfer sowjetischer Angriff gegen BRD; Kiesinger beklagt sowjetische Angstpsychose. Rede Bundeskanzler Kiesingers am 30. 1. 1967 (AdG 12957 - 12960).
- 65) Ebd. (AdG 12960).

-
- 66) UdSSR bezeichnet geplante Notstandsgesetzgebung als Verstoß gegen die Potsdamer Abmachung. Erklärung vom 19. 7. 1967 (AdG 13307) und: TASS-Erklärung warnt vor Annahme der Notstandsgesetze in der BRD. 28. 5. 1968 (AdG 13937 f).
 - 67) Sowjetunion beharrt auf Interventionsrecht gegen BRD aus Art. 53 und 107 der UN-Charta sowie aus dem Potsdamer Vertrag. Memorandum vom 21. 11. 1968 und 5. 7. 1968 (AdG 14199).
 - 68) Sowjetische Erklärung zum 20. Jahrestag der NATO enthält scharfe Angriffe gegen USA und BRD und fordert gesamt-europäisches Sicherheitssystem. Erklärung vom 9. 4. 1969 (AdG 14608 f).
 - 69) DDR und UdSSR weisen Angriffe der VR China gegen Vertrag zwischen BRD und UdSSR zurück. Neues Deutschland 22. 9. 1970 (AdG 15741).
 - 70) Revolution in Filz. In: Der Spiegel 17. 11. 1965, S. 110.
 - 71) Jan Jozef Lipski: Zwei Banditen. In: Der Spiegel 20. 8. 1984, S. 90 f.
 - 72) Dietrich Eichholz (Hg.): Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. (Ost-)Berlin 1980, S. 16.
 - 73) „... und das in Deutschland nach einem Jahr“. Berlin 1946.
 - 74) Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Wie sieht es drüben aus? Wissenswertes über Westdeutschland. Ost-Berlin 1958.
 - 75) Ebd. S. 71.
 - 76) Ders.: Jugendvergiftung als System. Eine Dokumentation über die Vorbereitung der westdeutschen Jugend auf einen neuen Krieg. Ost-Berlin 1960, S. 3 und 32.
 - 77) Ders.: Strauß und Brandt mobilisieren die SS. Drahtzieher der Revanchehetze um West-Berlin. Ost-Berlin 1962, S. 94.
 - 78) Ebd. S. 58.

-
- 79) Ders.: Hitlers Generale greifen nach Atomwaffen. Dokumentation über das Streben der Bonner Militaristen nach Atomwaffen und über die Rolle des Generalinspektors der Bundeswehr Trettner.
- 80) Ders.: Wer regiert in Bonn? Die wahren Herren der Bundesrepublik. Ost-Berlin 1958, S. 5.
- 81) Ders.: . . . wieder am Hebel der Macht. Ost-Berlin 1960, S. 3.
- 82) Ebd. S. 4.
- 83) Ders.: Fortschritt und Reaktion. Führende Persönlichkeiten beider deutscher Staaten — eine Gegenüberstellung. Ost-Berlin 1961, S. 2.
- 84) Ders.: Die Wahrheit über Oberländer. Braunbuch über die verbrecherische faschistische Vergangenheit des Bonner Ministers. Ost-Berlin 1960, S. 175 und 179.
- 85) Ders.: Der aufhaltsame Aufstieg des Dr. Hans Maria Globke, und ders.: Globkes braune Notstandsexekutive. Das Bonner Geheimkabinett der Staatssekretäre — ein Exklusivverein belasteter Nazis und Antisemiten. Ost-Berlin 1963.
- 86) Ders.: Eichmann — Henker, Handlanger, Hintermänner. Ost-Berlin 1961.
- 87) Ders.: Der ehrbare Mörder. Ost-Berlin 1962, S. 1.
- 88) Ders.: Von der Reichsanwaltschaft zur Bundesanwaltschaft. Wolfgang Fränkel neuer Generalbundesanwalt. Ost-Berlin 1962; und Ingo Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München 1987, S. 218.
- 89) Ost-Berlin rechnet sich rückwirkend zur Anti-Hitler-Koalition. In: FAZ 12. 1. 1988.
- 90) John Lukacs. In: Harpers Magazin. August 1990 (Zitiert nach Jörg von Uthmann: Sehnsucht nach dem Kalten Krieg. In: FAZ 28. 7. 1990, S. 29).

-
- 91) The German Character. In: *British Zone Review*, Vol. 1, No. 27 und 38, 15. 2. und 1. 3. 1947. (Der Artikel ist mit den Initialen I. A. gezeichnet. Die Zeitschrift wurde von der britischen Militärregierung herausgegeben und erschien in Bünde/Westfalen. Dr. Jörg Becker hat eine auszugsweise Übersetzung mit Kommentar in der *Frankfurter Rundschau* vom 14. 10. 1977 unter dem Titel veröffentlicht: „So kennt der Deutsche keine. . . lei inneren Frieden. Beobachtungen eines britischen Offiziers vor drei Jahrzehnten“).
 - 92) Rainer Zitelmann: Rezension von Rolf Scholz: *Der deutsche Komplex*. Erlangen 1990. In: *FAZ* 16. 1. 1991, S. 27.
 - 93) Jörg von Uthmann: *Dracula als Blutspender. Streitgespräch über das neue Deutschland in Kalifornien*. In: *FAZ* 14. 1. 1990, S. 35.
 - 94) *Deutscher Sonderweg — Mythos oder Realität?* München 1982. (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte). Vgl. auch Klaus Hildebrand: *Der deutsche Eigenweg*; und Kurt Sontheimer: *Der „deutsche Geist“ als Ideologie*, beide in Manfred Funke u. a. (Hg.): *Demokratie und Diktatur*. Festschrift für Karl Dietrich Bracher. Düsseldorf 1987, S. 15 ff. (Unter dem gleichen Titel erschienen als Bd. 250 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn).
 - 95) Erich Kuby: *Der Preis der Einheit. Ein deutsches Europa formt sein Gesicht*. Hamburg 1990.
 - 96) Wiedergegeben nach einer Mitteilung aus dem Bundespremieramt über einen Bericht der deutschen Botschaft Washington an das Auswärtige Amt vom 1. 12. 1965.
 - 97) Kurt Sontheimer: *Das Elend unserer Intellektuellen*. Hamburg 1976, S. 164.
 - 98) Alfons Goldschmidt: *Von den Juden*. In: *Die Weltbühne*. 11. Jg., Nr. 36, 6. 9. 1923.

-
- 99) Kaspar Hauser (das ist Kurt Tucholsky): Herr Wendriner steht unter der Diktatur. In: *Die Weltbühne*, 26. Jg., Nr. 41, 7. 10. 1930, S. 559 ff. Auch in: *Kurt Tucholsky: Gesammelte Werke*, Bd. 8, Reinbek 1975, S. 237 f.
- 100) In: *Die Weltbühne*, 17. Jg., Nr. 49, 8. 12. 1921, S. 572.
- 101) Das Zitat befindet sich bei Hans-Joachim Maaz: *Der Gefühlsstau*. Berlin 1990.

Weiterführende Literatur

Diese Literaturangaben sollen keine umfassende Bibliographie sein, sondern einen Überblick über grundlegende und einführende Schriften zum Thema bieten. Es liegt eine Zusammenstellung von mehreren hundert Titeln zum Deutschenbild in Geschichte und Gegenwart vor, die viele Einzelfälle belegt. Hier können nur die wichtigsten historischen Veröffentlichungen aufgenommen werden, aber vor allem jene, die auf die epochalen Ereignisse von 1989/90 reagieren, weil sich seither die Stellung Deutschlands in Europa und der Welt änderte.

Soweit nötig, werden die Titel kommentiert.

1. Bainville, Jacques: Geschichte zweier Völker. Frankreichs Kampf gegen die deutsche Einheit.

Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt 1939, 194 Seiten.

Der französische Historiker (1879 - 1936) will in dieser 1915 zuerst veröffentlichten Schrift beweisen, daß der deutsche Einheitsstaat für Frankreich ein Unglück war. Die deutsche Übersetzung mit dem Vorwort von Prof. Dr. Friedrich Grimm wendet sich gegen die französische Politik, an der deutschen Entmachtung festzuhalten.

2. Calleo, David P.: Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr. Neue Aspekte zur Rolle Deutschlands in der Weltgeschichte von Bismarck bis heute.

Bonn: Keil Verlag 1981, 320 Seiten.

Der Autor betrachtet die deutsche Geschichte (und die „deutsche Gefahr“) im europäischen Zusammenhang. Er bemüht sich um eine Revision des amerikanischen Deutschlandbildes, um eine Loslösung von der Hypnose durch die Hitlerzeit. Sehr hilfreich ist der „Bibliographische Essay“ im Anhang des Buches.

3. Fränkel, Heinrich (Hg.): Deutschland im Urteil des Auslands früher und — jetzt.

München: Georg Müller Verlag 1916, 320 Seiten.

Als Reaktion auf die anschwellende Deutschfeindlichkeit während des Ersten Weltkrieges unternimmt der Autor den rührenden Versuch, positive Aussagen über Deutschland und die Deutschen zusammenzustellen, Balsam für das verletzte deutsche Selbstbewußtsein und Mahnung an die feindlichen und neutralen Völker, sich an die deutschfreundlichen Aussagen ihrer Landsleute aus früheren Zeiten zu erinnern.

4. Höhne, Roland A.: Der antideutsche Nationalismus als Instrument innergesellschaftlicher Auseinandersetzung in Frankreich: der Fall Binonche. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 5/76. Seiten 31 - 38.

Die Mischung aus historisch bedingter Angst vor Deutschland und politischer Instrumentalisierung der Deutschfeindlichkeit — Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten — wird dargestellt. Das spätere Buch von Poidevin zeigt die Kontinuität im französischen Deutschenbild. (vgl. Nr. 10).

5. Kaufman, Theodore N.: Deutschland muß vernichtet werden. Unveränderter Nachdruck der Schrift: „Germany must perish!“ Newark, New Jersey 1941².

Bremen: Faksimile Verlag 1985, 99 und 96 Seiten.

Die wirre Schrift von 1941, die eine Beseitigung der „deutschen Gefahr“ durch Sterilisierung der Deutschen forderte, wurde vor

allem durch die NS-Propaganda, der sie willkommenes Material bot, bekannt. Im Jahr 1985 wurde der amerikanische Text im Faksimile erneut veröffentlicht, ergänzt um eine holperige deutsche Übersetzung, acht zusätzliche dokumentarische Anlagen zur Deutschfeindlichkeit sowie ein Nachwort des deutschen Verlegers.

6. Benz, Wolfgang: Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 29. Jg. (1981) H. 4, Seiten 616 - 630.

Der Aufsatz von Benz bemüht sich um den Nachweis der völligen Einflußlosigkeit des Einzelgängers Theodore N. Kaufman.

7. Koch, Manfred: Das Deutschenbild im Ausland.

Bad Godesberg: Inter Nationes 1969², 112 Seiten.

Der Autor, 1968 - 1974 Referent im Bundespresseamt, legt das Ergebnis empirischer Untersuchungen über das Bild der Deutschen in fünf Industrie- und zehn Entwicklungsländern vor. Eine ausführliche Bibliographie ist angefügt.

8. Koch-Hillebrecht, Manfred: Das Deutschenbild. Gegenwart, Geschichte, Psychologie.

München: Beck 1977, 315 Seiten.

Diese Schrift enthält Teile von Nr. 7, erweitert um einen historischen und psychologischen Teil.

9. Kuby, Erich: Der Preis der Einheit. Ein deutsches Europa formt sein Gesicht.

Hamburg: Konkret Literatur 1990, 112 Seiten.

Typische Äußerung von Wut und Enttäuschung über eine Bevölkerung, die nicht so will wie sie nach Meinung selbsternannter intellektueller Meinungsführer eigentlich sollte. Charakteristisches Zitat: „... nichts erlaubt uns auch nur anzunehmen, ein deutscher Gesamtstaat von 80 Millionen Menschen in der Mitte

des westlichen Europas werde sich anders verhalten als das Bismarcksche, Wilhelminische und auch das nationalsozialistische Deutschland — nicht in den Details seiner praktizierten Politik, sondern im Generellen in der Tendenz, die wiederum, wir erleben es seit einem Jahr, auf Machtentfaltung, Aggression, Rücksichtslosigkeit angelegt ist und im ganzen einen antizivilisatorischen Charakter hat und haben wird.”

10. Poidevin, Raymond: Die unruhige Großmacht. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert.

Freiburg/Würzburg: Ploetz 1985, 443 Seiten.

Der in Straßburg tätige Historiker äußert in seinem 1983 (!) in Frankreich veröffentlichten Buch die Ansicht, es gebe in der deutschen Politik des 19. und 20. Jahrhunderts bis in die unmittelbare Gegenwart einen ungebrochenen Expansionswillen. Wer die Gründe für die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland sucht, findet hier eine Antwort.

11. Scheler, Max: Die Ursachen des Deutschenhasses. Eine nationalpädagogische Erörterung.

Leipzig: Wolf 1917, 191 Seiten.

Der bedeutende Philosoph Scheler (1874 - 1928) war während des Ersten Weltkrieges im Auftrag des Auswärtigen Amtes im neutralen Ausland tätig. Seine Schrift stellt eine Reaktion auf die alliierte deutschfeindliche Propaganda dar.

12. Stapf, Kurt H./Stroebe, Wolfgang/Jonas, Klaus: Amerikaner über Deutschland und die Deutschen. Urteile und Vorurteile. Opladen: Westdeutscher Verlag 1986, 184 Seiten.

Das Buch von Christine M. Totten: Deutschland — Soll und Haben, München 1964, konnte die Wandlungen der 60er Jahre noch nicht berücksichtigen, die in dieser über zwanzig Jahre jüngeren Schrift dargestellt werden.

13. Stolz, Rolf: Der deutsche Komplex. Alternativen zur Selbstverleugnung.

Bonn/Erlangen/Wien: Straube Verlag 1990, 144 Seiten.

Der Autor leitete seit 1984 den Initiativkreis „Linke Deutschland-Diskussion“ und war zeitweilig Bundesvorstandsmitglied der Grünen. Er tritt für eine „andere Linke“ ein, die den Nationalmasochismus überwindet.

14. Stransky, Erwin: Der Deutschenhaß. Eine Studie.

Wien/Leipzig: Franz Deuticke Verlag 1919, 159 Seiten.

Trotz der Betroffenheit durch die Niederlage von 1918 bemüht sich der Autor, ein Psychiater, um eine seriöse Darstellung. Anthropologische, kulturelle, historische, ökonomische, psychische und pathologische Ursachen des Deutschenhasses und deren agitatorische Verwendung werden untersucht. Nationale Empörung überlagert die Ansätze zur Selbstkritik.

15. Trautmann, Günter (Hg.): Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn.

Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1991, 323 Seiten.

24 Experten aus 12 Ländern äußern sich in historischen und aktuellen Beiträgen zum (negativen) Deutschenbild. Das Buch lag bei Abschluß dieser Schrift noch nicht vor.

16. Wickert, Ulrich: Angst vor Deutschland.

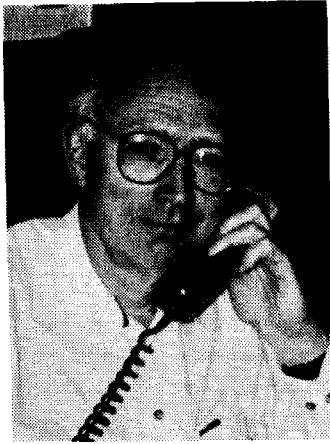
Hamburg: Hoffmann und Campe 1990, 335 Seiten.

In diesem Sammelband äußern sich 28 Politiker und Schriftsteller aus Deutschland, West- und Osteuropa zum Thema, wobei deutlich wird, daß ein Teil der hier vertretenen Deutschen mehr Angst vor Deutschland hat als die Ausländer.

17. Wolffsohn, Michael: Keine Angst vor Deutschland!

Erlangen/Bonn/Wien: Straube Verlag 1990, 240 Seiten.

Die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland wird als Sache von intellektuellen Minderheiten gedeutet. Scharfe Kritik an Schriftstellern wie Jens und Grass, an Grünen und Gysi wegen ihrer Neigung, „Auschwitz“ pseudomoralisch als Argument gegen die deutsche Einheit zu mißbrauchen.



Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter,

geboren 1934 in Stralsund, lehrt seit 1972 Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Studium der Geschichte in Berlin. In den Jahren 1986 - 1990 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung.

Veröffentlichungen u. a.:

„Hat der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland eine Chance?“. Bonn 1988 (Osang Verlag), 108 Seiten.

„Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel“. Bornheim 1991, 2. Aufl. (Werkstatt für Politische und Soziale Bildung), 178 Seiten.